

**Einwohnerratssitzung 2014/2015
Protokoll Nr. 7**

Sitzungsdatum **Donnerstag, 28. Mai 2015**
Sitzungszeit 13:30 Uhr bis 19:15 Uhr
Ort Pilatus-Saal, Luzernerstrasse 15, Kriens

Protokoll Janine Lipp
Direktwahl 041 329 63 09

28. Mai 2015 jl

Anwesend

Präsident

Peter Portmann

Einwohnerrat

34 Mitglieder

Brahim Aakti (ab 13:55 Uhr)

Viktor Bienz (bis 18:45 Uhr)

Yasikaran Manoharan (bis 18:50 Uhr)

Pascal Meyer (bis 19:00 Uhr)

Nicole Nyfeler (bis 19:00 Uhr)

Gemeinderat

5 Mitglieder

Matthias Senn (abwesend von 14:00 bis 15:40 Uhr)

Gemeindeschreiber

Guido Solari

Protokoll

Janine Lipp

Entschuldigt

Mara Dalla Bona

Beat Tanner

Traktanden

- | | | | |
|-----|---|------------|-----------|
| 1. | <u>Mitteilungen</u> | | Seite 294 |
| 2. | <u>Fragestunde</u>
<i>(max. 30 Min.)</i> | | Seite 294 |
| 3. | <u>Bericht und Antrag:</u> Einsetzung einer nichtständigen einwohnerrätlichen Kommission - Reorganisation Einwohnerrat 2016 | Nr. 166/15 | Seite 297 |
| 4. | <u>Wahlen</u> in die Spezialkommission betr. Reorganisation Einwohnerrat | | Seite 300 |
| 5. | <u>Bericht und Antrag:</u> Rechnung 2014 | Nr. 157/15 | Seite 301 |
| 6. | <u>Planungsbericht:</u> Verselbständigung Heime Kriens | Nr. 160/15 | Seite 311 |
| | <i>Gleichzeitig wird folgender Vorstoss behandelt (im Planungsbericht integriert):</i> | | |
| - | <u>Bericht Postulat Tanner:</u> Auslagern der Immobilien Heime an eine Gesellschaft | Nr. 088/14 | Seite 329 |
| 7. | <u>Postulat Piras:</u> Easyvote – Mehr Jugendliche an die Urne
<i>Begründung</i> | Nr. 153/15 | Seite 333 |
| 8. | <u>Postulat Koch:</u> Attraktive Gestaltung der Krienser Ortseingänge
zurückgezogen am 19.05.2015 | Nr. 155/15 | Seite 333 |
| 9. | <u>Postulat B. Bienz:</u> KMU-freundliche Wirtschaftspolitik in der Gemeinde
<i>Begründung</i> | Nr. 156/15 | Seite 334 |
| 10. | <u>Motion Fluder:</u> Gute Manieren beim Plakatieren
<i>Begründung</i> | Nr. 159/15 | Seite 337 |
| 11. | <u>Postulat Graf:</u> Transparenz bei Einbürgerungsgesuchen
<i>Begründung</i> | Nr. 162/15 | Seite 342 |
| 12. | <u>Beantwortung Interpellation Graf:</u> Transparenz über die Entschädigungen der Gemeinderäte | Nr. 158/15 | Seite 346 |

Neueingangsliste

- Nr. 170/15 Postulat Lammer: Stärkung der Organisationsstruktur im Sozialdepartement
Eingang: 30.04.2015

- Nr. 171/15 Interpellation Aakti: Langfristige und saubere Finanzstrategie
Eingang: 30.04.2015
- Nr. 172/15 Postulat Aakti: Ticket-System für das Baudepartement
Eingang: 30.04.2015
- Nr. 167/15 Beantwortung dringliche Interpellation Aakti: Investitionen der Heime Kriens
ausserhalb des Investitionsplafonds der Gemeinde
- Nr. 158/15 Beantwortung Interpellation Graf: Transparenz über die Entschädigungen der
Gemeinderäte
- Nr. 161/15 Beantwortung Interpellation Kobi: Konsequenzen bei Annahme der Kantons-
initiative "Für faire Unternehmenssteuern"
- Nr. 173/15 Schriftliche Anfrage Schwizer: Musterschulzimmer
Eingang: 15.05.2015
- Nr. 174/15 Interpellation Graf: Auslagerung Parkbad und Sportanlage Kleinfeld
Eingang: 18.05.2015
- Nr. 168/15 B+A: Planungskredit Schulanlage Brunnmatt
- Nr. 169/15 B+A: Planungskredit Zukunft Wasserversorgung Kriens – Projekt Pilatus
- Nr. 175/15 Postulat Graber: Mehr Mitwirkung bei den Gemeindeverbänden
Eingang: 28.05.2015
- Nr. 176/15 Postulat Graber: Wirkungsvolle Beteiligungen ausserhalb der Gemeinde
Eingang: 28.05.2015

Peter Portmann begrüsst alle Anwesenden zur Einwohnerratssitzung. Für die Neue Luzerner Zeitung schreibt Christian Glaus.

Entschuldigt haben sich Beat Tanner und Mara Dalla Bona. Verspätet erscheint Paul Trüb. Yasikaran Manoharan verlässt die Sitzung um ca. 17:00 und Viktor Bienz um 17:45 Uhr. Matthias Senn ist wegen einer dringenden Sitzung zwischen 14:00 Uhr und 15:30 Uhr abwesend.

Die Pause ist von 16:00 Uhr bis 16:20 Uhr vorgesehen. Sitzungsschluss ist um 19:00 Uhr.

1. Mitteilungen

Zur Traktandenliste sind nach Peter Portmann keine Änderungsanträge eingegangen. Die Neueingänge liegen wie gewohnt schriftlich auf.

2. Fragestunde

Roland Schwizer möchte wissen, wie es mit der Planung zur Anstellung des Zentralen Einkäufers steht.

Paul Winiker erklärt, dass diese Stelle im Budget vorgesehen ist. Man ist daran das Stellenprofil zu erarbeiten. Es wird noch geschaut, welche Arbeiten im Bereich betriebswirtschaftliche Arbeiten kombiniert werden können, insbesondere wegen einer zukünftigen Pensionierung des ICT-Verantwortlichen. Man überprüft, ob das Profil gebündelt werden kann, dass eine Stelle diese Aufgaben wahrnehmen kann. Die Ausschreibung ist im 2. Halbjahr vorgesehen.

Alfons Graf führt aus, dass am letzten Pfingstwochenende ein Event bei der Kreuzhöhe im Sonnenberg stattfand. Der Event dauerte rund 2-3 Tage und die laute Musik lief bis tief in die Nacht. Es gibt Gesetzzeiten der Rehe. Diese Tiere brauchen während dieser Zeit am meisten Ruhe. Wieso bewilligt der Gemeinderat einen solchen Event?

Gemäss Cyrill Wiget braucht es keine Bewilligung, um sich auf einem öffentlichen Picknickplatz aufzuhalten. Die Gemeinde wird jedoch von diesen Veranstaltern jedes Jahr informiert. Dieser Anlass wird auch schon seit mehreren Jahren durchgeführt. Bei solchen Anlässen, die eine Tradition haben, steht der Gemeinderat nicht entgegen.

Laut Rita Berger-Hug hat die Badesaison wieder begonnen. Die Temperaturen sind wechselhaft. Wie wird es dieses Jahr mit der Abdeckung der Becken gehandhabt?

Cyrill Wiget klärt auf, dass sich der zuständige Mitarbeiter über die Schwierigkeit der Abdeckung informiert hat. Die Intention des Mitarbeiters ist, dass das Becken abgedeckt werden muss. Es macht aber auch nur Sinn, wenn über Nacht die Temperatur um ein paar Grad sinkt. Diese Auflage besteht für die Mitarbeiter der Badi.

Mario Urfer fragt nach, ob der Personalverband der Gemeinde Kriens vom B+A Verselbständigung der Heime Kriens eine Meinungshaltung oder Stellungnahme gegenüber dem Gemeinderat geäußert hat.

Gemäss Paul Winiker wurde bei den regelmässigen Aussprachen mit dem Personalverband dieses Thema angesprochen. Die Vertreterin der Heime hat sich danach erkundigt, wie die Grundhaltung des Gemeinderates ist. Sie haben auf die heutige Diskussion verwiesen, da gewisse Grundhaltungen geklärt werden müssen. Die Grundhaltung des Gemeinderates wurde im B+A erläutert. Der Personalverband wird laufend darüber informiert.

Tomas Kobi führt aus, dass der Gemeinderat anlässlich seines Postulats zum Thema Entlastungsangebot sinngemäss gesagt hat, dass geklärt werden muss, weshalb dieses Angebot zu wenig genutzt wird. Was hat der Gemeinderat konkret unternommen, um das Angebot besser publik zu machen?

Lothar Sidler erklärt, dass keine konkreten Massnahmen ergriffen wurden. Es wurde jedoch geschaut, dass die KIG und die Spitex über die Entlastungsangebote Bescheid wissen und diese publik machen können.

Laut Christine Kaufmann-Wolf war die BiK auf Schulbesuch im Roggern. Es kam ihnen zu Ohren, dass der renovierte Kindergarten zwar einen schönen Sandkasten hat, aber dieser zum Katzenklo des Quartiers wurde. Der Sandkasten kann nicht richtig abgedeckt werden. Wie löst der Gemeinderat dieses Problem?

Judith Luthiger-Senn hat dieses Thema gerade heute mit ihrem Mitarbeiter besprochen. Die Abdeckung ist vorhanden. Scheinbar wird dieser Sandkasten auch vom Quartier genutzt. Hier müssen Absprachen zwischen den Quartierbewohnern und dem Kindergarten stattfinden. Man vermutet, dass die Quartierbewohner den Sandkasten nicht abdecken. Der Gemeinderat geht diesem Problem nach und schaut, dass dieses Problem behoben werden kann.

Enrico Ercolani führt aus, dass das Baubewilligungsverfahren vom Zentrum läuft. Er hat festgestellt, dass die Einsprachefrist vom 6. - 25. Mai lief. Der 25. Mai war der Pfingstmontag. Was ist jetzt, wenn jemand am Pfingstdienstag eine Einsprache macht, weil er es am Montag gar nicht konnte? Sind allenfalls Einsprachen eingetroffen?

Matthias Senn erklärt, dass wenn eine Frist auf einen Sonntag fällt, dann akzeptiert man es, wenn die Einsprache einen Tag später eintrifft. Wenn auch am Dienstag noch etwas auf die Post gegangen wäre, akzeptiert man das. Bis heute Morgen sind noch keine Einsprachen eingereicht worden.

Gemäss Cla Büchi konnte man sich über die verschiedenen Bauwerksvarianten des Bypasses informieren. Hat man die Ergebnisse des Studienauftrages miteinbezogen?

Cyrill Wiget geht davon aus, dass er unter Studienauftrag das Vertiefungsgebiet 2 meint. Das Vertiefungsgebiet 2 ist nun zurück aus der Vernehmlassung. Dort ist der Bypass ein wesentlicher Bestandteil. Dies wurde selbstverständlich miteinbezogen. Am 8. Juni 2015 findet eine öffentliche Veranstaltung statt. Die Bevölkerung kann Antworten und Fragen zum Thema Bypass über die E-Mailadresse bypass@kriens.ch einreichen.

Kathrin Graber klärt auf, dass die Stadt Luzern eine Regelung für Grabmäler kennt. Eine Bürgerin aus Kriens stellte fest, dass ältere Grabmäler plötzlich verschwinden. Ihre Frage ist, ob die Gemeinde Kriens sich auch überlegt eine ähnliche Regelung zu treffen wie Luzern. Können ältere Grabmäler unter Schutz gestellt werden, wenn die Angehörigen diese nicht zurücknehmen wollen?

Laut Paul Winiker gibt es einzelne Grabmäler, bei denen die Grabruhe abgelaufen ist. Teilweise werden diese aus historischen oder künstlerischen Gründen beibehalten.

Roger Erni hat am Sonntag, 17. Mai 2015 in der NLZ-App eine Mitteilung über einen Vorstoss der SVP gelesen, wobei der Vorstoss erst am Montag eingereicht wurde. In der Geschäftsleitung wurde abgemacht, dass zuerst die Eingabe von den Parteien an die Gemeinde erfolgt und dann erst die Mitteilung an die Presse geht. Was ist hier passiert, wie nimmt die SVP dazu Stellung?

Peter Portmann führt aus, dass der Gemeinderat dazu keine Stellung nehmen kann. Er rät ihm dazu, eine Beschwerde oder Anfrage bei der Geschäftsleitung einzureichen.

Gemäss Christine Kaufmann-Wolf ist man an der Planung der Inneneinrichtung beim Schappe Süd. Dafür gibt es die Nutzerkommission Schappe Süd. Nach welchen Kriterien wurde die Kommission zusammengesetzt?

Judith Luthiger-Senn teilt mit, dass die Kommission sehr breit zusammengesetzt ist. Sie lehnt sich an die ehemalige Kulturstättenplanung an. Es hat je ein Vertreter vom Theater, Quartierverein, Jugendanimation, Galerien, Kunstszene Teiggi, Umwelt- und Sicherheitsdepartement, Baudepartement, Krienser Vereine und Blasmusiken.

Roger Erni ist zu Ohren gekommen, dass Peter Portmann als Einwohnerratspräsident zum Teil heikle Leserbriefe in der NLZ schreibt. Wie geht der Gemeinderat damit um?

Peter Portmann weist darauf hin, dass er auch hier eine Anfrage oder Beschwerde bei der Geschäftsleitung einreichen soll.

Christine Kaufmann-Wolf's Frage wurde noch nicht beantwortet. Ihr ist klar, welche Kommissionsmitglieder vertreten sind. Sie möchte jedoch wissen, nach welchen Kriterien diese Personen ausgesucht wurden. Weshalb wurden ausgerechnet diese Vereine resp. bestimmten Personen ausgewählt?

Laut Judith Luthiger-Senn war es dem Gemeinderat wichtig, dass die zukünftigen Nutzenden vom Schappe Süd möglichst auch in die Kommission eingebunden werden. Das erste Kriterium war, dass ein Vertreter vom Quartier resp. von allen Quartiervereinen Einsitz nimmt. Es ist vorgesehen, dass die Blasmusiken einen Raum erhalten und deshalb ist jemand aus den Musikvereinen vertreten. Ein Teil im Schappe Süd wird auch die Musikschule brauchen. Darum ist der Rektor in der Kommission. Im Schappe Süd wird ja Realersatz geschaffen. Das heisst, dass diejenigen, die Räume verlieren in der Kommission Einsitz nehmen.

Roger Erni hat gehört, dass eine Verlegung der Buslinie 21 in Prüfung ist. Für die Realisierung ist ein Strassenprojekt notwendig. Kann der Gemeinderat Auskunft darüber geben, was dies für ein Strassenprojekt ist?

Gemäss Cyrrill Wiget ist dies korrekt. Man macht sich Überlegungen, ob im Gebiet Schweighof Richtung Schellenmatt eine Bushaltestellte sein muss. Es kann jedoch nicht funktionieren, wenn der Bus nicht über die Motelstrasse kommt. Man schaut, ob die Strasse teilweise aufgeweitet wird, damit der Bus Richtung Kriens stückweise hineinfahren kann. Die Planung ist jedoch noch nicht ausgereift. Es ist auch wieder mit Kosten verbunden und die Strasse ist über der Autobahn. Abklärungen darüber, wie der Bund dazu steht, sind noch offen. Im Hinblick auf die Anbindung der neuen Quartiere muss man sich diese Gedanken machen.

Judith Mathis-Wicki informiert, dass der Parkplatz oberhalb des Hotels Sonnenberg an schönen Tagen sehr rege benutzt wird. Es herrscht häufig ein absolutes Chaos. Wem gehört das Grundstück? Wenn es die Gemeinde ist, kann die Gemeinde diesen Parkplatz bewirtschaften?

Cyrrill Wiget führt aus, dass anlässlich der letzten Fragestunde die Frage falsch verstanden wurde. Man hatte das Gefühl, dass ein Problem mit der Benützung Richtung Obergütsch besteht. Diese Frage wird an die Abteilung Tiefbau weitergeleitet. Die Parkplätze gehören dem Hotel. Was vor dem Fahrverbot ist, ist im Privatbesitz.

Anmerkung der Protokollführerin: Die Abklärungen bei der Abteilung Tiefbau bezüglich der Fahrverbote beim Gabeldingen und Eingangs Sonnenberg-Wald haben ergeben, dass der Polizei die Problematik bekannt ist und sporadisch Kontrollen durchführt. Die Barriere beim Hotel Sonnenberg gehört in den Bereich der Waldstrassengenossenschaft Sonnenberg, wobei es sich um eine Güterstrasse handelt. Die Gemeinde Kriens ist ebenfalls Genossenschaftler und durch den Gemeinde-Ingenieur Daniel Burkart im Vorstand vertreten. Eine Schliessung der Barriere wurde nach einer ersten Anfrage bei direkt Betroffenen als zu grosse Einschränkung beurteilt. Im Gebiet Sonnenberg-Chrüzhöchi gibt es mehrere Anspruchsgruppen wie z.B. Forst, Jäger, Bewohner Hinter Gütsch, Sonnenbergbahn und Veranstalter von kulturellen Anlässen. Nebst dem Fahrverbot machte die Polizei noch weitere Probleme im selben Gebiet aus. Diese werden so bald als möglich an einem runden Tisch mit den Betroffenen thematisiert und nach Lösungen gesucht.

Davide Piras möchte wissen, wie der aktuelle Planungsstand zum Energietag 2015 ist.

Laut Cyrrill Wiget führt die Verwaltung den Energietag durch. Im Detail kann noch nichts dazu gesagt werden. Es wird jedoch eine Ausstellung im Meiersmatt geben, welche für alle zugänglich ist. Die Lehrerschaft wird dann mit ihren Schülern dazu eingeladen.

3. Bericht und Antrag: Einsetzung einer nichtständigen einwohner-rätlichen Kommission – Reorganisation Einwohnerrat 2016 **Nr. 166/15**

Gemäss Thomas Lammer hat sich die Geschäftsleitung nach der Annahme der Volksabstimmung am 8. März 2015 zur Verkleinerung des Einwohnerrates an mehreren Sitzungen über das Vorgehen zur Umsetzung der Anpassung der Geschäftsordnung des Einwohnerrates unterhalten. Nach regen Diskussionen wurde einstimmig entschieden dem Einwohnerrat die Einsetzung einer nichtständigen einwohner-rätlichen Kommission zu beantragen. Gemäss Art. 23 Geschäftsordnung schlägt die Geschäftsleitung weiter vor, dass diese Kommission aus

fünf Mitgliedern besteht. Ein Mitglied pro Fraktion. Die Wahl dieser Mitglieder in die Kommission und des Präsidiums erfolgt in geheimer Abstimmung. Zusätzlich nehmen der Gemeindepräsident und der Gemeindeschreiber als beratende Mitglieder an den Sitzungen der Kommission teil. Rege diskutiert wurde auch ein möglicher Beizug externer Fachpersonen. Grundsätzlich war man sich in der Geschäftsleitung einig, dass kein externer Beizug erfolgen soll. Trotzdem wollte man dies nicht ausschliessen und beantragt deshalb ein Budget von Fr. 20'000.00. Würde der Betrag nicht jetzt beantragt, so müsste ein zusätzlicher Antrag zu einem späteren Zeitpunkt ans Parlament oder den Gemeinderat erfolgen, wenn wirklich externe Unterstützung benötigt würde. Das wurde als nicht effizient erachtet. Weiter war es die einhellige Meinung in der Geschäftsleitung, dass die Aufgaben der Kommission so effizient wie möglich erledigt werden sollen. Als Richtschnur für die Reorganisation soll die Departementsreform des Gemeinderates dienen. Die Geschäftsleitung bittet darum den Antrag in der vorliegenden Form zu unterstützen.

Roland Schwizer, CVP/JCVP/GLP-Fraktion, führt aus, dass die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger von Kriens am 8. März 2015 entschieden haben, dass der Einwohnerrat von 36 auf 30 Mitglieder verkleinert wird. Entgegen der Meinung der FDP hat dieser Entscheid weitreichende Folgen auf die Geschäftsordnung des Einwohnerrates. Wie im Abstimmungskampf beschrieben wurde, ist bei einem Milizparlament die zeitliche Belastung eines Einwohnerrates relativ hoch. Nebst der Vor- und Nachbearbeitung der eigentlichen Einwohnerratssitzung, ist die Kommissionsarbeit ein zeitaufwändiger Teil des Parlamentbetriebes. In den Kommissionen sollen die einzelnen Geschäfte detailliert behandelt werden. Zudem soll der Gemeinderat in den Kommissionen einen Echoraum erhalten, in dem die Departementsarbeit reflektiert wird und der Einwohnerrat beratend einwirken kann. Ziel ist es, dass in den sechs Kommissionen mindestens eine Vertretung von jeder Fraktion integriert ist. Doppelmandate für kleine Fraktionen sind unumgänglich. Mit der Verkleinerung des Einwohnerrates ist davon auszugehen, dass die zeitliche Belastung in den kleineren Fraktionen künftig noch stärker wachsen wird, wenn daran festgehalten wird, dass jede Fraktion in jeder Kommission mindestens eine Vertretung hat. Die FDP war der Meinung, dass die Geschäftsleitung mit einer frühmorgendlichen Kosmetikübung die Sache schnell erledigt hat. Mit einigen wenigen Retuschen an der Geschäftsordnung des Einwohnerrates ist die Einsparung von den umjubelten Fr. 13'000.00 durchgeführt. Dies ist jedoch ein Trugschluss. Es sind grundsätzliche Überlegungen zu machen zur Kommissionsarbeit, dem Zusammenspiel Gemeinderat - Kommissionen, dem Zusammenspiel Fraktionen - Kommissionen aber auch welche Synergien genutzt werden können. Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion begrüsst die Einsetzung einer nichtständigen einwohnerrätlichen Kommission, die sich vertieft diesen Fragen annimmt. Sie soll aufzeigen, wie sich die Kommissionsarbeit künftig gestalten wird, sowohl organisatorisch, wie auch personell. In diesem Zusammenhang bedauert es die CVP/JCVP/GLP-Fraktion ausserordentlich, dass die FDP Angst vor ihrem eigenen Mut erhalten hat und die gewonnene Abstimmung nicht bis zum Schluss auskosten will. Die FDP ist nicht in der Lage oder nicht willens diese Kommission zu präsidieren. Ahnt die FDP, dass der Bumerang an sie zurückkommen könnte und die Neustrukturierung des Einwohnerrates nicht die erhofften Einsparungen bringen wird? Als verantwortungsbewusste Fraktion wird die CVP/JCVP/GLP mit Rolf Schmid einen bestens ausgewiesenen Präsidenten stellen. Er wird sich nicht scheuen, diese Sonderkommission sowohl mit positiven wie auch negativen Ergebnissen nach aussen zu vertreten. Er wird darauf bedacht sein, dass der beantragte Kredit von Fr. 20'000.00 für allfällige juristische Abklärungen nicht überschritten bzw. nicht verwendet wird. Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion ist für Eintreten auf diesen B+A.

Laut Martin Heiz ist die SVP-Fraktion für Eintreten auf den B+A. Der Einwohnerrat wurde nun wieder auf 30 Einwohnerräte verkleinert. Der Sprechende erinnert sich an diese Zeiten, als dies schon der Fall war. Man hatte bereits auch schon Doppelmandate, aber dies darf es in

Zukunft nicht wieder geben. Ein Doppelmandat ist eine enorme Belastung, da die Vorbereitungen mit einem grossen Aufwand verbunden ist. Für die SVP-Fraktion ist klar, dass jedes Einwohnerratsmitglied in einer Kommission Einsitz haben muss. Es kann nicht sein, dass jemand gar keinen Kommissionsitz hat und ein anderes Mitglied vielleicht zwei. Das würde die SVP-Fraktion bekämpfen.

Nachdem die FDP gemäss Roger Erni mit ihrer Initiative „Verkleinerung des Einwohnerrates“ beim Volk mit 51 % gewonnen hat, steht nun die Umstrukturierung der Kommission an. Dem soll Respekt gezollt und nicht unterstellt werden, dass die FDP nicht in der Lage ist das Präsidium zu prästieren. Selbstverständlich ist die FDP in der Lage. Aus Sicht der FDP-Fraktion hätte es keine Kommission gebraucht, um die Reorganisation der einwohnerrätlichen Kommission zu erarbeiten. Die Möglichkeiten sind nicht vielschichtig und werden zusammen mit der Reorganisation der Departemente eine klare Richtung aufzeigen. Es wäre auch möglich gewesen, dass die Fraktionen und Parteien einen Vorschlag eingereicht hätten und man aufgrund dieser die Diskussion in der Geschäftsleitung geführt hätte. Die FDP-Fraktion findet den vorliegenden Vorschlag nicht pragmatisch und überorganisiert. Im Sinne einer kooperativen Zusammenarbeit im Einwohnerrat wird sie aber dem B+A zustimmen. Da die FDP so nahe beim Volk ist, wird sie gerade die nächste Initiative nachlegen.

Peter Fässler weiss nicht, ob die SP/JUSO-Fraktion die FDP bei der nächsten Initiative unterstützen wird. Aber die Stimmbürger haben der Gemeindeinitiative zur Verkleinerung des Einwohnerrates zugestimmt. Das gilt es zu akzeptieren und nun umzusetzen, was natürlich Arbeit und Kosten bedeutet. Den Entscheid der Geschäftsleitung des Einwohnerrates, eine nicht-ständige einwohnerrätliche Kommission dafür einzusetzen, trägt die SP/JUSO-Fraktion mit. Es wäre schon sehr blauäugig, ohne entsprechende Vorarbeit und seriöse Abklärungen in das Projekt einzusteigen. Die SP/JUSO-Fraktion hofft, wünscht und fordert, dass diese Spezialkommission effizient und kostengünstig arbeiten wird, die verschiedenen Anliegen der Parteien genügend gewürdigt werden und sich der dem Stimmvolk versprochene Effekt dann auch wirklich einstellt. Alles andere wäre ein Leerlauf sondergleichen.

Die Grüne/JG-Fraktion ist laut Bruno Bienz für Eintreten und sagt auch ja zum B+A. Es erstaunt den Sprechenden, dass Roger Erni noch so gross palavert. Die FDP hätte in der Geschäftsleitung die Gelegenheit gehabt ihre Vorschläge einzubringen. Die Gelegenheit wurde jedoch nicht genutzt. Deshalb ist es völlig deplatziert, solche Anschuldigungen vorzubringen. Die Grüne/JG-Fraktion ist auch erstaunt, dass die FDP als Initiator dieser Initiative nicht den Lead übernehmen will, nach dem Motto „*Zuerst zeuseln und dann das Löschen den anderen überlassen.*“

Peter Portmann stellt fest, dass das Eintreten unbestritten ist und nun mit der Detailberatung begonnen werden kann.

Detailberatung

Es erfolgten keine Wortmeldungen.

Guido Solari liest den **Beschlussestext** vor:

Es wird eine nichtständige einwohnerrätliche Kommission Reorganisation Einwohnerrat 2016 eingesetzt. Das Pflichtenheft gemäss Ausführungen in den Erwägungen wird festgesetzt.

**Abstimmung über den Beschlusstext Bericht und Antrag Nr. 166/15:
Der Beschlusstext wird mit 32:1 Stimmen genehmigt.**

Aakti, Brahim	ja
Berger, Rita	ja
Bienz, Bruno	ja
Bienz, Viktor	ja
Büchi, Cla	ja
Camenisch, Räto	nein
Ercolani, Enrico	ja
Erni, Roger	ja
Fässler, Peter	ja
Fluder, Hans	ja
Graber, Kathrin	ja
Graf, Alfons	ja
Heiz, Martin	ja
Hofstetter, Kevin	ja
Kaufmann-Wolf, Christine	ja
Kobi, Tomas	ja
Koch, Patrick	ja
Lammer, Thomas	ja
Manoharan, Yasikaran	ja
Mathis-Wicki, Judith	ja
Meyer, Pascal	ja
Nyfeler, Nicole	ja
Piras, Davide	ja
Schmid, Rolf	ja
Schwizer, Roland	ja
Spörri, Raphael	ja
Staub, Katja	ja
Takacs, Fabian	ja
Tschümperlin, Erich	ja
Trüb, Paul	ja
Urfer, Mario	ja
Wicki Roth, Verena	ja
Zosso, René	ja

4. Wahlen in die Spezialkommission betr. Reorganisation Einwohnerrat

Wahl der Mitglieder in die Kommission Reorganisation Einwohnerrat 2016 (KRE)

ausgeteilte Wahlzettel:	34
eingegangene Wahlzettel:	34
leere Wahlzettel:	0
ungültige Wahlzettel:	0
gültige Wahlzettel:	34
absolutes Mehr:	18

gewählt als Mitglieder:	
Bruno Bienz, Grüne	34
Thomas Lammer, FDP	31
Peter Portmann, SVP	34
Mario Urfer, SP	32
Verschiedene	1

Wahl des Präsidiums in die Kommission Reorganisation Einwohnerrat 2016 (KRE)

ausgeteilte Wahlzettel:	34
eingegangene Wahlzettel:	34
leere Wahlzettel:	7
ungültige Wahlzettel:	0
gültige Wahlzettel:	27
absolutes Mehr:	14
gewählt als Präsident:	
Rolf Schmid, CVP	24

5. Bericht und Antrag: Rechnung 2014

Nr. 157/15

Peter Portmann begrüsst die Sachverständigen Franz Bucher und Röbi Kranz.

Laut Roger Erni hat die FGK mit 7:0 Stimmen die Jahresrechnung genehmigt. Mit 7:0 Stimmen nimmt die FGK den Jahresbericht zur Kenntnis. Ein grosser Dank an alle Beteiligten für die Arbeit. Sehr kompetent hat Franz Bucher bereits auf alle Fragen geantwortet. Die Kommissionsmitglieder haben gebohrt und ihrer Geschäftsprüfungsaufgabe versucht nachzukommen. Kriens schloss mit 2 Mio. Franken besser ab als budgetiert. Es ist immer noch ein Minus von Fr. 132'000.00. In der FGK wurde erwähnt, dass dies höchstens ein Silberstreifen am Horizont ist. Weiterhin wird mit Argusaugen auf Neuinvestitionen geschaut. Zufällige Erbschaften und ein einmaliger Systemwechsel bei der Grundstückgewinnsteuer führte zu diesem guten Ergebnis. Die Steuerstrategie stimmt, jedoch ist ein realistischeres Wachstum bei den Steuern erwünscht. Das Wachstum führt zu neuen Belastungen, wo dann aufgepasst werden muss. Die Gemeinde darf von einer besseren Rechnung als budgetiert nicht ein wenig zurückweichen. Die FGK nimmt das Resultat zur Kenntnis, schaut nach vorne und dem Gemeinderat genau auf die Finger.

Für die BiK war gemäss Christine Kaufmann-Wolf das Eintreten unbestritten. Alle anwesenden Mitglieder sind über den positiven Rechnungsabschluss erfreut. Die Kommission lobt und anerkennt die strikte Kostenkontrolle, wie auch die hohe Budgetdisziplin. Dazu an alle Beteiligten einen grossen Dank, welche sich dafür einsetzen. Die Bildung schliesst mit 0.43 Mio. Franken besser ab als budgetiert. Die BiK hat sich nur den ihr zugewiesenen Konten beschäftigt. Das sind das Konto 2 Bildung und teilweise Kontogruppe 3 Kultur u. Freizeit. In der Detailberatung wurden rege Fragen zu den einzelnen Konten gestellt. Alle Fragen konnten sehr umfassend und nachvollziehbar beantwortet werden. Wie bereits vorhin gesagt, ist das gute Abschneiden der Bildung sehr erfreulich. Es gibt jedoch verschiedene Gründe für diesen positiven Abschluss. Einerseits geschah dies durch folgende Minderaufwände:

- Mutationsgewinn beim Personal
- Es wurden gemäss kantonalen Vorgaben Lohnerhöhungen und Stufenanstiege mit 0.5 % budgetiert. Diese wurden jedoch vom Kanton erst per Dezember 2014 zurückgezogen.
- Das Gleiche erfolgte bei den kantonalen Massnahmen „Arbeitsplatz Schule“. Diese wurden auch vom Kanton erst im Dezember zurückgezogen.
- Dann gab es weniger Mittelschüler. Dadurch sank der Aufwand um über Fr. 100'000.00. Daher musste ein kleinerer Betrag an den Kanton überwiesen werden.

Andererseits waren die Mehrkosten bei unterschiedlichen Konten ausschlaggebend:

- Umstellung der Schul-IT auf GICT
- Schülerrückgang bei der Musikschule um 45 Schüler. Davon waren 33 Kantischüler weniger angemeldet.
 - Da der Kanton einen hohen Beitrag für die Kantischüler an die Musikschule bezahlt, ist diese abnehmende Zahl von Kantischülern ein schmerzhafter Verlust für die Musikschule.
 - Diese Reduktion wirkt sich auf den Deckungsgrad aus. Dieser sank von 52 % auf 48 %. Das Ziel wäre eigentlich 50 %.
- Das Schulhaus Obernau war vom Unwetter im Sommer 2014 betroffen. Es hat grosse Schäden im Schulhaus Obernau hinterlassen. Diese sind nicht vollumfänglich durch die Gebäudeversicherung gedeckt.
- Beim Ferienheim Kippel gab es mehr Nettoaufwand. Dies unter anderem auch, weil die budgetierten Fremdvermietungen nicht eintrafen. Leider sind die negativ Zahlen beim Ferienheim Kippel eine jährlich wiederkehrende Tatsache. Diese Negativbilanz gibt der BiK sehr zu denken.
- Bei der Gemeindebibliothek wurden weniger Medien ausgeliehen. Dies ist, wie man auch in der Zeitlang lesen konnte, ein neuer überregionaler Trend.

Zusammenfassend ist die BiK der Meinung, dass im Departement Bildung sehr gut gearbeitet wurde. Es wird sehr kostenbewusst und mit grosser Budgetdisziplin gearbeitet. Nochmals grossen Dank an alle Verantwortlichen. Die BiK-Mitglieder haben die Rechnung 2014 sowie auch den Jahresbericht im Bereich Bildung und den zugewiesenen Teilen der Kontogruppe Kultur und Freizeit, einstimmig angenommen.

Die SGK stellt laut Bruno Bienz fest, dass die Rechnung 2014 eine rote Null ist. Wie andere Gemeinden im Kanton schneidet Kriens besser ab als erwartet. Ein kleiner Lichtblick am Horizont. Nicht mehr und nicht weniger. In den budgetrelevanten Kontos der SGK hat sich auch einiges getan. Die KESB Kriens- Schwarzenberg ist bereits in das dritte Jahr gestartet. Sie ist auch gut unterwegs. Auch die Kosten hat man gut im Griff. Bis Ende 2015 müssen alle Erwachsenenschutzmassnahmen an das neue Recht angepasst sein. Dies wird in Kriens voraussichtlich im Sommer soweit sein. Nach dem Fall in Flaach ist natürlich auch im Kanton Luzern der Pikettdienst wieder ein Thema. Die SGK ist der Meinung, dass die jetzige Lösung ein gangbarer Weg ist. Eine Einführung eines 24 Stunden Pikettdienstes hätte enorme personelle und finanzielle Konsequenzen. Leider sind die Kosten für die wirtschaftliche Sozialhilfe wiederum gestiegen. Die erfreuliche Nachricht ist, dass die Kurve etwas abgeflacht ist. Man hofft, dass dies weiterhin so eintrifft. 2014 wurden 941 Personen in 626 Dossier unterstützt. 132 Personen konnten abgelöst werden und 809 waren noch am Laufen. 78 – 80 Personen sind Heimbewohner, die mit ergänzender Sozialhilfe unterstützt werden. Im Allgemeinen ist zu vermerken, dass die Sozialarbeiter und Sozialarbeiterinnen einen grossen administrativen Aufwand zu bewältigen haben. Es gibt immer wieder Anpassungen bei Gesetzesänderungen. Im Jahr 2016 wird voraussichtlich das überarbeitete Sozialhilfegesetz in Kraft treten. Bei den Heimen zeigt die Spezialfinanzierung hier das erste Mal ihr Gesicht. Das Resultat kann sich sehen lassen. 2,147 Mio. Franken gehen als Einlage in die Spezialfinanzierung. Die Gründe

sind mannigfaltig und in der Rechnung ersichtlich. Erfreulich sind sicher die hohe Bettenbelegung von 98,32 % und die Reduktion der Rekrutierungskosten, da die Personalfuktuation sehr tief war. Die Pflegefinanzierungsbeiträge der Spitex haben im Vergleich zum Vorjahr um Fr. 404'500.00 zugenommen. Der Grund ist, dass mehr pflegefinanzierungspflichtige Dienstleistungen erbracht werden mussten. Dazu hat die Kinderspitex über Fr. 100'000.00 mehr gekostet als budgetiert. Mit solchen Ausreissern muss immer gerechnet werden. Diese Kosten wurden von zwei Kindern mit Intensivpflege verursacht. Solche Kosten können nicht vorhergesehen, noch verhindert werden. Diese werden verordnet und müssen geleistet werden. Die Spitex hatte im Jahr 2014 220 Einsätze pro Tag an 365 Tagen. Laufend sind es 440 Kunden gewesen. Diese hatten immer ein ärztliches Zeugnis. Zudem müssen täglich 1,3 Neueintritte bewältigt werden. 29 % der Kunden sind unter dem AHV-Alter. Jüngere greifen auch immer vermehrt auf diese Leistungen zurück. Eine grosse Erleichterung für die Spitex ist sicher, dass die Leistungsvereinbarung über vier Jahre abgeschlossen werden konnte. Das entlastet auch den Aufwand der Spitex. Eine längere Diskussion waren die Ressourcen bei der Fürsorge. Einig war sich die SGK, dass dieses Problem näher angeschaut werden muss. Dieses Thema wird den Einwohnerrat sicher noch beschäftigen. Die SGK möchte allen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen herzlich für ihr Engagement für die Gemeinde Kriens danken. Das Eintreten der SGK war unbestritten und die Rechnung in den SGK relevanten Konten wurde einstimmig angenommen.

Die USK hat gemäss Raphael Spörri verschiedene Fragen gestellt, welche grösstenteils durch den zuständigen Departementsvorsteher beantwortet wurden. Von allen Teilnehmern wurde geschätzt, dass der Wille vorhanden ist das Budget einzuhalten und den Weg der 4-Säulen-Strategie konsequent weiter zu gehen. Ein Dank gilt allen Mitarbeitern der Gemeinde Kriens, für ihre nicht immer leichte Aufgabe zwischen Wollen und Können zu unterscheiden und manchmal das Mögliche dem Wünschbaren vorzuziehen. Es wurde mit Freude zur Kenntnis genommen, dass eine rote Null erreicht wurde. Die Betonung liegt aber auf rot, denn die Finanzlage der Gemeinde bleibt weiterhin angespannt. In der Detailberatung wurden dann zu ein paar Themen Fragen gestellt. Dies betrifft:

- Es wurde festgestellt, dass viele Investitionen verschoben wurden. So lässt sich natürlich auch sparen.
- Beim Parkbad ist die Schlussabrechnung immer noch nicht vorhanden. Die USK ist der Meinung, dass die Kosten des Parkbades weiterhin im Auge behalten werden müssen, dass aber im Gegenzug die neue Badi vor allem bei Familien und Sportschwimmern sehr gut ankommt. Dies ist doch auch ein Mehrwert.
- Bei der Öffentlichen Sicherheit wurde der Aufwand unterschritten. Ist Kriens nun sicherer geworden oder an was kann das liegen? Es ist noch verfrüht hier Schlüsse zu ziehen.
- Der Regionalverkehr schliesst mit einem Mehraufwand ab. Dies weil die Gemeinde Kriens einen höheren Betrag an den VVL zahlen musste. Grund seien die Verdichtungen der Quartierbusse vor allem in der Kuonimatt. Dies ist aber wichtig, da bereits heute in der Region Luzern Süd vorgespurt werden muss, um den aufkommenden Mehrverkehr etwas zu entlasten.
- Ebenfalls hat die Sonnenbergbahn in der Rechnung 2014 einen Mehraufwand zu verzeichnet. Dies sei nicht zu verhindern gewesen, da personelles Know-how zugezogen werden musste, um die alten Anlagen weiterhin seriös betreiben zu können.
- Im Hallenbad Krauer wurde auf Grund eines technischen Defektes ein Mehraufwand generiert. Sitzt man hier auf einer finanziellen Zeitbombe? Ist das Hallenbad ein Sanierungsfall?

Der Gemeinderat konnte zu den gestellten Fragen kompetent und sachlich Auskunft geben. Die USK hat die ihrem Departement zugeteilten Konten überprüft, hinterfragt und analysiert. Sie dankt den Mitarbeitern des Departementes für die strikte Einhaltung des Budgets und nimmt den vorliegenden B+A einstimmig zur Kenntnis.

Martin Heiz bedankt sich im Namen der BK bei alle Beteiligten die an diesem Dokument gearbeitet haben. Das Eintreten auf die Rechnung 2014 war unbestritten. Die Rechnung schloss um einiges besser ab als budgetiert. Das freut alle, aber es ist doch mit einem Fragezeichen verbunden. Dieses Resultat ist doch auf ein einmaliges Ereignis zurückzuführen. Das heisst, man muss weiter dran bleiben. Nicht so schön ist, dass die Investitionen nicht nach Budget ausgeführt werden konnten. Doch dies führt zu weniger Abschreibungen und zu einer kleineren Zinsbelastung. Zu den baurelevanten Konten wurden einige Verständigungsfragen gestellt, die im Protokoll der BK nachgelesen werden können. Besten Dank auch an die Lernende, die das Protokoll geschrieben hat. Die BK sagte einstimmig ja zu den baurelevanten Konten.

Im Namen der CVP/JCVP/GLP-Fraktion bedankt sich Rolf Schmid zuerst bei allen Beteiligten und Verantwortlichen einerseits für das redliche Bemühen die Gemeinde Kriens wieder in eine finanziell rosigere Zukunft zu bringen und andererseits für die übersichtliche und transparente Darstellung der Rechnung 2014. Wie andere Gemeinden im Kanton Luzern schneidet auch Kriens erfreulicherweise mit der Rechnung um einiges besser ab, als vom Budget her zu erwarten war. Mit einem Mehraufwand von 0.13 Mio. Franken bei einem Gesamtaufwand von gut 176 Mio. Franken ist das fast eine Punktlandung. Wäre der Ertrag aus den Heimen nicht schon in die Spezialfinanzierung geflossen, wäre sogar ein stattlicher Gewinn zustande gekommen. Ein kleiner Trost oder Lichtblick ist, was jetzt für die Heime angehäuft werden kann, zahlt sich später aus. Die rote Null ist aber für die CVP/JCVP/GLP-Fraktion höchstens ein winziger Silberstreifen am Horizont. Es zeigt sich, dass man mit der 4-Säulen-Strategie auf dem richtigen Weg ist. Von diesem Weg sollte man aber nicht grundsätzlich abrücken. Für die Zukunft ist es sicher richtig, mit einer Standortbestimmung die 4-Säulen-Strategie zu überprüfen. Doch Entwarnung ist noch lange nicht angesagt, der Weg ist steinig und fordert einiges an Schweiss und Durchhaltevermögen. Der erwähnte Silberstreifen am Horizont wird auch damit untermauert, dass die Pro-Kopf-Verschuldung im 2014 zurückging, obwohl sie immer noch höher liegt als im kantonalen Durchschnitt von 2013. Die Abnahme um rund Fr. 440.00 auf Fr. 3'288.00 ist ein kleiner Schritt in die richtige Richtung. Dass man noch nicht Entwarnung geben kann, zeigt sich auch darin, dass der budgetierte Gemeindesteuerertrag noch nicht erreicht wurde und die Last des strukturellen Defizits von rund 3 Mio. Franken nach wie vor Kopf- und Rückenschmerzen verursacht. Als Pluspunkte hervorgehoben werden dürfen auch die Fakten, dass sich einerseits das Finanzvermögen der Gemeinde positiv entwickelt hat und um knapp 8 Mio. Franken auf 83.7 Mio. Franken angestiegen ist und andererseits sich auch das Verwaltungsvermögen positiv entwickelt hat. Aufgrund der anstehenden Rekordinvestitionen, unter anderem durch die Zentrumsinvestitionen, wird der Aufwand für Zinsen und Abschreibungen in naher Zukunft ansteigen. Umso wichtiger ist es, dass der Gemeinderat und auch die Verwaltung weiterhin mit Argusaugen darauf achten, dass die Folgekosten, insbesondere was Betrieb und Unterhalt der Infrastruktur betreffen, bei Sanierungen und Neubauten in vernünftigen Bahnen laufen. Hier liegt für die Zukunft je nach Richtung wichtiges Spar- oder Ausgabenpotential. Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion ist für Eintreten und wird der Rechnung 2014 vorbehaltlos zustimmen.

Die SVP-Fraktion wird laut Räto Camenisch auf die Rechnung eintreten und zustimmen. Rolf Schmid hat das Ganze sehr schön dargelegt. Kriens hat eine rote Null. Das ist etwas, dass man schon viele Jahre nicht mehr hatte. Die rote null ist auf verschiedene Faktoren zurückzuführen. Auf der einen Seite sieht man, dass man sich Mühe gibt mit sparen. Dies zeigt sich auch in der Verwaltung. Sogar die Schulen haben mit weniger abgeschlossen als budgetiert. Das ist man sich auch nicht gewohnt. Dafür gibt es ein paar Positionen, die teurer wurden. Kriens hatte auch mehr Steuereinnahmen, die jedoch nicht regulär sind. Die Sondersteuereinnahmen werden im nächsten Jahr nicht mehr so eintreffen. Die 4-Säulen-Strategie ist ein guter Entwurf, denn man hatte erstmals ein Erfolg. Es ist wichtig, dass man auf diesem Weg

weiterfährt. Die Pro-Kopf-Verschuldung hat abgenommen. Das ist sehr schön und auch neu. Der Eigenfinanzierungsgrad hat jedoch noch lange nicht 80 % erreicht. Mit rund 56 % ist dieser nun in einem anständigen Bereich. Kriens hatte auch schon 20 %. Rundum ist man auf dem richtigen Weg. Man muss so weitergehen, aber ohne Steuererhöhung. Es gibt ein paar Ausgabekosten, die überwacht werden müssen, vor allem im Spitexbereich. Die SVP-Fraktion findet, dass die Spitexkosten an das Bevölkerungswachstum und an das Durchschnittsalter der Bevölkerung gekoppelt werden soll. Kriens wurde bei der sozialen Wohlfahrt Kantonsmeister. Da muss man sich überlegen, wie man davon wieder wegkommt. Aufgrund des neuen Sozialhilfegesetzes hat der Regierungsrat die Möglichkeit von den SKOS-Richtlinien abzuweichen. Der Gemeinderat soll nachfragen, welche Abweichungen für Kriens richtig sind. Gesamtschweizerisch gibt es ein Übereinkommen der Sozialdirektoren, dass diese flexibler gehandhabt werden. Kriens muss dort auch mitmachen. Früher sah man bei der Rechnung wie viel an Kantons-, Gemeindebürger oder Ausländer ging. Nun sind alle in einem Topf. So sieht man nicht, wo die Anstiegszahlen drin sind. Die SVP-Fraktion wünscht, dass dies im nächsten Budget wieder eingeführt wird.

Roger Erni, FDP-Fraktion, führt aus, dass statt eines Verlustes von 2.195 Mio. Franken ein Defizit von Fr. 132'000.00 resultiert. Das ist stark, es gibt aber einige Aber. Die Vorkommnisse der letzten Wochen und vor allem die Initiative der SP „Unternehmenssteuern + 50 %“ hat den Sprechenden zu folgendem Gedankenspiel bewegt: Nimmt man die grössten drei Positionen der Rechnung wie Bildung, Gesundheit und Soziale Wohlfahrt kommt man auf 68 Mio. Franken Aufwendungen. Würde man diese Ausgaben halbieren, könnte man den Krienser Bürgerinnen und Bürgern die Hälfte der Gemeindesteuern zurückerstatten bzw. müsste die Steuern nicht erheben, da der Gemeindesteuerertrag bei 68 Mio. Franken liegt. Dies zeigt, dass der Staat eine unglaubliche Umverteilungsmaschine ist. Die FDP-Fraktion ist der Meinung, dass der Bericht noch besser geworden ist. Er enthält neu aussagekräftige statistische Werte wie Beteiligungen und Verpflichtungen; Finanzkennzahlen, Pensenübersichten, Jahresplanung, Investitionsrechnung und Mittelflussrechnung. Was will das Finanzherz eines Politikers mehr? Natürlich schwarze Zahlen. Im 2014 wurden fast 10 Mio. Franken weniger investiert als budgetiert. Das wird dazu führen, dass in den Folgejahren mehr investiert wird. Die guten Finanzkennzahlen werden sich dann wieder verschlechtern. Im Vergleich zu den vier vergangenen Jahren sind die Finanzkennzahlen im 2014 besser geworden. Der Selbstfinanzierungsgrad liegt bei 185 %, man hat erstmals wieder ein Selbstfinanzierungsanteil von über 10 %, der Verschuldungsgrad hat abgenommen und liegt im 2014 unter den geforderten 120 %, im 5 Jahres-Durchschnitt jedoch immer noch bei 125 %. Die FDP-Fraktion gibt sich politisch und sachlich Mühe, dass man die Gemeindefinanzen bis in drei Jahren im Griff hat. Die Gemeinde budgetiert dann mit einem Plus von Fr. 132'000.00. Die Grundstückgewinn- und Erbschaftssteuern flossen reichlich. Deshalb soll man nicht auf die Idee kommen die Erbschaftssteuer-Initiative anzunehmen. Der Gemeinde Kriens fehlt dann auf einen Schlag 1 Mio. Franken. Kommt hinzu, dass die Heime im Jahr 2014 nach der Systemänderung einen Gewinn von über 2 Mio. Franken erzielt haben, welche in die Spezialfinanzierung fliesst, um zukünftige Investitionen selber stemmen zu können. Die FGK wird die Vollkostenrechnung erhalten. Kriens darf mit einem um 2 Mio. Franken besseren Resultat als budgetiert kein My, entspricht einen Mikrometer, zurückweichen. Die FDP-Fraktion stimmt der Rechnung 2014 zu. Ebenso nimmt sie den Jahresbericht zur Kenntnis.

Die SP/JUSO Fraktion ist gemäss Mario Ufer für das Eintreten des B+A und verdankt allen Beteiligten ihre Arbeit. Die Rechnung ist eine Punktlandung mit einer roten Null gegenüber dem Budget. Ein einmaliger Glücksfall war die Praxisänderung bei der Grundstückgewinnsteuer, die 1.2 Mio. Franken Mehreinnahmen brachte. Der Gemeinderat war sich bewusst, dass es ein ehrgeiziges Ziel ist, sich beim Wachstum der Gemeindesteuer dem Kanton anzunähern. In der Rechnung 2013 gab es ein Minderertrag von über 1.3 Mio. Franken aufs

Budget. Jetzt in der Rechnung 2014 sind es 1.6 Mio. Franken. Für die SP/JUSO-Fraktion war die Steuerwachstumsprognose immer zu optimistisch. Nach dem Finanzplan rechnet man mit einem durchschnittlichen Wachstum von 4 %. Die Realität zeigt aber ein durchschnittliches Wachstum von 3 %. Ob das Budgetziel 2015 mit 3,7 % Wachstum erreicht wird, wird sich zeigen. Fürs Budget 2016 muss ein realistisches Wachstum eingesetzt werden. Ein Augenmerk gilt natürlich auch den Nachsteuern, da diese deutlich rückläufig sind. Die negativen Abweichungen bei der Gesundheit sind mit dem Mehrnettoaufwand für die Pflegefinanzierung begründet. Die SP/JUSO-Fraktion würdigt die Budgetdisziplin und den Minderaufwand in der Verwaltung, öffentlichen Sicherheit und Bildung. Wieso die 9.2 Mio. Franken nicht investiert wurden, ist geklärt. Problematisch zeigt sich das Fehlen von Eigenkapital. Bei unvorhergesehenem, wie die Behebung der Unwetterschäden, wurde die Investitionsrechnung mit 1.1 Mio. Franken belastet. Man kann nur hoffen, dass man von weiteren unerwarteten Ereignissen verschont bleibt. Dies würde Auswirkung auf die Investitionsplanung haben. Nach der Investitionsplanung sollen im Jahr 2019 die Nettoinvestitionen unter 10 Mio. Franken liegen. Eine Standortbestimmung, die man erhalten wird, wird Auskunft geben. Die SP/JUSO-Fraktion wird nach wie vor an der 4-Säulenstrategie festhalten und nötige Anpassungen mittragen, solange nicht ein einseitiger Leistungsabbau betrieben wird. Die SP/JUSO-Fraktion genehmigt die Rechnung und nimmt den Jahresbericht zur Kenntnis.

Auch die Grüne/JG-Fraktion freut sich laut Erich Tschümperlin, dass die Rechnung positiver ausgefallen ist als budgetiert. Mittelfristig ist es aber noch viel wichtiger, dass sich die strukturelle Entwicklung verbessert. Das heisst, dass man nicht wegen Sondereffekten eine Null in den Büchern hat, sondern dank einem soliden und berechenbaren Steuersubstrat. Da sind die prognostizierten Zahlen noch nicht eingetroffen. Die Grüne/JG-Fraktion hofft sehr, dass die Strategie mit den Bauprojekten bald Früchte trägt. Den Mattenhofverkauf hat der Einwohnerrat ja schnell und sehr investorenfreundlich über die Bühne gebracht. Aber auch da tut sich bis jetzt wenig. Man hat aber auch mehrmals darauf hingewiesen, dass Wachstum auch zu neuen Belastungen führt. Nun steht dies auch so explizit in der Rechnung 2014. Die Grüne/JG-Fraktion interessiert, an was der Gemeinderat bei dieser Bemerkung im speziellen denkt. Die Schulraumplanung kann es nicht sein, denn genau diesbezüglich wurde nachgefragt. Es wurde bestätigt, dass das geplante und gewünschte Wachstum berücksichtigt ist. In der Medienmitteilung wurde an Hand des Unwetterschadens Hergiswaldstrasse auf die notwendigen Mittel hingewiesen, die es braucht, um handlungsfähig zu bleiben. Trotzdem wurde dann dieser Posten der Investitionsrechnung zugewiesen. Dies ist legitim, erhöht jedoch die langfristige Belastung der Rechnung zusätzlich. Es ist einerseits verständlich angesichts der finanziellen Situation und andererseits war nur so eine ausgeglichene Rechnung möglich. Und daran haben ja alle Freude. Manchmal erfährt man auch interessante Sachen dank der Rechnung. Die Gemeinde hat einen neuen Vertrag mit der APG. Der ist aber vier Mal teurer als budgetiert. Auswirkungen auf die Parteien hat der neue Vertrag keine, mit Ausnahme auf die Rechnung. Dies wurde in der Kommissionssitzung bestätigt. Es ist aufgefallen, dass mit der Umstellung auf Verbuchung interner Dienstleistungen Vorjahresvergleiche nicht immer möglich sind und mit der Einführung von GICT der Vorjahresvergleich für den Einwohnerrat unmöglich ist. Die Grüne/JG-Fraktion hofft, dass nun etwas Konstanz einkehrt, was die Arbeit erleichtern würde. An dieser Stelle möchte die Grüne/JG-Fraktion dem Finanzdepartement für diesen sehr übersichtlichen Bericht danken. Dieser erleichtert die Arbeit sehr. Dank der guten Gestaltung und Gliederung kann er auch in vernünftiger Zeit studiert werden. Die Gemeinde hat ihrer Meinung nach gut und sehr haushälterisch gearbeitet und das Budget mit allen unplanbaren Elementen sehr gut eingehalten. Die Rechnung weicht ziemlich genau um 1 % vom Budget ab und erst noch positiv. Dies ist eine Punktlandung. Gratulation und Dank allen Angestellten die viel dazu beigetragen haben. Die Grüne/JG-Fraktion ist für Eintreten und wird der Rechnung zustimmen. Nun noch ein Wort zur wiederholten Werbung gegen die Erbschaftssteuer von Roger Erni. Wenn er sich bereits früher Gedanken zu den Gemeindefinanzen gemacht hätte, dann hätte er die Abschaffung der Liegenschaftssteuer ebenfalls bekämpfen müssen. Aber je nach

Anliegen und Absender ist die Wahrnehmung der Konsequenzen auf die Gemeindefinanzen eben sehr selektiv. Da Roger Erni immer noch von Steuersenkungen träumt und die 68 Mio. Franken halbieren möchte, soll er eine Initiative lancieren und sagen, dass die Schulkosten halbiert werden. Dann soll er schauen, ob das mehrheitsfähig ist.

Katja Staub kommt auf die Spitex zu sprechen. Die Beiträge an die Spitex-Organisationen haben um rund Fr. 400'000.00 zugenommen. Dies sind Fr. 150'000.00 mehr als budgetiert. Die KIG kostete mehr als Fr. 100'000.00. Beim B+A der KIG wurde kommuniziert, dass es zwischen der Spitex und KIG Synergieeffekte gibt. Die SVP erwartet, dass man die positive Auswirkung des Synergieeffekts nächstes Jahr auch sieht.

Räto Camenisch weist darauf hin, dass Kriens die Erbschaftssteuern der direkten Nachkommen schon vor Jahren abgeschafft hat. So sollen Mehrfachbesteuerungen vermieden werden. Kriens ist vorbildlich und nimmt trotzdem 1 Mio. Franken ein. Kriens ist damit zufrieden, aber mit dieser Initiative wird dies weggenommen.

Der Gemeinderat gibt laut Paul Winiker gerne Auskunft über die Rechnung, die besser abgeschlossen hat als budgetiert. Es ist jedoch noch kein nachhaltiges Ergebnis. Kriens hat eine rote Null. Es wurde bereits gesagt, dass ausserordentliche Einnahmen und ein Systemwechsel zu dieser Verbesserung geführt hat. Über eine Verbesserung darf man sich immer freuen, aber nicht zu lange. Die Realität holt einen wieder ein. Im Budget 2015 wurde ein Verlust von über 3 Mio. Franken budgetiert. Der Gemeinderat warnt davor zu meinen, dass diese Rechnung dann auch wieder besser abschliesst. Man konnte ein paar Etappenerfolge verzeichnen. Bei den Gemeindesteuern hat man ein flottes Wachstum von rund 3 % erzielt. Im Budget wurde das Wachstum höher gelegt, was nun nicht ganz erreicht wurde. Die Auslagerung der Heime ist ein Erfolg. Man konnte das erste Mal den Gewinn herausnehmen und ins Eigenkapital der Heime legen. Früher hat man mit diesem Gewinn die Gemeindefinanzierung geschönt. Das Eigenkapital wird für die zukünftigen Investitionen gebraucht. Ein weiterer Etappenerfolg ist, dass die Garantieverpflichtung für die Unterdeckung der Pensionskasse wegfiel. Die Gemeinde trug dies virtuell mit. Der Betrag lag mal bei 30 Mio. Franken und letztes Jahr noch bei 1 Mio. Franken. Die Gemeinde haftet nicht mehr für die Pensionskasse. Die Gemeinde ist aber nach wie vor solidarisch partnerschaftlich mit den Arbeitnehmern. Wenn es bei der Pensionskasse wieder in die Unterdeckung geht, wird die Gemeinde paritätisch mit den Arbeitnehmern Sanierungen machen müssen. Aus heutiger Sicht ist dies weit entfernt. Die neue Pensionskasse hat eine Überdeckung von rund 10 %. Der Gemeinderat nimmt gerne zur Kenntnis, dass der Verwaltung eine hohe Disziplin angerechnet wird. Die Verwaltung und der Betrieb hat sich sehr gut ans Budget gehalten. Für den Gemeinderat ist es wichtig, dass der Veräusserungsgewinn von 12 Mio. Franken aus dem Verkauf der Teiggi und dem Gemeindehausareal in die Rücklagen der Vorfinanzierung des Zentrumprojekts fielen. Im Zusammenhang mit dem gehaltenen Kredit bei der Bevölkerung ist dies vertrauensbildend. Der Sprechende möchte die Anwesenden in die Realität zurückholen. Wenn man die Statistiken kritisch anschaut, sieht man, dass der Nettoaufwand zwischen 2013 und 2014 um 6 % gestiegen ist. Der Nettoertrag stieg um 8 %. In verschiedensten Bereichen müssen deshalb Mehrleistungen erbracht werden. Die BiK erwähnte, dass das Budget nicht ausgeschöpft wurde. Das ist gut, wenn das Budget nicht ganz ausgeschöpft wird. Der Bildungsbereich hat gegenüber dem Vorjahr 3 % Mehrkosten verursacht. Wenn alle Bereiche so wachsen würden wie der Bildungsbereich, dann würde das 4-Säulenprinzip nie funktionieren. Man käme von dem strukturellen Defizit nicht weg. Die Gemeinde hat einen Nachholbedarf bei der IF, dem 2. Kindergartenjahr und den Horten. Es müssen gesetzliche Leistungen erbracht werden, die nicht gratis sind. Kriens hat nach wie vor ein deutliches Wachstum in fast allen Bereichen. Den Gesundheitsvergleich kann man nicht machen, weil der Nettoaufwand auf die Statistik grosse Auswirkungen

gen hat. Der Betrag von 2 Mio. Franken wurde nicht verschenkt. Dieser ist nun im Aufwand und nicht im Ertrag enthalten. Selbstverständlich ist die Rechnung ein Silberstreifen, aber man muss daran arbeiten. Die 4-Säulenstrategie muss wieder überprüft und allenfalls angepasst werden. Es braucht noch sehr viel Effort um das hartnäckige strukturelle Defizit nachhaltig wegzubringen. Die Mehrkosten der Spitex ist ein typischer Fall von gebundenem Aufwand. Einzelfälle wie bei der Kinder-Spitex können nicht verhindert werden. Das Budget wird anhand der demografischen Kurve erarbeitet. Die Bevölkerungsschicht, die die Spitex beansprucht, wächst pro Jahr etwa um 5 %. Das budgetierte Investitionen verschoben wurde, war keine Kosmetik, damit man weniger Abschreibungen hat. Das hat sich einfach aufgrund der Planungsstände von gewissen Projekten ergeben. Die SVP hat gesagt, dass ihr bei der WSH die statistischen Werte nach Gruppen fehlt. Auf Seite 27 findet man die statistischen Werte. Es wird nicht mehr so budgetiert, aber aufgeführt wird es im Bericht trotzdem noch. Dort sieht man wie viele Kantons-, Ortsbürger oder Ausländer von der Fürsorge profitieren. Noch detaillierter ist es auf Seite 9 ersichtlich. Der Gemeinderat hält die Zahlen nicht unter dem Deckel. Es wurde die Frage gestellt, ob es eine Vollkostenrechnung gibt. Im Bericht ist eine Kostenträgerrechnung abgebildet. Eine Vollkostenrechnung gibt es in Kriens nicht. Mit HRM2 wird dies dann angepasst. Man ist gespannt, was das Finanzhaushaltsgesetz für die Gemeinden bezüglich Globalbudgets verlangt. Anpassungen der Rechnungslegung können dann besprochen werden, sobald das Finanzhaushaltsgesetz verabschiedet wurde. Der Gemeinderat hat ganz bewusst den Hinweis gemacht, dass das Wachstum bei ESP einen Mehraufwand bringen wird. Es wurde bereits angezeigt, dass der Bahnhof und die Frequenzen angepasst werden müssen. Es gibt einen Kostenträger zwischen drei Zahlen. Man muss mit rund 2-3 Mio. Franken rechnen, die die Gemeinde zahlen muss. Dies wird im nächsten Finanzplan aufgezeigt. Für die Südallee und die Anpassung der Knotenpunkte im Gebiet LuzernSüd braucht es auch Geld. Der Gemeinderat wird sich im Zusammenhang mit den Gestaltungs- und Bebauungsplänen Überlegungen machen, inwiefern Perimeterbeiträge verlangt und Investoren beigezogen werden können. Diesen strategischen Ansatz möchte der Gemeinderat weiter verfolgen. Dazu braucht es die richtigen Rechtsgrundlagen und Instrumente. Katja Staub hat noch die Synergien der KIG angesprochen. Die Synergien sind eine Zielsetzung. Es wird mit einem Wirkungsbericht aufgezeigt, wie die Gesamtgesundheitskosten kontrolliert und gesteuert werden. Der Gemeinderat dankt für das wohlwollende Aufnehmen und die guten Diskussionen in den Kommissionen. Weiterer Dank gilt Röbi Kranz, der die Rechnung fast allein gestemmt hat. Franz Bucher hat schon bewiesen, dass er mitten im Thema drin ist. Die Verwaltung ist bereits jetzt schon wieder im Budgetprozess drin. Der Gemeinderat bedankt sich auch bei der Verwaltung für die gute Budgetdisziplin und Einhaltung.

Peter Portmann stellt fest, dass Eintreten unbestritten ist und nun mit der Detailberatung begonnen werden kann.

Detailberatung

Seite 26 – Statistische Werte

Roger Erni bezieht sich auf die Familienergänzenden Angebote, die Gemeindebibliothek und die Schwimmhalle / Badeanlage. Die Auslastung der Horte liegt zwischen 80 – 97 %. Weiter gibt es einen neuen Hort im Feldmühle. Nicht bewiesen ist, dass der Hort Brunnmatt gebraucht wird. Die Ausleihen der Gemeindebibliothek hat um 10 % abgenommen. Allenfalls ist hier Handlungsspielraum vorhanden. Beim Parkbad ging es von Fr. 59'000.00 auf Fr. 33'000.00. Dies ist aufgrund des Schlechtwetters zurückzuführen. Bei einem Minus von 40 % gibt es auch hier einen Handlungsspielraum.

Seite 29 – Beteiligungen

Kathrin Graber möchte wissen, nach welchen Kriterien die Beteiligungen aufgeführt sind. Sie hat den Eindruck, dass noch einige fehlen, wie z.B. SOBZ oder andere Gemeindeverbände.

Paul Winiker erklärt, dass diese Beteiligungen auch in der Bilanz aufgeführt sind. Er geht davon aus, dass man bei einem reinen Gemeindeverband oder dem SOBZ keinen Aktivposten oder Kapitalbeteiligung hat. Wenn dies jedoch der Fall wäre, muss man diese auch aufführen. Es geht um den materiellen Gehalt. Wenn eine Beteiligung an einer Genossenschaft oder Gemeindeverband in der Bilanz erscheint, dann gehört es dazu, dass ein Beteiligungscontrolling aufgezeigt wird. In dieser Form wurde es dieses Jahr das erste Mal gemacht. Der Gemeinderat ist für Hinweise und Verbesserungen offen. Man wird überprüfen, ob das SOBZ auch aufgenommen werden muss.

Seite 53 – Finanzen und Steuern

Laut Roger Erni haben die SP und weitere Parteien bereits erwähnt, dass das Wachstum zu hoch veranschlagt wurde. Die FDP wird dies so nicht mehr akzeptieren. Die Planzahlen wird die FGK anlässlich ihrer Sitzung vom 17. Juni 2015 erhalten. Die FDP schaut genau hin, damit es klare Zahlen gibt. 4.5 % sind nicht zu erreichen.

Seite 85 – Sport

Alfons Graf stellte fest, dass beim Konto Bikesport jedes Jahr ein Betrag von Fr. 10'000.00 fließt. Was wird mit diesem Betrag gemacht?

Cyrell Wiget erklärt, dass vor einigen Jahren im Rahmen der Hochwaldverordnung eine gewisse Anzahl an Biker Routen bestimmt wurden. Diese werden auch rege genutzt. Die Hochwaldgenossenschaft und die Korporation monierten, dass die Biker einen gewissen Verschleiss der Wege bewirken. Deshalb wurde versprochen, dass ihnen je Fr. 5'000.00 zur Verfügung gestellt wird, um den Schaden zu entschädigen.

Seite 130 – Allgemeine Verwaltung

Kathrin Graber hat gelesen, dass die Weiterführung des Dialogs des partizipativen Prozesses „Wir sind Kriens“ im Rahmen eines Neujahrsapéro durchgeführt wurde. Sie findet es zu wenig für einen Dialog mit der Bevölkerung. Man hat mit dem Projekt gut begonnen, aber nun bleibt man stehen. Was ist weiter geplant oder wird es neu aufgerollt?

Gemäss Paul Winiker versucht der Gemeinderat thematisch im Dialog zu bleiben. Der aktuelle Dialog ist der Bypass. Wie bereits erwähnt, findet am 8. Juni 2015 eine Informationsveranstaltung für die Bevölkerung statt. Auch dies gehört zum Dialog. Der Prozess „Wir sind Kriens“ wurde aufgrund der grossen Herausforderung der Zentrumsprojekte gestartet. Der Gemeinderat muss themenbezogen den richtigen Dialog suchen. Darin fallen auch die erweiterten Kommissionen. Wenn Zwischenresultate vorliegen, soll darüber informiert und breiter diskutiert werden. Der Prozess „Wir sind Kriens“ ist in dieser Form abgeschlossen. Der Dialog mit der Bevölkerung soll jedoch ganz klar weitergehen. Im Moment steht der Verkehr, das Verkehrskonzept und der Bypass im Vordergrund. Die Verselbständigung der Heime braucht auch einen Dialog mit der Bevölkerung. Da muss man sich überlegen, zu welchem Zeitpunkt eine Informationsveranstaltung gemacht wird. Der Gemeinderat möchte offene Fragen beantworten und Lösungen bringen, die dann bei einer Volksabstimmung Bestand haben.

Seite 134 – Volkswirtschaft

Roger Erni erwähnt, dass beim Tourismus/Ortsmarketing steht, dass eine Überarbeitung der Strategie in Zusammenarbeit mit Hoteliers und Ortsmarketingverein erfolgt. Es gab eine Änderung in der Verteilung und Einnahmepolitik der Taxen, die die Hoteliers zahlen. Was ist die neue Strategie? Wird der Einwohnerrat darüber informiert?

Cyrell Wiget hat bereits an der letzten Einwohnerratssitzung kurz informiert. Der Gemeinderat war der Meinung, dass damit alles gesagt wurde. Eine grosse Veränderung ist dies nicht. Im Herbst folgt dann noch die Änderung des Reglements. Der Einwohnerrat hat dann die Möglichkeit darüber zu debattieren. Die Rücknahme des Einzugs der Gelder steht dem Gemeinderat zu. Der Gemeinderat ist überzeugt, dass die Vereine, die Anträge stellen können, einen erleichterten Zugriff haben.

Guido Solari liest den **Beschlussestext** vor:

1. *Die Jahresrechnung 2014, umfassend die Laufende Rechnung, die Investitionsrechnung und die Bestandesrechnung per 31. Dezember 2014 wird wie folgt genehmigt:*

Laufende Rechnung

Gesamtertrag	Fr.	183'219'928.64
Gesamtaufwand	Fr.	<u>183'352'093.19</u>
Aufwandüberschuss	Fr.	132'164.55

Investitionsrechnung

Einnahmen	Fr.	2'677'696.85
Ausgaben	Fr.	<u>14'814'065.10</u>
Nettoinvestitionen	Fr.	12'136'368.25

Bestandesrechnung per 31.12.2014

Aktiven und Passiven	Fr.	252'047'556.03
----------------------	-----	----------------

2. *Der Jahresbericht 2014 des Gemeinderates wird zur Kenntnis genommen.*

Abstimmung über den Beschlussestext Bericht und Antrag Nr. 157/15:
Der Beschlussestext wird mit 32:0 Stimmen bei einer Enthaltung genehmigt.

Aakti, Brahim	ja
Berger, Rita	ja
Bienz, Bruno	ja
Bienz, Viktor	ja
Büchi, Cla	ja
Camenisch, Rätö	ja
Ercolani, Enrico	ja
Erni, Roger	ja
Fässler, Peter	ja
Fluder, Hans	ja
Graber, Kathrin	ja
Graf, Alfons	Enthaltung
Heiz, Martin	ja
Hofstetter, Kevin	ja
Kaufmann-Wolf, Christine	ja
Kobi, Tomas	ja

Koch, Patrick	ja
Lammer, Thomas	ja
Manoharan, Yasikaran	ja
Mathis-Wicki, Judith	ja
Meyer, Pascal	ja
Nyfelner, Nicole	ja
Piras, Davide	ja
Schmid, Rolf	ja
Schwizer, Roland	ja
Spörri, Raphael	ja
Staub, Katja	ja
Takacs, Fabian	ja
Tschümperlin, Erich	ja
Trüb, Paul	ja
Urfer, Mario	ja
Wicki Roth, Verena	ja
Zosso, René	ja

6. Planungsbericht: Verselbständigung Heime Kriens Nr. 160/15

Gleichzeitig wird folgender Vorstoss behandelt (im Planungsbericht integriert):

- Bericht Postulat Tanner: Auslagern der Immobilien Heime an eine Gesellschaft Nr. 088/14

Da es sich um einen Planungsbericht handelt, ist das Eintreten unbestritten. Es sind sehr viele Bemerkungsanträge und Aufträge eingegangen. Diese werden in der Detailberatung behandelt.

Die SGK hat sich laut Bruno Bienz an zwei Sitzungen mit dem Planungsbericht Verselbständigung Heime Kriens befasst. Grundsätzlich wurde der Weg des Planungsberichts begrüsst, aber es wurde auch festgestellt, dass solche Geschäfte an die Grenzen eines Milizparlamentes gehen. Es wurde aber anerkannt, dass der Gemeinderat den Willen zeigt, den Einwohner*innen ins Boot zu holen, damit dieses Projekt zu einem guten Ende kommt. Zusammen mit der FGK wurde die SGK von Richard Kolly, Geschäftsführer Heime Emmen, Thomas Lehmann, Gemeinderat Emmen und André Bieri, Verwaltungsratspräsident Alters- und Pflegeheim Hochdorf in ihre Erfahrungen bei der Verselbständigung ihrer Heime kompetent informiert. Diese interessanten Erläuterungen haben bei vielen Fragen zu Klarheit verholfen. Danach vertiefte sich die SGK in alle der vielen Absichten des Gemeinderates in diesem Planungsbericht. In der Grundsatzdiskussion war schnell klar, dass die Kommission nicht in Euphorie für die Heimauslagerung ausbricht, aber auch nicht grundsätzlich dagegen ist. Es war schnell auch klar, dass es in der jetzigen Situation keine grossen Alternativen gibt. Der Umstand, dass man wegen der Investition Grossfeld und der Finanzlage der Gemeinde in der Zwickmühle steckt, macht eine Auslagerung fast unumgänglich. Da für diesen Neubau grosser Handlungsbedarf besteht, denn bis 2030 ist mit einer Verdopplung der pflegebedürftigen Menschen in Kriens zu rechnen und die Kostenstruktur des Altersheims Grossfeld alles andere als gut bezeichnet werden kann, muss von der Gemeinde dieses Problem rasch angegangen werden. In der Auslagerung sehen die Mitglieder der SGK auch einige Vorteile. So brauchen die Heime in ihren Entscheidungen vermehrt eine grössere Flexibilität und auch die Möglichkeit zum unternehmerischen Denken. Für die meisten Mitglieder war auch klar, dass es verschiedene Gelingensbedingungen gibt und diese erfüllt sein müssen:

- Die Qualität der Dienstleistungen muss mindestens gleichwertig oder besser sein.
- Die Gemeinde muss Mehrheitsaktionärin bleiben.

- Die Anstellungsbedingungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sollen durch einen GAV oder Personalreglement gesichert sein. Die Bedingungen müssen gleich oder besser sein als heute.
- Die Steuerung durch den Einwohnerrat ist konkret zu definieren.
- Die finanziellen Auswirkungen für die Gemeinde müssen aufgezeigt werden.

Zu den verschiedenen Absichten des Gemeinderates gibt der Sprechende im Namen der SGK eine Stellungnahme ab. Die SGK hat aber entschieden, keine Bemerkungen und Aufträge zu machen. Diese sollen von den Fraktionen kommen. Für die Mehrheit der SGK-Mitglieder ist die Variante des Postulats Tanner kein gangbarer Weg. Es soll deshalb abgeschrieben werden. Aber diese Türe soll laut Meinung einzelner Mitglieder offengehalten werden. Allenfalls kann die Forderung zu einem späteren Zeitpunkt wieder gestellt werden. Der Gemeinderat tut sicher gut daran, wenn er die Bemerkungsanträge der Parteien ernst nimmt. Nur so kann dieses Projekt zu einem guten Ende geführt werden. Die SGK ist für Kenntnisnahme zum Planungsbericht Verselbständigung Heime Kriens.

Die FGK durfte laut Roger Erni an der SGK Sitzung teilnehmen, als die Experten von den Heimen Emmen und Hochdorf anwesend waren. Ein grosser Dank an Bruno Bienz für seine Arbeit. Die FGK hat dem B+A mit 6:0 Stimmen zugestimmt. Das Postulat soll mit 5:0 Stimmen bei einer Enthaltung abgeschrieben werden. Es muss besorgt sein, dass schlussendlich vier Gewinner resultieren. Die Gewinner sollen die Gemeinde, das Personal, die Heimbewohner, aber auch die Bevölkerung sein. Die FGK hat sich hauptsächlich den finanziellen Aspekten gewidmet. Für die Gemeinde ist die Frage entscheidend, welche Bewertungsmethode bei der Übertragung dieser Immobilien und Mobilien zur Anwendung kommt. Paul Winiker hat aufgezeigt, was das heissen könnte. Nach der Besprechung der Rechnung weiss man, dass die 2.1 Mio. Franken in der Spezialfinanzierung sind und auch dort bleiben. Alle anderen Voten können im FGK-Protokoll nachgelesen werden.

Kathrin Graber, CVP/JCVP/GLP-Fraktion, meint man soll sich folgende Situation in Kriens vorstellen:

- Auf dem Grundstück Grossfeld ein städtebaulich qualitativ gutes und zweckmässiges Pflegeheim und Raum für betreutes Wohnen.
- Qualitativ Top-Dienstleistungen in den Heimen für Seniorinnen und Senioren und gleichzeitig ein günstigerer Aufenthalt in den Krienser Heimen als bisher.
- Eine Reduktion der wirtschaftlichen Sozialhilfe, weil durch den günstigeren Aufenthalt in den Heimen auch weniger Bewohnerinnen und Bewohner wirtschaftliche Sozialhilfe beziehen.
- Eine Abnahme der Beiträge für die Pflegefinanzierung.

Das sind alles Ziele, die nicht nur die CVP/JCVP/GLP-Fraktion hat, sondern sicher auch die anderen Fraktionen im Einwohnerrat. Der Gemeinderat zeigt im Planungsbericht detailliert auf, wie diese Ziele bei einer Gründung einer Heim AG erreicht werden können. Das genaue Studium des Planungsberichts innerhalb der CVP/JCVP/GLP-Fraktion, intensive Diskussionen darüber in zwei Fraktionssitzungen und die Erfahrungsberichte aus Emmen und Hochdorf in einer gemeinsamen SGK- und FGK-Sitzung haben gezeigt, dass die Rechnung mit der Gründung einer Heim AG auch für Kriens aus folgenden Gründen aufgehen könnte:

- Es ist für die Heime Kriens mit dem heute engen Kostenkorsett der Gemeindeverwaltung schwer möglich, sich gegenüber den privaten, gewinnorientierten Unternehmen im immer heftiger werdenden Konkurrenzkampf behaupten zu wollen. Ein Teil der heutigen Kostenfaktoren ist nicht beeinflussbar, z.B. die Sozialkosten und der Umfang der Umlagekosten

- für die internen Dienstleistungen der Gemeinde, mit der Folge, dass Kriens im Benchmark mit anderen Gemeinden zurzeit die höchsten Kosten aufweisen.
- Die Realisierung eines neuen Heimes Grossfeld wird für Kriens finanziell und schneller möglich. Bei einer AG läuft die Investition ausserhalb der Investitionsrechnung der Gemeinde und konkurrenziert sich nicht mit anderen Projekten, die ebenfalls dringend zu realisieren sind.
 - Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion findet es angezeigt, dass man bei den Kosten für die wirtschaftliche Sozialhilfe und den Kosten der Pflegefinanzierung alle Massnahmen ergreift, die man aus eigener Kraft treffen kann. Bei einer Gründung einer Heim AG geht die Gemeinde von einer Reduktion der WSH von rund Fr. 140'000.00 pro Jahr und bei den Kosten für die Pflegefinanzierung um Fr. 360'000.00 pro Jahr aus.
 - Entscheidend für den Zeitpunkt, eine Heim AG jetzt zu gründen ist, dass Handlungsbedarf bei den Heimen besteht und man mit dem Entscheid, wie die Heime weiter geführt werden sollen, nicht zuwarten kann. Kriens steht vor grossen Herausforderungen. Bis 2030 ist damit zu rechnen, dass sich die Anzahl der pflegebedürftigen Menschen und die aktuellen Sozialhilfekosten für Personen in Heimen und die Pflegefinanzierungskosten verdoppeln werden.

Wenn die Heim AG auch in Kriens eine Erfolgsgeschichte werden soll, so ist es wichtig, dass man drei Gewinner hat, nämlich die Bewohnerinnen und Bewohner, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Heime und die Gemeinde. In diesem Zusammenhang beantragt die CVP/JCVP/GLP-Fraktion verschiedene Bemerkungen zu überweisen:

- Ganz zentral ist, dass die Qualität der Dienstleistung bei einer Heim AG sichergestellt wird.
- Die Verselbständigung der Heime darf zu keiner Verteuerung der Aufenthaltskosten führen, sondern eher zu einer Reduktion.
- Der Gemeinderat soll mit der Planung des Zukunftsprojekts Grossfeld sofort beginnen.
- Der Einwohnerrat muss auch gewisse Steuerungsmöglichkeiten haben, wenn er die Aufsicht wahrnehmen will, wie beispielsweise bei der Eigenerstrategie oder bei Entscheiden der Heim AG mit grosser Bedeutung.

Wenn sich Kriens nun auf den Weg zur Gründung einer Heim AG begibt, so erscheint der CVP/JCVP/GLP-Fraktion die Kommunikation sehr wichtig. Paul Winiker hatte vorher eine gute Idee, indem die Bevölkerung aktiv miteinbezogen wird. Das Projekt hat nur eine Chance, wenn transparent und sehr aktiv auf allen Ebenen kommuniziert wird. Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion hofft, dass ihre Bemerkungen überwiesen werden und schaut mit Spannung dem Bericht und Antrag entgegen, der die Anliegen aufnimmt und dann die Grundlage für den Beschluss einer Heim AG ist. In diesem Sinne nimmt die CVP/JCVP/GLP-Fraktion den vorliegenden Planungsbericht zur Kenntnis.

Gemäss Katja Staub hat sich die SVP-Fraktion überlegt, dieses Traktandum zu verschieben. Der Grund dafür ist, dass aus ihrer Sicht die Reihenfolge von diesem Ablauf nicht optimal bestimmt wurde. Zuerst fand die Fraktionssitzung statt und nachher wurden bei den Kommissionssitzungen Referenten eingeladen. Dies hätte umgekehrt erfolgen müssen. So hätte man sich vorher eine Meinung bilden können. Natürlich könnte auch eine ausserordentliche Fraktionssitzung einberufen werden, aber die Mitglieder haben nicht so viel Zeit. Darum möchte die SVP-Fraktion in Zukunft, dass der Ablauf und der Informationsfluss bei einem solch wichtigen Thema längerfristiger und umsichtiger geplant wird. Die SVP-Fraktion nimmt den Planungsbericht zur Kenntnis und dankt dem Gemeinderat für die sehr detaillierte und umfassende Arbeit. Sie begrüsst die Verselbständigung der Heime Kriens. Wenn die Verselbständigung unternehmerisch gut umgesetzt wird gibt es vier Gewinner. Die Gewinner sind die Gemeinde Kriens, Heime Kriens, die Angestellten und die Heimbewohner. Die SVP-Fraktion hat einige Aufträge und Bemerkungen zu diesem Geschäft eingereicht.

Die FDP-Fraktion nimmt laut Enrico Ercolani den Planungsbericht wohlwollend zur Kenntnis. Sie ist der Ansicht, dass dies der richtige Weg ist. In der Detailberatung werden noch einige Anmerkungen der FDP-Fraktion folgen. Die FDP-Fraktion ist der Meinung, dass aus Kostenspargründen versucht werden soll, eine zusätzliche Gemeinde wie z.B. Horw zu gewinnen. In Horw hat die CVP einen Vorstoss in die gleiche Richtung eingereicht. Bei einer neuen AG müssen neue Führungsgefässe aufgebaut werden. Wenn solche Sachen zusammengelegt werden können, würde das zu Kosteneinsparungen führen. Die FDP-Fraktion dankt dem Gemeinderat für den umfassenden Planungsbericht.

Laut Cla Büchi erachtet die SP/JUSO-Fraktion den Umstand, dass man wegen den Investitionen in das Alterszentrum Grossfeld faktisch gezwungen ist, die Heime in eine AG auszulagern, als unglücklich an. Wäre dieser Sachzwang nicht gegeben, könnte man die Situation in Luzern, Emmen und Hochdorf über eine gewisse Dauer beobachten und aufgrund der gemachten Erfahrungen entscheiden, ob Kriens ebenfalls eine Verselbständigung der Heime anstrebt. Unter gewissen Voraussetzungen ist die SP/JUSO-Fraktion aber bereit, einer Verselbständigung zuzustimmen. Die Auslagerungen von Luzern, Emmen und Hochdorf sind noch sehr frisch. Man kann noch nicht wirklich sagen, wie es läuft und ob es erfolgreich sein wird. Darum hat die SP/JUSO-Fraktion die Meinung, dass die Gemeinde zuerst zu 100 % Alleinaktionärin der Heim AG ist und nach einer zu bestimmenden Praxisperiode soll der Einwohnerrat bei einer unbefriedigenden Entwicklung der Heim AG die Möglichkeit haben, mittels einer 2/3-Mehrheit die Rückführung in die Gemeindeverwaltung bestimmen können. Für den politischen Prozess und die Meinungsbildung der Bevölkerung ist detailliert und transparent aufzuzeigen, was für Konsequenzen eine Verselbständigung für die Gemeinde strukturell und finanziell hat. Die finanziellen Be- und Entlastungen für die Gemeinde, die Umlagerungs- und Finanzierungskosten sind auszuweisen. Auch der Wegfall der Umlagerung und den Dienstleistungen führt möglicherweise zu Personalentlassungen. Auch dies soll transparent aufgezeigt werden und für eine gewisse Übergangszeit vermieden werden. Ebenso sind mögliche Konsequenzen bei einer Bürgschaftsgarantie von der Gemeinde, die sie gegenüber der Heim AG übernehmen muss, zu bezeichnen. Die SP/JUSO-Fraktion nimmt in diesem Sinne Kenntnis vom Planungsbericht.

Tomas Kobi, Grüne/JG-Fraktion, stellt fest, dass der Planungsbericht sehr kompakt und straff abgefasst ist. Der Zeitplan ist sehr ehrgeizig. Zu Beginn des Planungsberichts ist die Faktelage dargelegt und es werden Verknüpfungen zu anderen Themenbereichen wie Versorgungsauftrag, Angebote der Heime Kriens, Herausforderungen bezüglich dem Versorgungsauftrag, Benchmark usw. hergestellt. Ab Seite 22 wird der Vorschlag des Gemeinderats ersichtlich. Der Planungsbericht zeigt die verschiedenen Absichten des Gemeinderates auf. Er ist unter anderem der Meinung, dass die Verselbständigung den Vorteil hat, dass die Heime schneller und wirtschaftlicher handeln können. Öffentlich-rechtliche Heime seien von ihrer Struktur her schwerfällig. Bei einer AG hingegen könnte der Verwaltungsrat selbst Entscheidungen treffen, ohne langen politischen Prozess. Der Gemeinderat verfolgt das Ziel, dass die Heime Kriens auf Augenhöhe mit den privaten Anbietern agieren können. Im Weiteren ist der Gemeinderat der Meinung, dass die Verselbständigung nicht dazu dienen soll, die Heime zu einem gewinnorientierten Betrieb zu machen, sondern das Ziel soll sein, dass sie weiterhin gemeinnützig seien. Der Gemeinderat will dies mit politischen, gesellschaftsrechtlichen und vertraglichen Steuerungselementen sicherstellen, so dass die Aktiengesellschaft den Versorgungsauftrag erfüllen kann. Die Grüne/JG-Fraktion stellt sich nicht grundsätzlich gegen die Absichten des Gemeinderates. Sie stellt jedoch fest, dass die Spur klar vorgegeben ist und sich der Gemeinderat vom Einwohnerrat nicht gross dreinreden lassen will. Die Idee der Aktiengesellschaft wird klar favorisiert, ohne dass andere Varianten prüfend weiter verfolgt werden. Weshalb ist die Spezialfinanzierung keine Option? Die Grüne-/JG-Fraktion hat eine etwas angebotene Skepsis, wenn es um Auslagerungen und Privatisierungen geht. Es muss

jedem und jeder hier im Rat klar sein, wenn nun die Heime Kriens ausgelagert und in eine Aktiengesellschaft überführt werden, verliert man gleichzeitig die Gestaltungs- und Einflussmöglichkeiten in einem sehr sensiblen Feld. Zudem können verschiedene Fragen gestellt werden. Warum sollte ein öffentlicher Träger wie die Gemeinde schlechter wirtschaften als eine Aktiengesellschaft? Und weshalb nicht ein Globalbudget? Zum Entwurf eines Gesetzes über den Finanzhaushalt der Gemeinden im Kanton Luzern (FHGG) heisst es unter anderem bei den Luzerner Gemeinden sind Globalbudgets bis jetzt vor allem dort verbreitet, wo Aufgaben ausgelagert sind, wie z.B. bei den Altersheimen. Im Vorfeld der Vernehmlassung zum FHGG wurde ein Feldversuch mit den drei Luzerner Gemeinden Schlierbach, Buttisholz und Kriens gemacht, um zu testen, ob sich politische Leistungsaufträge mit Globalbudgets in diesen Dimensionen sinnvoll umsetzen lassen. Wie sehen die gemachten Erfahrungen in der Gemeinde Kriens aus? Der grosse Vorteil ist, dass mittels Globalbudgets mit Leistungsaufträgen Aufgaben und die dazugehörigen Finanzen miteinander verknüpft werden, unabhängig davon, ob der Auftrag von der eigenen Verwaltung, von einer anderen Verwaltung oder von einer anderen Institution erfüllt wird. Zudem hat Kriens die Spezialfinanzierung der Heime Grossfeld und Zunacher. Dies lässt ebenfalls unternehmerische Freiheiten zu. Die Grüne/JG-Fraktion anerkennt, dass auch im Gesundheitswesen Flexibilität und unternehmerisches Denken möglich sein muss. Mit dem vorliegenden Planungsbericht für die Verselbständigung Heime Kriens setzt der Gemeinderat sehr enge Leitplanken. Die Grüne/JG-Fraktion fordert vom Gemeinderat, dass er dafür sorgt, dass bei einer Verselbständigung die Steuerung durch den Einwohnerrat klar und konkret definiert wird. Die Grüne/JG-Fraktion sieht daher folgende Bedingungen als wesentlich an, welche sie zum Teil als Bemerkungen unter den entsprechenden Kapiteln anbringen wird:

- Strategische Mitsprache des Einwohnerrates
- Die gemeinnützige Aktiengesellschaft ist im Eigentum der Gemeinde Kriens d.h. die Aktien sind zu 100 % im Eigentum der Gemeinde Kriens. Bei einer Veräusserung muss dies zwingend vor den Einwohnerrat oder allenfalls muss auch ein obligatorisches Referendum in Betracht gezogen werden.
- Statuten des zukünftigen Unternehmens müssen erarbeitet werden (analog Stadt Luzern)
- Zusammensetzung des Verwaltungsrats: Es ist unabdingbar, dass Erfahrung und Fachkompetenz in den Bereichen Pflege und Betreuung nötig ist. Dazu gehören gerontologisches, geriatrisches und pflegerisches Fachwissen. Das Know-how im Bereich des betrieblichen Managements muss sichergestellt sein.
- Flache Führungshierarchie
- Sicherung eines fairen Lohnsystems. Es soll keine zu hohen Kaderlöhne oder zu tiefe Löhne beim Pflegepersonal geben. Hier fehlen klare Ansätze. Der Gemeinderat soll dafür sorgen, dass die Cheflöhne analog wie bei VBL, EWL, Viva Luzern und der Hallenbad Luzern AG öffentlich werden.
- GAV für das gesamte Personal und Besitzstandswahrung für die bestehenden Mitarbeitenden von drei Jahren
- B+A, Leistungsverträge, Organisation des zukünftigen Unternehmens
- Supportleistungen und Dauer muss geregelt sein. Die heutigen Supportleistungen der Gemeinde Kriens müssen durch das zukünftige Unternehmen übernommen werden.
- Jährlicher Vergütungsbericht muss über die Summe der Vergütung des Verwaltungsrates und der Geschäftsleitungsmitglieder aufgeschlüsselt dargelegt werden. Dieser muss der Generalversammlung zur Genehmigung vorgelegt werden. Dem Einwohnerrat muss dieser Vergütungsbericht ebenfalls vorgelegt werden und er kann zustimmend oder ablehnend zur Kenntnisnahme genommen werden.
- Als Eigentümerin soll die Gemeinde durchaus Einfluss auf die Verwaltungsräte nehmen können. Dies kann dadurch geschehen, dass die Gemeinde, wie dies der Grosse Stadtrat von Luzern beschlossen hat, die Verwaltungsratsmandate konsequent öffentlich ausschreibt.

Die Grüne/JG-Fraktion verlangt vom Gemeinderat im zweiten Schritt einen B+A aus dem klar hervorgeht, wie die Schaffung einer gemeinnützigen Aktiengesellschaft für die Heime Kriens aussieht. Gelingensbedingungen ihrerseits sind folgende:

- Leistungsvertrag der Gemeinde Kriens mit dem zukünftigen Unternehmen
- Organisation des zukünftigen Unternehmens
- Organisationsreglement des zukünftigen Unternehmens
- Statuten des zukünftigen Unternehmens
- Gesamtarbeitsvertrag zwischen dem zukünftigen Unternehmen und den Arbeitnehmerverbänden
- Supportleistungen der Gemeindeverwaltung und des zukünftigen Unternehmens
- Anschlussvertrag der Pensionskasse

Diese erwähnten Gelingensbedingungen sind für die Grüne/JG-Fraktion bedeutsam, um dem künftigen B+A zustimmen zu können oder andernfalls Widerstand zu leisten, wenn es um die Verselbständigung der Heime Kriens geht. Da der Zeitrahmen sehr eng bemessen ist, erwartet sie vom Gemeinderat, dass Qualität absolut Vorrang hat, damit eine Verselbständigung der Heime Kriens gelingen kann. Die Grüne/JG-Fraktion nimmt den Planungsbericht zur Kenntnis

Roger Erni fand es schön wie die Experten der Heime Emmen und Hochdorf aufgezeigt haben, was mit einer ausgelagerten gemeinnützigen Einheit besser und effizienter funktionieren könnte:

- Das Personal hat bessere Bedingungen.
- Eine gemeinnützige AG kann vieles machen, was die Gemeinde nicht kann. Mehr Freiheiten auch beim Bauen.
- Die Denkweise in der verselbständigten AG ist näher am Markt. Man hat staatliche Kontrollen, eine ausgelagerte gemeinnützige Arbeit und man ist näher am Markt, weil eine AG aus seiner Funktion näher dort ist.
- Man kann mehr vom Personal fordern.
- Weniger Kontrolle durch den Einwohnerrat, aber grösseres Vertrauensverhältnis zwischen Gemeinde und AG erforderlich. Es muss abgewogen werden, ob man dies so möchte.
- Weniger Probleme bei der Stellenbesetzung. Emmen hat Wartelisten für Pflegefachpersonal.
- Rückzug des Staates aus dem operativen Geschäft. In der dualen Berufsbildung gibt es hunderte Ausbildungszentren in der Schweiz, die die sogenannte Duale Berufsbildung für den Staat wahrnehmen. Genauso wird das auch im Altersheim sein.

Aus diesen Gründen unterstützt Roger Erni die Auslagerung voll und ganz.

Katja Staub kann das was Roger Erni sagt nur unterstützen. Sie war auch begeistert von diesen Referaten. Es begeistert sie, dass durch die Verselbständigung ein unternehmerisches Denken in die Altersheime einfließt und dass alle davon profitieren. Es gibt wirklich vier Gewinner.

Räto Camenisch durfte als Referent Urs Dickerhof anhören. Der Sprechende findet dies ein Erfolgsmodell. Nachweislich ist die Zufriedenheit der Insassen und Mitarbeitenden grösser. Die Mitarbeitenden haben auch höhere Löhne als vorher. Die Organisation macht internen Gewinn, der wieder investiert werden kann. Zum Schluss sagte Urs Dickerhof, dass die Organisation in Emmen derart aufgegleist ist, dass sie die Heime Kriens voll übernehmen würde.

Bruno Bienz bittet darum, dass die Bewohner nicht als Insassen bezeichnet werden. Diese bezahlen sehr viel Geld, damit sie dort wohnen dürfen. Insasse ist der falsche Ausdruck.

Lothar Sidler dankt allen für die enorme Arbeit. Der Sprechende hat vor einiger Zeit versprochen einen Planungsbericht vorzubereiten. Dieser soll als Knochen dem Einwohnerrat vorgelegt werden und dann können sie daran herumnagen. Der Planungsbericht wurde nun dem Einwohnerrat vorgelegt und die Fraktionen haben genau das gemacht, was der Gemeinderat erwartet hat. Er wurde konsequent durchgearbeitet. Es wurde auch eingefordert, dass die Traktandierung des Planungsberichts um eine Sitzung verschoben wurde. Alle Fraktionen haben Experten beigezogen und gewisse Fragen durch die Experten klären lassen. Zwei Kommissionen haben auch zweimal dazu getagt. Der Job wurde sehr gut erfüllt. Es wurden nun eine Menge Bemerkungen eingereicht, was der Gemeinderat gut findet. Wenn heute über die Bemerkungen diskutiert werden kann, weiss der Gemeinderat wie es weiter gehen soll. Der Kern der ganzen Sache ist die Erfüllung des Versorgungsauftrages. Dieser Job muss Kriens erledigen. Das was jetzt kommt, muss dem Versorgungsauftrag und der Qualität untergeordnet werden. Damit der Versorgungsauftrag erfüllt werden kann, muss man schauen, dass diejenigen die diesen erfüllen ein hohes Mass an Handlungsfreiheit erhalten. Die Grenzen die die Handlungsfreiheiten nehmen, müssen noch beseitigt werden. Die Handlungsfreiheit erreicht man darin, dass die Heime verselbständigt werden. Sie sollen die Möglichkeit erhalten, nahe an den Markt zu gehen und die Massnahmen zu ergreifen, die es braucht um den Job zu erledigen. Der Versorgungsauftrag ist eigentlich ein öffentlicher Auftrag, der durch die Gemeinde Kriens erfüllt werden muss. Die Gemeinde muss dann schauen, dass die AG den Auftrag richtig ausführt. Die Gemeinde muss in einem gewissen Mass Einfluss nehmen können. Steuerungsmassnahmen müssen vorhanden sein. Es darf aber auch nicht sein, dass die AG mit den Steuerungsmassnahmen so eingeschränkt wird, dass sie gar nicht verselbständigt werden muss. Hier muss der richtige Weg gefunden werden. Es braucht auch Gewinner. Auf die vier Gewinner muss geschaut werden. Wenn es einen Verlierer gibt, bedeutet es, dass das Projekt scheitern kann. Welche Massnahmen dafür getroffen werden müssen, wird man in den Details ausarbeiten. Es ist keine einfache Aufgabe. Dies zeigt sich auch bei den Fragen, wie man nachher mit Hausfinanzierungsschuld und den Umlagekosten umgeht. Es muss diesbezüglich ein Ping-Pong-Spiel zwischen den einzelnen Departementen erfolgen. Es wurde erwähnt, dass es schade ist, dass dieser Prozess unter Sachzwang durchgeführt werden muss. Das kann man so sehen, wenn man den Fokus einzig und allein aufs Grossfeld richtet. Seit Jahren hat man in der Jahresplanung aufgezeigt, dass kein Franken für die Sanierung oder den Neubau des Grossfelds in der Investitionsrechnung drin ist. Im Jahr 2011 wurde bereits gesagt, dass man sich Gedanken machen muss, wie der Neubau oder die Sanierung anders finanziert wird, als das man sich gewohnt ist. Es hat niemand Einwände dagegen gebracht und es wurde von allen akzeptiert. Der Sachzwang so wie er jetzt dargestellt wird, hat man nicht gehabt. Wenn es ein Sachzwang gewesen wäre, staunt der Gemeinderat, dass nicht schon früher etwas gesagt wurde. Im 2011 hätte man bereits sagen können, dass 50 Mio. Franken in die Investitionsrechnung aufgenommen werden muss. Es wurde behauptet, dass die Erfahrungswerte abgewartet werden sollen. Hochdorf ist seit 2009 operativ und Emmen seit 2011. Die wissen von was sie sprechen. Erfahrungen haben sie schon genug und haben diese auch an der SGK-Sitzung zum Ausdruck gebracht. Beide Heime haben in der verselbständigten Form bereits Projekte realisiert. Es wurden bereits konkrete Zahlen in den Raum gestellt, wie gespart werden kann. Der Sprechende macht darauf aufmerksam, dass dies zurzeit Rechnungs- und Planungsspiele sind. Wie es dann ganz konkret aussieht und es umgesetzt wird muss geklärt werden. Der Gemeinderat wäre froh, wenn das Zahlenmaterial nicht eins zu eins übernommen wird. Sonst passiert dasselbe wie bei der Badi, dass mit Zahlen operiert wird, die vor fünf Jahren erwähnt wurden. Das kann ein Projekt stark stören. Der Gemeinderat schlägt vor, dass alle Bemerkungen übernommen werden. Er sichert zu, dass zu sämtlichen Bemerkungen Stellung genommen wird. Die politische Debatte soll damit nicht verhindert werden. Es soll materiell dazu Stellung genommen werden. Der Gemeinderat

möchte verhindern über jede Bemerkung eine Abstimmungsdebatte zu führen. Die Diskussion zur Sache soll stattfinden, die auch protokolliert wird und die als Grundlage für die Weiterbearbeitung dient.

Peter Portmann stellt fest, dass das Eintreten unbestritten ist und nun mit der Detailberatung begonnen werden kann.

Detailberatung

Auftrag SVP: Seite 24 – Exkurs: Patronatserklärung und Eventualverpflichtung

Die SVP-Fraktion stellt gemäss Katja Staub folgenden Auftrag: Der Gemeinderat zeigt im Bericht und Antrag verschiedene Konzepte und dazugehörige Regelungen auf, bei denen, wenn möglich auf eine Patronatserklärung oder auf andere Formen von Gemeindebürgschaften und Garantien verzichtet werden kann. Allfällige dennoch nötige Kreditgarantien müssen auf einem realistischen Businessplan fundieren und sich daraus rechtfertigen.

Gemäss Lothar Sidler beantragt der Gemeinderat die Ablehnung dieses Auftrages. Es wird verlangt, dass im B+A Konzepte aufgezeigt werden. Das wäre einigermassen akzeptabel. Aber was nicht akzeptabel ist, ist das in diesem Rahmen noch allenfalls nötige Kreditgarantien auf einem realistischen Businessplan fundieren und sich daraus rechtfertigen. Zum Zeitpunkt des B+A kann der Gemeinderat den Businessplan nicht vorlegen. Das ist eine Sache, die der Verwaltungsrat ausarbeiten muss. Wenn diesem Auftrag nachgekommen werden soll, muss etwas gemacht werden, was gar nicht möglich ist. Der Gemeinderat nimmt es aber als Bemerkung entgegen.

Kathrin Graber hat festgestellt, dass die SVP zuerst Bemerkungen eingereicht hat und diese Bemerkungen nun zu Aufträgen umformiert hat. Der Unterschied ist, dass die Bemerkungen nicht verbindlich sind und die Aufträge ergeben eine Pendezenz. Dazu muss Stellung bezogen und die Abschreibung beschlossen werden. Dies ist ein recht aufwändiges Verfahren. Jetzt fängt man bereits an zu diskutieren, dass der eine Teil kann übernommen werden kann, aber der andere Teil nicht. Die Sprechende macht beliebt, dass die SVP ihre Aufträge als Bemerkungen überweisen soll. Lothar Sidler hat gesagt, dass er alle Bemerkungen im B+A abwickeln wird. Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion wird den Auftrag so nicht überweisen, jedoch als Bemerkung. Es fragt sich, ob jetzt bei jedem Auftrag dieses Spiel durchgemacht wird oder die SVP sagt, dass dies im Rahmen von Bemerkungen abgehandelt wird.

Laut Katja Staub geht es der SVP-Fraktion darum Aufträge aufzugeben, da der Gedanke dahinter steht, dass noch andere Varianten aufgezeigt werden. Ein weiterer Grund ist, dass die SVP übergangsmässig keinen Gemeinderat mehr hat, der aus nächster Nähe darauf schauen kann. Wenn nur Bemerkungen eingereicht werden, muss dies nicht zwingend realisiert werden.

Bruno Bienz führt aus, dass es der Grüne/JG-Fraktion gleich geht wie der CVP/JCVP/GLP-Fraktion. Sie können zu Bemerkungen ja sagen, aber nicht zu Aufträgen. Das gibt ein Fass ohne Boden. Dann liegt der B+A vielleicht erst in zwei Jahren vor. Es soll nicht verkompliziert werden.

Thomas Lammer findet den Vorschlag vom Gemeinderat ein pragmatischer und sinnvoller Weg. Die FDP wird alle Aufträge der SVP-Fraktion ablehnen und die Bemerkungen überweisen.

Peter Fässler schliesst sich den Vorrednern an. Die SP/JUSO-Fraktion lehnt die Aufträge auch ab.

Katja Staub sieht, dass die SVP-Fraktion keine Chance hat. Sie findet es schade und hofft aber, dass diese Varianten dann auch aufgezeigt werden. Der Gemeinderat ist bei Bemerkungen nicht verbindlich dazu verpflichtet.

Räto Camenisch ergänzt, dass die SVP-Fraktion für den Bericht gewisse Gedanken mitgeben möchte, die relevant sind. Patronatserklärungen oder Bürgschaften sind ein grosser Punkt. Das kann nicht einfach gestrichen werden. Es geht um Zentrales wie man der Gesellschaft gegenüber steht und in welchem Ausmass bürgen möchte. In Emmen konnte dies mit einer relativ kleinen Bürgschaft gelöst werden. Es geht auch darum, dass die Heim AG unter Umständen Bankkredite haben kann. Die Aufträge können auch als Bemerkung überwiesen werden. Der SVP-Fraktion geht es aber darum, dass diesem Thema gezielt Beachtung geschenkt wird, weil es eine grosse Auswirkung auf die Gesellschaft hat. Man möchte ein erfolgreiches Projekt und ein wichtiger Punkt ist die Kreditsituation.

Der Grüne/JG-Fraktion geht es gemäss Erich Tschümperlin genau gleich. Sie hat auch Punkte, die ihr sehr wichtig sind. Es ist auch eine Frage der gleich langen Spiesse. Entweder macht man dann aus vielen Bemerkungen Aufträge, die dann diskutiert werden. Oder es werden generell Bemerkungen gemacht und sind in der starken Hoffnung, dass der Gemeinderat diese sehr ernst nimmt. Wenn der Einwohnerrat merkt, dass ein Teil nicht eingehalten wird, muss man halt den B+A zurückweisen.

Laut Räto Camenisch waren es im ursprünglichen Sinn Bemerkungen, die nicht verbindlich sind für den Gemeinderat. Aber als Idee des Parlaments zur Mitwirkung des Berichts wurden daraus Aufträge gemacht. Die Aufträge sollen als Bemerkungen behandelt werden.

Peter Portmann fragt nach, ob die Aufträge zurückgezogen und die Bemerkungen beibehalten werden.

Räto Camenisch bejaht dies.

Seite 25 – Absicht Gemeinderat

Bruno Bienz denkt, dass man nicht einfach so weiter gehen darf. Er möchte schon die Absichten des Gemeinderates anschauen. Auch die SGK sagt etwas zu den Absichten des Gemeinderates. Er zitiert: „Der Gemeinderat beabsichtigt die Verselbständigung der Heime in der Rechtsform der Aktiengesellschaft zu führen“. Einzelne SGK-Mitglieder haben mit einem anderen Modell geliebäugelt. Laut Lothar Sidler wurden die Rechtsformen AG, Genossenschaft und Vereine und Stiftung überprüft worden. Nach Abwägungen der Vor- und Nachteile war sich die Mehrheit der SGK einig, dass die AG der richtige Ansatz ist, jedoch müssen die Bedingungen stimmen.

Bemerkung SP/JUSO: Seite 27 – Sicherstellung des Versorgungsauftrags

Gemäss Cla Büchi möchte die SP/JUSO-Fraktion folgende Bemerkung überweisen: Alleiniges Ziel der Heim AG soll der durch den Gemeinderat/SGK/Einwohnerrat zu definierenden Versorgungsauftrag sein. Dieser soll alle Wohnformen des Alters beinhalten.

Lothar Sidler ist der Meinung, wenn die Bemerkung so übernommen wird, bedeutet es, dass die Heime den Versorgungsauftrag erfüllen darf, aber nicht mehr auf die Qualität achten muss. Auf Seite 29 steht, dass die Heime nicht nur den Versorgungsauftrag erfüllen soll, sondern auch zusätzlich einen Qualitätsstandard halten. Mit dieser Bemerkung fällt der Qualitätsstandard weg. Der Gemeinderat geht davon aus, dass dies nicht die Absicht der SP/JUSO-Fraktion war.

Cla Büchi bestätigt dies.

Bemerkung SP/JUSO: Seite 28 – Gemeinnützigkeit

Cla Büchi beantragt im Namen der SP/JUSO-Fraktion folgende Bemerkung: Die Heim AG hat eine gemeinnützige Aktiengesellschaft nach OR zu sein. In den Statuten muss der Verzicht auf Gewinnstrebigkeit festgeschrieben sein. Sonst kann die Heim AG einen Gewinn von bis zu 3.5 % erwirtschaften. Durch die Gemeinnützigkeit verschafft sich die Heim AG einen Marktanteil, da sie keine Gewinnabschöpfung erarbeiten muss.

Bemerkung Grüne/JG: Seite 28 – Gemeinnützigkeit

Die Grüne/JG Fraktion möchte laut Tomas Kobi, dass in den Statuten der Verzicht auf Gewinnabschöpfung geregelt sein muss.

Gemäss Martin Heiz ist man jetzt wieder so weit, dass man alle Bemerkungen diskutiert. Dann kann auch gleich über alle abgestimmt werden. Dieser Punkt passt der SVP nicht. Eine gemeinnützige Gesellschaft kann unter gewissen Voraussetzungen Gewinn machen. Jetzt ist die Frage, wie die AG ausgestattet wird. Soll die Heim AG das Grossfeld selber finanzieren, braucht es irgendwoher Geld. Dann stellt sich die Frage, ob die Heim AG oder die Gemeinde die laufenden Investitionen tragen muss. Wenn die Gemeinde diese tragen muss, kann man es so sein lassen, wie es jetzt ist. Die SVP-Fraktion ist der Meinung, dass die Heim AG das neue Grossfeld selber finanzieren soll. Deshalb ist wichtig, wie die Gemeindebürgschaften sind, damit es überhaupt finanziert werden kann. Heutzutage kann man nicht einfach auf die Bank gehen und sagen, dass sie 40 Mio. Franken geben sollen. Dafür braucht es Bürgschaften. Die Heim AG muss ihre Investitionen selber finanzieren können. Wenn schon ausgelagert wird, soll das die Gemeindefinanzen dann auch nicht mehr belasten.

Bruno Bienz glaubt, dass Martin Heiz einen Knopf in der Leitung hat. Die Heime müssen Gewinn selber erwirtschaften. Dies erfolgt über die Hoteltaxen. Die Hoteltaxen sind mit Fr. 140.00 abgedeckt. Wenn man nun einen Gewinn für die Aktionäre erzielen will, wird daraus Fr. 145.00 gemacht. Um das geht es. Es geht nicht darum, dass sie das Pflegeheim bauen können oder nicht. Von Gesetzes wegen muss dies auch so gemacht werden.

Räto Camenisch hat noch keine AG gesehen, in deren Statuten steht, dass kein Gewinn gemacht werden darf. Sonst findet man nie einen Aktionär. Die Generalversammlung ist immer sehr klein. Die Heim AG muss Gewinn machen, um ihre Aufgaben zu erfüllen. Sie müssen

renovieren und einen Neubau realisieren. Für den Neubau kann auch ein Investor gesucht werden. Dafür wird jedoch auch Geld benötigt. Es geht nicht darum Gewinn auszuschütten, sondern so viel Gewinn zu machen, um die Aufgaben zu erfüllen und eventuell zu expandieren.

Laut Erich Tschümperlin ist hier mit der Gewinnabschöpfung gemeint, dass das Geld nicht in der Organisation bleibt. Die Heim AG muss Gewinn machen, aber dieser muss in der AG drin bleiben, damit die Heime saniert oder neu gebaut werden können. Die Grüne/JG-Fraktion möchte nicht, dass auf die Hoteltaxen aufgeschlagen wird, weil es rentiert. Dritte sollen nicht aufgrund der Heimbewohner profitieren.

Der Gemeinderat möchte gemäss Lothar Sidler eine gemeinnützige AG. Das setzt der Gewinnstrebigkeit ein gewisses Mass an Grenzen. Man hat erkannt, dass kein Gewinn gemacht werden muss, damit den Aktionären eine schöne Dividende ausgezahlt werden kann. Es geht darum die Aufgaben zu erfüllen. Dafür braucht es aber ein gewisses Mass an Gewinn. Gewinn kann nicht nur gemacht werden indem die Heimtaxen erhöht werden. Gewinn kann auch aus dem Restaurationsbetrieb, dem Catering und der Bewirtschaftung von Sälen erzielt werden. Dies soll die Heim AG auch machen dürfen. Dieses Geld muss jedoch in der Heim AG bleiben. Die Gewinnstrebigkeit an gewissen Orten, wo es niemandem weh tut, soll gelassen werden.

Bemerkung SP/JUSO: Seite 29 – Sicherstellung der Qualität

Laut Cla Büchi beantragt die SP/JUSO-Fraktion folgende Bemerkung: Die Heim AG hat eine hohe Qualität in den Dienstleistungen für die Heimbewohner, aber auch in den Arbeitsbedingungen und der Ausbildung des Personals aufzuweisen. Diese sind durch ein geeignetes Qualitätsmanagement laufend zu überprüfen.

Bemerkung CVP/JCVP/GLP: Seite 29 – Sicherstellung der Qualität

Kathrin Graber führt aus, dass die CVP/JCVP/GLP-Fraktion folgende Bemerkung überweisen möchte: Bei der Verselbständigung der Heime ist die Sicherstellung der Qualität bei der Erbringung der Dienstleistungen und bei der Lebensqualität in den Heimen absolut zentral. Es ist mit geeigneten Instrumenten sicher zu stellen, dass dieses Ziel erreicht wird und auch nach der Verselbständigung der Heime gewährleistet bleibt.

Bemerkung SP/JUSO: Seite 29 – Zeichnung des Aktienkapitals

Gemäss der SP/JUSO-Fraktion sollen die Aktien grundsätzlich dauerhaft zu 100 % in der Hand der Heim AG bleiben. Unter Umständen ist eine Fremdbeteiligung möglich.

Bemerkung CVP/JCVP/GLP: Seite 30 – Liberierung des Aktienkapitals

Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion möchte folgende Bemerkung überweisen: Es ist sicherzustellen, dass die Verselbständigung der Heime zu keiner Verteuerung der Aufenthaltskosten der Bewohnerinnen und Bewohner der Heime führt.

Bemerkung SVP: Seite 30 – Liberierung des Aktienkapitals

Laut Katja Staub möchte die SVP-Fraktion, dass der Gemeinderat verschiedene Varianten aufzeigen soll, wie die Aktien liberiert werden. Insbesondere soll er verschiedene Möglichkei-

ten aufzeigen mit welchen Werten (Buchwert, Fortführungswerten, etc.) und wie diese Werte eingebracht werden (Aktienkapital und Darlehen).

Bemerkung SP/JUSO: Seite 30 – Liberierung des Aktienkapitals

Die SP/JUSO-Fraktion beantragt folgende Bemerkung: Die Heimimmobilien inkl. Inventar und Mobiliar sollen in den Besitz der Heim AG gehen. Die Grundstücke sollen soweit im Baurecht an die Heim AG gehen, wie die AG sie für deren Bauten, die Aussenräume und deren längerfristige Entwicklung und Altersformen benötigt. Die Krienser Heime haben im Vorfeld des Wettbewerbs ihren kurz- bis langfristigen Bedarf aufzuzeigen. Im städtebaulichen Wettbewerbsverfahren ist der Planungssperimeter über beide Grundstücksareale Grossfeld und Zuzacher zulegen, um die betriebliche und städtebauliche beste Lösung erarbeiten zu können. Sollte sich zeigen, dass die Heim AG nicht alle Grundstücksflächen für ihre Bedarfsabdeckung benötigt, sollen die verbleibenden Flächen bei der Gemeinde bleiben, entweder als Reserve für eigene Zwecke oder für die Abgabe im Baurecht an anderweitige Bauträger.

Bemerkung CVP/JCVP/GLP: Seite 33 – Übertragbarkeit des Aktienkapitals

Laut der CVP/JCVP/GLP-Fraktion sollen einzelne Aktienpakete mit Zustimmung des Einwohnerrates an andere Gemeinden oder gemeinnützige Institutionen veräussert werden können. Die Aktienmehrheit soll aber auf jeden Fall bei der Gemeinde Kriens verbleiben.

Bemerkung SP/JUSO: Seite 33 – Übertragbarkeit des Aktienkapitals

Grundsätzlich ist die SP/JUSO-Fraktion gemäss Cla Büchi der Meinung, dass die Gemeinde dauerhaft zu 100 % Alleinaktionärin der Heim AG sein soll. Nach einer noch zu bestimmenden Praxisperiode soll der Einwohnerrat bei einer unbefriedigten Entwicklung der Heim AG die Möglichkeit haben, mittels einer 2/3-Mehrheit die Rückführung in die Gemeindeverwaltung, bzw. über den Weiterbestand als AG bestimmen zu können. Sollte es sich als sinnvoll erweisen, Aktienkapital in Minderheitsbeteiligungen zu veräussern, ist das unter den folgenden Bedingungen möglich:

- Die Gemeinde Kriens hat die Mehrheit der Aktien zu behalten.
- Eine Veräusserung von Aktien muss im Einwohnerrat beschlossen werden.
- Beteiligten an der Heim AG können sich ausschliesslich gemeinnützige Körperschaften.

Gemäss Lothar Sidler wird die Gemeinde immer Mehrheitsaktionärin bleiben. Wenn dies der Fall ist, braucht es in diesem Sinn keine 2/3-Mehrheit. Es reicht eine einfache Mehrheit, um den Auftrag zu erteilen an der Generalversammlung die Liquidation der AG zu beschliessen. So wie es hier steht, bräuchte es ein qualifiziertes Mehr, was eine Verschlechterung der Rechte des Einwohnerrates ist.

Brahim Aakti meint, dass dies ein Missverständnis ist. Es geht darum, dass es im Einwohnerrat die 2/3-Mehrheit braucht für die Weiterführung der Heim AG. Wenn der Einwohnerrat mit der Entwicklung nicht zufrieden ist, hat er ein einfaches Instrument, um die AG zurückzuführen. In Thun hat es eine Abstimmung gegeben, wo mit 53 % Zustimmung die AG beibehalten wurde, obwohl relativ viele Leute damit unzufrieden waren. Mit einer 2/3-Mehrheit wird der Druck hochgehalten um die Zufriedenheit des Einwohnerrates zu gewährleisten.

Erich Tschümperlin findet es gut, dass gewisse Punkte diskutiert werden. Er fragt sich, ob für dieses Geschäft ein spezielles Quorum festgelegt werden soll. Es verkompliziert alles ein we-

nig. Der Einwohnerrat hat jederzeit die Möglichkeit, wenn es im Besitz der Gemeinde ist, auch wieder Einfluss zu nehmen. Das reicht seiner Meinung nach.

Selbstverständlich muss laut Räto Camenisch die Eignerstrategie sauber definiert sein. Die Heime gehören dem Volk. Das Volk wird durch den Einwohnerrat repräsentiert. Die Exekutive der Gemeinde ist der Gemeinderat, welcher Hauptaktionär ist und mit beispielsweise zwei Personen im Verwaltungsrat vertreten ist und an der Generalversammlung als einziger Aktionär anwesend. Der Gemeinderat muss jedes Jahr über den Verlauf der Heime Bericht erstatten. Wenn der Einwohnerrat damit nicht einverstanden ist, kann eine Motion eingereicht werden und den Gemeinderat beauftragen einzugreifen. Selbstverständlich muss die Eignerstrategie auch einen Auflösungsartikel haben. Jeder Verein hat das. Man muss sich überlegen, wie so ein Auflösungsartikel gemacht werden soll. 2/3-Mehrheit ist eine Variante, aber man kann dies durchaus auch in der Eignerstrategie anders formulieren. Es soll ganz sorgfältig überlegt werden. Das Primat der Politik muss durchgezogen werden.

Bemerkung Grüne/JG: Seite 33 – Übertragbarkeit des Aktienkapitals

Die Grüne/JG-Fraktion ist der Meinung, dass grundsätzlich alle Aktien zu 100 % im Eigentum der Gemeinde bleiben müssen. Sollte eine Veräusserung trotzdem sinnvoll sein, dürfen diese nur an Gemeinden oder gemeinnützige Institutionen veräussert werden. Die Gemeinde muss aber in jedem Fall die Mehrheit behalten.

Bemerkung SP/JUSO: Seite 34 – Organisation der Aktiengesellschaft

Die SP/JUSO-Fraktion beantragt, dass dem Verwaltungsrat ein Beirat mit beratender Funktion zur Seite zu stellen ist. Er ist politisch (Einwohnerrat/SGK) und fachlich zusammengesetzt.

Bemerkung Grüne/JG: Seite 34 – Organisation der Aktiengesellschaft

Die Grüne/JG-Fraktion stellt folgende Bemerkung zur Zusammensetzung des Verwaltungsrates: Es ist unabdingbar, dass Erfahrung und Fachkompetenz in den Bereichen Pflege und Betreuung nötig ist. Dazu gehören gerontologisches, geriatrisches und pflegerisches Fachwissen. Das Know-how im Bereich des betrieblichen Managements muss sichergestellt sein.

Bemerkung CVP/JCVP/GLP: Seite 34 – Steuerung

Gemäss der CVP/JCVP/GLP-Fraktion soll der Gemeinderat konkretisieren, welche Aufgaben und Geschäfte von grosser Bedeutung (wie beispielsweise Erhöhung des Aktienkapitals, Änderung von gewichtigen Bestimmungen in den Statuten) dem Einwohnerrat zur Beschlussfassung vorzulegen sind, damit dieser die Aufsicht wahrnehmen kann.

Bemerkung SVP: Seite 34 – Steuerung

Die SVP-Fraktion stellt folgende Bemerkung: Im B+A für die Ausgliederung der Heime sind die Instrumente wie Politikrahmenvereinbarung (des Einwohnerrates), die Eignerstrategie (des Gemeinderates), die Leistungsvereinbarung möglichst konkret im Entwurf dem Parlament vorzulegen.

Bemerkung SVP: Seite 36 – Politische Steuerung durch Berichterstattung

Die SVP-Fraktion stellt laut Katja Staub folgende Bemerkung: Vor jeder Legislaturperiode soll dem Einwohnerrat ein mehrjähriger Investitionsplan für die Heime AG zur Kenntnis vorgelegt werden.

Lothar Sidler führt aus, dass wenn die Bemerkung umgesetzt wird, sagt der ehemalige Einwohnerrat dem neuen Einwohnerrat was er in den nächsten vier Jahren mit der AG zu tun hat. Es ist nun vor der Legislatur und vor Ende der Legislatur entscheidet immer noch der alte Einwohnerrat. Wenn man sagen würde zu Beginn der Legislatur, hat der neue Einwohnerrat die Möglichkeit für vier Jahre zu bestimmen, wie es mit der AG weitergehen soll. Wenn man dieser Meinung ist, ist es in Ordnung. Wenn man sagt vor der Legislatur, hätte der Gemeinderat ein gewisses Problem.

Bemerkung SVP: Seite 36 – Politische Steuerung durch Berichterstattung

Die SVP-Fraktion möchte, dass dem Einwohnerrat mit dem B+A Ausgliederung ein mehrjähriger Geschäftsplan der neuen Heime vorzulegen ist, der aufzeigt, welche Gewinne erzielt, welche Geldmittel generiert und wie die Investitionen der neuen Heime AG nachhaltig finanziert werden, ohne die Gemeinde in die Verpflichtung zu nehmen.

Bemerkung Grüne/JG: Seite 36 – Politische Steuerung durch Aufsicht

Laut Tomas Kobi möchte die Grüne/JG-Fraktion, dass mit einem jährlichen Vergütungsbericht die Summe der Vergütung des Verwaltungsrates und der Geschäftsleitungsmitglieder aufgeschlüsselt dargelegt werden muss. Dieser soll dem Einwohnerrat zur Kenntnisnahme vorgelegt werden.

Bemerkung SP/JUSO: Seite 34 – Steuerung

Die SP/JUSO-Fraktion möchte gemäss Cla Büchi folgende Bemerkung überweisen: Der Einwohnerrat bestimmt auf Antrag der SGK die fachliche Zusammensetzung des Verwaltungsrates. Beispielsweise muss eine Fachperson aus dem Bereich Pflege, die die Bedingungen der Leistungserbringung kennt, vertreten sein. Massgebliche Veränderungen (Abänderung des Versorgungs- und Leistungsauftrags, Statutenänderungen, Veräusserungen von Aktien, Änderungen im Personalrecht) kommen vor den Einwohnerrat.

Der Gemeinderat möchte gemäss Lothar Sidler nur die Organe haben, die das Aktienrecht auch vorschreibt. Wenn das so übernommen wird, wäre der Einwohnerrat ein zusätzliches Organ dieser AG. Der Gemeinderat schlägt vor, dass in den Statuten festgelegt wird, wie der Verwaltungsrat zusammengesetzt ist. So kann es sauber gelöst werden.

Laut Cla Büchi ist dies auch im Sinn der SP/JUSO-Fraktion. Es soll festgelegt werden aus welchen Fachpersonen der Verwaltungsrat zusammengesetzt sein muss.

Kathrin Graber führt aus, dass an der gemeinsamen Sitzung der FGK und SGK festgestellt wurde, dass in Hochdorf und Emmen der Verwaltungsrat unterschiedlich zusammengesetzt ist. Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion findet es richtig, dass der Verwaltungsrat mit Fachleuten bestückt ist. Deshalb sollen gewisse Vorgaben gemacht werden, welche Berufsrichtungen vorgeschrieben sind.

Bemerkung CVP/JCVP/GLP: Seite 37 – Gesellschaftsrechtliche Steuerungsinstrumente

Laut Kathrin Graber möchte die CVP/JCVP/GLP-Fraktion, dass der Gemeinderat die Eigentümerstrategie, deren Umsetzung sowie Änderungen der Strategie dem Einwohnerrat in einem Bericht zur Kenntnis bringt.

Enrico Ercolani weist darauf hin, dass desto mehr man bei einer AG dreinredet, desto mehr steht man auch in der Verantwortung. Diejenigen die das Geld geben, befehlen auch. In diesem Fall sind es die Bürger, die das Geld geben. Dem Verwaltungsrat soll jedoch nicht hingesprochen werden, da dieser auch die ganze Verantwortung trägt. Es wurde erwähnt, dass man die AG allenfalls rückführen möchte. Bevor zurückgeführt wird, kann auch der Verwaltungsrat ausgewechselt werden, wenn er nicht fähig ist zu schauen, dass alles richtig läuft.

Räto Camenisch meint, dass kein Durcheinander zwischen Geschäftsleitung und Verwaltungsrat gemacht werden soll. Der Verwaltungsrat wird von der Gemeinde gewählt, da sie Aktionärin ist. Der Pflegechef gehört in die Geschäftsleitung. Es ist nicht richtig, dass man den Beruf eines Verwaltungsratsmitglieds bestimmt. Man wählt die Verwaltungsräte, die man als richtig erachtet. Es würde eine AG belasten, wenn man dies vorschreibt. Ein Pfleger kann super sein in seinem Job, aber ein schlechter Verwaltungsrat. Das hat damit nichts zu tun.

Laut Erich Tschümperlin geht es nicht darum reinzusprechen. Dem Sprechenden ist es ein Anliegen, dass der Verwaltungsrat nicht nur aus Finanzleuten besteht. Controlling hat einen grossen Stellenwert. Die Grüne/JG-Fraktion möchte im Verwaltungsrat keine Personen, sondern Kompetenzen aus bestimmten Pflegebereichen. Es sind keine Pfleger, sondern anerkannte Fachleute, die sicherstellen, dass andere fachliche Kompetenzen vertreten sind. Erich Tschümperlin ist mit Lothar Sidler einig, dass dies in die Statuten gehört. Er glaubt nicht, dass der Einwohnerrat den Verwaltungsrat wählt. Der Gemeinderat wählt diesen. Der Einwohnerrat sagt, wie die Zusammensetzung sein soll. Ein Pflegeleiter ist nicht im Verwaltungsrat sondern in der Geschäftsleitung. Die Grüne/JG-Fraktion möchte Personen, die strategisch schauen und wissen welche Entwicklungen es gibt. Deshalb gehören auch solche Leute in den Verwaltungsrat.

Kathrin Graber möchte die Ansicht der CVP/JCVP/GLP-Fraktion verdeutlichen. Ihr geht es um eine gute Durchmischung des Verwaltungsrates. Es kann nicht sein, dass der Leiter eines Heims im Verwaltungsrat ist. Dies ist ganz klar. Es geht nicht um solche Personen, sondern um Fachleute aus dem Pflegebereich. Selbstverständlich gibt es auch dort Personen mit Finanzkenntnissen. Die haben den fachlichen Hintergrund, aber auch die Finanzkompetenzen. Aus ihrer Sicht muss der Verwaltungsrat gut durchmischt sein. An der gemeinsamen Sitzung hörte man, dass Emmen oder Hochdorf einen fachlich durchmischten Verwaltungsrat hat. Die Sprechende weiss gerade nicht mehr welche Gemeinde es war. Das hat der CVP/JCVP/GLP-Fraktion imponiert und denkt dies ist eine gute Sache, wenn es so sein kann.

Bruno Bienz erklärt, dass die Stadt Luzern in den Statuten geregelt hat, wie der Verwaltungsrat zusammengesetzt werden muss. Er zitiert: „*Der Verwaltungsrat ist so zusammengesetzt, dass er als Gremium insbesondere über Fachkompetenz und Erfahrung in den Bereichen Gerontologie, Geriatrie und Langzeitpflege, Wohnen und Hotellerie sowie im Managementbereich Personal, Finanzen, Organisation und Immobilien, Recht und Kommunikation verfolgt*“. So ist es eigentlich klar. Die Grüne/JG-Fraktion erwartet, dass dies so in den Statuten drin steht.

Katja Staub ergänzt, dass im Verwaltungsrat der Heime Emmen jemand von der SUVA und auch ein Unternehmer drin ist.

Bemerkung Grüne/JG: Seite 39 – Vertragliche Steuerungsinstrumente

Laut der Grüne/JG-Fraktion muss die Leistungsvereinbarung analog der Spitex dem Einwohnerrat zur Kenntnis vorgelegt werden.

Bemerkung SP/JUSO: Seite 40 – Personal

Die SP/JUSO-Fraktion fordert gemäss Cla Büchi den Anschluss an den GAV der Luzerner Viva AG. Sollte sich dafür keine politische Mehrheit finden, fordert man ein privatrechtliches Personalreglement, deren Standard mindestens dem des Personalrechts und dem neu geschaffenen Besoldungssystem der Gemeinde Kriens entspricht oder besser ist.

Laut Kathrin Graber kann die CVP/JCVP/GLP-Fraktion mit dem 2. Teil der Bemerkung auch leben, dass das Personal mindestens gleich oder besser gestellt wird, wie das Personal der Gemeinde Kriens. Der 1. Teil ist doch etwas kühn im Rahmen einer Bemerkung zu sagen, dass man sich dem GAV der Luzerner Viva AG anschliesst. Die Sprechende kennt den Inhalt nicht.

Bemerkung Grüne/JG: Seite 40 – Personal

Die Grüne/JG-Fraktion möchte, dass die Besitzstandswahrung mit einem GAV oder einem Personalreglement gewährleistet ist, das gleich oder besser gestellt ist als das Personalreglement der Gemeinde. Diese Vereinbarung muss mindestens drei Jahren gelten. Sicherung eines fairen Lohnsystems. Wir wollen keine zu hohen Kaderlöhne oder zu tiefe Löhne beim Personal.

Bemerkung Grüne/JG: Seite 41 – Querschnittsdienstleistungen der Gemeinde

Die Grüne/JG-Fraktion hat folgende Bemerkung: Supportleistungen und Dauer muss geregelt sein. Die heutigen Supportleistungen der Gemeinde Kriens müssen durch das zukünftige Unternehmen über eine zu bestimmende Zeit übernommen werden (analog Stadt Luzern).

Bemerkung SP/JUSO: Seite 42 – Information

Die SP/JUSO-Fraktion möchte folgende Bemerkung überweisen: Für den politischen Prozess und die Meinungsbildung der Bevölkerung ist detailliert und transparent aufzuzeigen, was für Konsequenzen eine Verselbständigung für die Gemeinde strukturell und finanziell hat. Insbesondere die finanziellen Be- oder Entlastungen für die Gemeinde wegen den Verselbständigungskosten, den Umlagerungs- und Ausfinanzierungskosten ist auszuweisen. Auch wenn es wegen dem Wegfall von Umlagerungs-Dienstleistungen zu Personalentlassungen bei der Gemeinde kommt, ist dies darzulegen. Ebenso sind mögliche Konsequenzen aus einer Bürgschaftsgarantie der Gemeinde gegenüber der Heim AG zu bezeichnen.

Bemerkung SVP: Seite 43 – Exkurs: Weiteres Vorgehen Zukunftsprojekt Grossfeld

Gemäss Katja Staub, SVP-Fraktion, sollen im B+A zum Planungskredit in einer 1. Etappe für das Neubauprojekt Grossfeld verschiedene Varianten eines Beschaffungs- und Neubaumodells aufgezeigt werden, wobei bei mindestens einer Variante die Komponente Zweckmässigkeit, Wirtschaftlichkeit und gutes Kosten-Nutzen Verhältnis als prioritäre Leitlinie gelten soll.

Bemerkung SVP: Seite 43 – Exkurs: Weiteres Vorgehen Zukunftsprojekt Grossfeld

Die SVP-Fraktion möchte laut Katja Staub folgende Bemerkung überweisen: Der Gemeinderat soll im Bericht und Antrag verschiedene Varianten aufzeigen, in welcher Form und Aufteilung

die Verzinsung resp. Tilgung der Rest-PK-Schuld von rund 13.3 Mio. Franken und Jahreskosten von 0.65 Mio. Franken mit der geplanten Gesellschaft geregelt werden kann.

Bruno Bienz hat eine Frage an den Gemeinderat. Er geht davon aus, dass der Planungskredit für die erste Etappe des Neubauprojekts nach der Gründung der AG kommt. Dann hat der Einwohnerrat dazu nichts mehr zu sagen.

Lothar Silder informiert, dass im Budget 2015 für das Projekt Grossfeld noch Geld eingestellt ist. Der Gemeinderat wollte diese Debatte abwarten, um zu schauen, welche Bemerkungen bezüglich des Grossfelds erfolgen. Wenn der Einwohnerrat sagt, dass mit dem Projekt Grossfeld begonnen werden soll, dann bedeutet es, dass noch dieses Jahr ein B+A vorgelegt werden kann. Der Kredit ist im Budget enthalten. Der Einwohnerrat müsste darüber debattieren, sofern der Kredit über Fr. 200'000.00 liegt. Wenn man jedoch auf die Gründung der AG warten soll, wird dieses Jahr nichts mehr unternommen. Erst nach der Gründung wird man dann weiter gehen.

Gemäss Räto Camenisch war genau dies der Grund für die Bemerkung. Es gibt zwei Möglichkeiten. Die erste ist, dass die Heim AG das Grossfeld baut und die zweite ist, dass die Gemeinde ein Projekt beginnt und dies dann der Heim AG auf den Weg gibt. Die SVP-Fraktion möchte, dass das Grossfeld durch die Heim AG realisiert werden soll. Die wird nach 1-2 Jahren besser wissen was sie braucht. Wenn die Gemeinde nun einen Architekturwettbewerb macht, hat man nachher wieder ein überteuertes Projekt. Dies hatte ja man auch schon an anderen Orten. Der SVP-Fraktion ist es wichtig, dass die Heim AG eine Baute realisiert, wie die SUVA in Emmen. Die Baute soll hoch praktisch und wirtschaftlich ausgedacht werden. Wenn die Gemeinde auf die Schnelle etwas plant, hat man vielleicht etwas, was die Heim AG nicht möchte. Die Heim AG soll möglichst wenig belastet werden, denn sie muss rentieren, um ihren Betrieb und die Investitionen zu finanzieren. Die Gesellschaft muss auch Pensionskassengelder übernehmen. Es sind genug Hypotheken da, die die Gesellschaft tragen muss. Es soll kein Plan für den Bau mitgegeben werden, den die Heim AG so nicht möchte.

Bemerkung CVP/JCVP/GLP: Seite 43 – Exkurs: Weiteres Vorgehen Zukunftsprojekt Grossfeld

Laut Kathrin Graber fordert die CVP/JCVP/GLP-Fraktion, dass der Gemeinderat mit der Planung des Zukunftsprojekts Grossfeld sofort beginnen soll. Sie hat das Vertrauen in den Gemeinderat, dass er weiss, wie die Bedürfnisse sind. Die Heim AG soll nicht gleich mit einem solchen Projekt belastet werden.

Erich Tschümperlin glaubt, dass man vom Gemeinderat hören muss, wie die Bedürfnislage der Heime ist. Wenn dringend etwas gemacht werden muss und die Auslagerung erst in einem Jahr erfolgt, dauert es wieder länger. Es hängt von der Dringlichkeit ab. Der Sprechende gibt prinzipiell Rato Camenisch Recht. Die Heim AG kommt in die Verantwortung und kann frei handeln. Es ist noch die Frage, ob sie in einen grossen Sachzwang kommt, weil es zu lange dauert. Die zweite Frage betrifft die PK-Tilgungsschuld. Wie ist angedacht, ob die Heim AG die PK-Schuld mitnehmen, übernehmen oder abrechnen muss?

Laut Bruno Bienz hat sich die SGK auch mit diesem Thema befasst. Die Mehrheit war der Ansicht, dass der Architekturwettbewerb möglichst schnell ausgelöst werden soll. Die Problematik ist der Zeitrahmen. Die AG wird nach der Gründung nicht gleich in der Lage sein das

Projekt zu stemmen. Wichtig ist, dass die Anforderungen klar definiert werden. Es soll keine Zeit verloren gehen. Die Kosten können allenfalls später bei der AG wieder eingefordert werden. Für die SGK ist auch wichtig, dass der Kanton mit auf den Weg genommen wird.

Gemäss Enrico Ercolani kann es nicht sein, dass man beginnt zu planen bevor man weiss, dass auf diesem Grundstück gebaut werden kann. Im Moment gibt es dort immer noch ein Hindernis. Es besteht die Möglichkeit, dass das Grossfeld nicht abgebrochen werden darf wegen dem Denkmalschutz. Dann hätte man Planungskosten für nichts. Zuerst muss abgeklärt werden, ob dieses Objekt abgerissen werden kann. Danach kann mit der Planung begonnen werden. Der Sprechende ist der Meinung, dass die Abklärung eine Weile in Anspruch nimmt und bis dann ist man soweit die AG zu gründen. Dann müsste die Schiene gefahren werden, wie Rätö Camenisch gesagt hat.

Bemerkung SP/JUSO: Seite 43 – Exkurs: Weiteres Vorgehen Zukunftsprojekt Grossfeld

Die SP/JUSO-Fraktion ist laut Cla Büchi der Meinung, dass in einem städtebaulichen Projektwettbewerb der Planungsperimeter über beide Grundstücksareale Grossfeld und Zunacher zu fassen ist, um durch die Planungsteams die betrieblich und städtebaulich beste Lösung erarbeiten zu können. Sollte sich zeigen, dass die Heim AG nicht alle Grundstückflächen für ihre langfristige Bedarfsabdeckung benötigt, sollen die verbleibenden Flächen bei der Gemeinde bleiben, entweder als Reserve für eigene oder öffentliche Zwecke oder für die Abgabe im Baurecht an anderweitige Bauträger.

Lothar Sidler möchte die Fragen zum Grossfeld beantworten. Wenn in diesem Jahr mit der Planung begonnen werden kann, bedeutet es, dass man anderthalb Jahre früher fertig ist. Wenn man die Gründung und die operative Inbetriebnahme der AG abwarten muss, dauert es bis 2017. Es macht wenig Sinn der AG ein Wettbewerbsresultat auf die Nase zu binden. Auf der anderen Seite muss man sich die Frage stellen, ob nicht schon jetzt gewisse Vorfragen geklärt werden sollen, wie der städtebauliche Aspekt. Dieser ist sehr wichtig. Beim Architekturwettbewerb müssen die Hülle, die Volumetrie und der städtebauliche Aspekt definiert sein. In diesem Rahmen kann man dann weitergehen. Die Fragen des Betriebs sollen nicht jetzt schon in einem Architekturwettbewerb gelöst werden. Dort braucht es deutlich mehr Wissen und Aspekte der AG. Die Heim AG muss dies bestimmen können. Im Moment ist man noch in einem Dilemma, wie es Enrico Ercolani gesagt hat. Zuerst müssen mit dem Kanton noch gewisse Fragen geklärt werden. Wenn der Kanton zur Einsicht kommt, dass dieses Haus unter Denkmalschutz gestellt werden muss, hätte die Gemeinde ein nicht ganz unwesentliches Problem. Dann wären die Planungsarbeiten für nichts. Das möchte der Gemeinderat auch nicht. Es soll geklärt werden, was auf dieser Liegenschaft realisiert werden kann. Danach kann eventuell der nächste Schritt eingeleitet werden. Der Gemeinderat möchte nicht mit einem Gesamtleistungswettbewerb einsteigen. Denn so nimmt man den Heimen die Möglichkeit das Projekt zu realisieren. Wenn mit einem Architekturwettbewerb die Grundlagen geklärt werden, würde man in keiner Form vom weiteren Vorgehen etwas wegnehmen. Man kann die Heime beauftragen das Projekt zu realisieren oder einen Investor beizuziehen.

Bemerkung Grüne/JG: Seite 43 – Exkurs: Weiteres Vorgehen Zukunftsprojekt Grossfeld

Gemäss der Grüne/JG-Fraktion sollen im B+A Auslagerung Heime folgende Punkte aufgezeigt werden:

- Finanzielle Auswirkungen für die Gemeinde
- Personelle Auswirkungen für die Gemeinde
- Konsequenzen eines Verzichts einer Auslagerung

Postulat Beat Tanner: Auslagern der Immobilien Heime an eine Gesellschaft (Nr. 088/14)

Gemäss Peter Portmann beantragt der Gemeinderat aufgrund des Berichts das Postulat abzuschreiben.

Thomas Lammer, Vertreter von Beat Tanner, bedankt sich beim Gemeinderat für die Ausführungen. Die FDP-Fraktion anerkennt anhand des Berichtes die Stossrichtung des Gemeinderates. Deshalb ist sie einverstanden mit der Abschreibung des Postulats.

Abstimmung über die Abschreibung des Postulats Tanner: Auslagern der Immobilien Heime an eine Gesellschaft (Nr. 088/14):

Das Postulat wird mit 30:1 Stimmen bei einer Enthaltung abgeschrieben.

Aakti, Brahim	ja
Berger, Rita	ja
Bienz, Bruno	ja
Bienz, Viktor	ja
Büchi, Cla	ja
Camenisch, Rätö	ja
Ercolani, Enrico	ja
Erni, Roger	Enthaltung
Fässler, Peter	ja
Fluder, Hans	ja
Graber, Kathrin	ja
Graf, Alfons	n.t.
Heiz, Martin	ja
Hofstetter, Kevin	ja
Kaufmann-Wolf, Christine	ja
Kobi, Tomas	ja
Koch, Patrick	ja
Lammer, Thomas	ja
Manoharan, Yasikaran	ja
Mathis-Wicki, Judith	ja
Meyer, Pascal	ja
Nyfeler, Nicole	ja
Piras, Davide	ja
Schmid, Rolf	ja
Schwizer, Roland	ja
Spörri, Raphael	ja
Staub, Katja	ja
Takacs, Fabian	ja
Tschümperlin, Erich	ja
Trüb, Paul	ja
Urfer, Mario	nein
Wicki Roth, Verena	ja
Zosso, René	ja

Guido Solari liest den **Beschlussestext** vor:

Der Planungsbericht „Verselbständigung Heime Kriens“ wird zur Kenntnis genommen.

Folgende Bemerkungen werden überwiesen:

- *Der Gemeinderat zeigt im Bericht und Antrag verschiedene Konzepte und dazugehörige Regelungen auf, bei denen, wenn möglich auf eine Patronatserklärung oder auf andere Formen von Gemeindebürgschaften und Garantien verzichtet werden kann. Allfällige den-*

- noch nötige Kreditgarantien müssen auf einem realistischen Businessplan fundieren und sich daraus rechtfertigen.*
- *Alleiniges Ziel der Heim AG soll der durch den Gemeinderat/SGK/Einwohnerrat zu definierenden Versorgungsauftrag sein. Dieser soll alle Wohnformen des Alters beinhalten.*
 - *Die Heim AG hat eine gemeinnützige Aktiengesellschaft nach OR zu sein. In den Statuten muss der Verzicht auf Gewinnstrebigkeit festgeschrieben sein. Durch die Gemeinnützigkeit verschafft sich die Heim AG einen Marktvorteil, da sie keine Gewinnabschöpfung erarbeiten muss.*
 - *In den Statuten muss der Verzicht auf Gewinnabschöpfung geregelt sein.*
 - *Bei der Verselbständigung der Heime ist die Sicherstellung der Qualität bei der Erbringung der Dienstleistungen und bei der Lebensqualität in den Heimen absolut zentral. Es ist mit geeigneten Instrumenten sicher zu stellen, dass dieses Ziel erreicht wird und auch nach der Verselbständigung der Heime gewährleistet bleibt.*
 - *Die Heim AG hat eine hohe Qualität in den Dienstleistungen für die Heimbewohner, aber auch in den Arbeitsbedingungen und der Ausbildung des Personals aufzuweisen. Diese sind durch ein geeignetes Qualitätsmanagement laufend zu überprüfen.*
 - *Die Aktien sollen grundsätzlich dauerhaft zu 100 % in der Hand der Heim AG bleiben. Unter Umständen ist eine Fremdbeteiligung möglich.*
 - *Es ist sicherzustellen, dass die Verselbständigung der Heime zu keiner Verteuerung der Aufenthaltskosten der Bewohnerinnen und Bewohner der Heime führt.*
 - *Der Gemeinderat soll verschiedene Varianten aufzeigen wie die Aktien liberiert werden: Insbesondere soll er verschiedene Möglichkeiten aufzeigen mit welchen Werten (Buchwert, Fortführungswerten, etc.) und wie diese Werte eingebracht werden (Aktienkapital und Darlehen).*
 - *Die Heimimmobilien inkl. Inventar und Mobiliar sollen in den Besitz der Heim AG gehen. Die Grundstücke sollen soweit im Baurecht an die Heim AG gehen, wie die AG sie für deren Bauten, die Aussenräume und deren längerfristige Entwicklung und Altersformen benötigt. Die Krienser Heime haben im Vorfeld des Wettbewerbs ihren kurz- bis langfristigen Bedarf aufzuzeigen. Im städtebaulichen Wettbewerbsverfahren ist der Planungssperimeter über beide Grundstücksareale Grossfeld und Zunacher zu legen, um die betriebliche und städtebauliche beste Lösung erarbeiten zu können. Sollte sich zeigen, dass die Heim AG nicht alle Grundstückflächen für ihre Bedarfsabdeckung benötigt, sollen die verbleibenden Flächen bei der Gemeinde bleiben, entweder als Reserve für eigene Zwecke oder für die Abgabe im Baurecht an anderweitige Bauträger.*
 - *Einzelne Aktienpakete sollen mit Zustimmung des Einwohnerrates an andere Gemeinden oder gemeinnützige Institutionen veräussert werden können. Die Aktienmehrheit soll aber auf jeden Fall bei der Gemeinde Kriens verbleiben.*
 - *Grundsätzlich ist man der Meinung, dass die Gemeinde dauerhaft zu 100 % Alleinaktionärin der Heim AG sein soll. Nach einer noch zu bestimmenden Praxisperiode soll der Einwohnerrat bei einer unbefriedigten Entwicklung der Heim AG die Möglichkeit haben, mittels einer 2/3-Mehrheit die Rückführung in die Gemeindeverwaltung, bzw. über den Weiterbestand als AG bestimmen zu können. Sollte es sich als sinnvoll erweisen, Aktienkapital in*

- Minderheitsbeteiligungen zu veräussern, ist das unter den folgenden Bedingungen möglich:*
- *Die Gemeinde Kriens hat die Mehrheit der Aktien zu behalten*
 - *Eine Veräusserung von Aktien muss im ER beschlossen werden*
 - *Beteiligen an der Heim AG können sich ausschliesslich gemeinnützige Körperschaften*
- *Man ist der Meinung, dass grundsätzlich alle Aktien zu 100 % im Eigentum der Gemeinde bleiben müssen. Sollte eine Veräusserung trotzdem sinnvoll sein, dürfen diese nur an Gemeinden oder gemeinnützige Institutionen veräussert werden. Die Gemeinde muss aber in jedem Fall die Mehrheit behalten.*
 - *Dem Verwaltungsrat ist ein Beirat mit beratender Funktion zur Seite zu stellen. Er ist politisch (Einwohnerrat/SGK) und fachlich zusammengesetzt.*
 - *Zusammensetzung Verwaltungsrat: Es ist unabdingbar, dass Erfahrung und Fachkompetenz in den Bereichen Pflege und Betreuung nötig ist. Dazu gehören gerontologisches, geriatrisches und pflegerisches Fachwissen. Das Know-how im Bereich des betrieblichen Managements muss sichergestellt sein.*
 - *Der Gemeinderat soll konkretisieren, welche Aufgaben und Geschäfte von grosser Bedeutung (wie beispielsweise Erhöhung des Aktienkapitals, Änderung von gewichtigen Bestimmungen in den Statuten) dem Einwohnerrat zur Beschlussfassung vorzulegen sind, damit dieser die Aufsicht wahrnehmen kann.*
 - *Im B+A für die Ausgliederung der Heime sind die Instrumente wie Politikrahmenvereinbarung (des Einwohnerrates), die Eignerstrategie (des Gemeinderates), die Leistungsvereinbarung möglichst konkret im Entwurf dem Parlament vorzulegen.*
 - *Der Einwohnerrat bestimmt auf Antrag der SGK die fachliche Zusammensetzung des Verwaltungsrates, z.B. muss eine Fachperson aus dem Bereich Pflege, die die Bedingungen der Leistungserbringung kennt, vertreten sein. Massgebliche Veränderungen (Abänderung des Versorgungs- und Leistungsauftrags, Statutenänderungen, Veräusserungen von Aktien, Änderungen im Personalrecht) kommen vor den Einwohnerrat.*
 - *Mit einem jährlichen Vergütungsbericht muss die Summe der Vergütung des Verwaltungsrates und der Geschäftsleitungsmitglieder aufgeschlüsselt dargelegt werden. Dieser soll dem Einwohnerrat zur Kenntnisnahme vorgelegt werden.*
 - *Vor jeder Legislaturperiode soll dem Einwohnerrat ein mehrjähriger Investitionsplan für die Heim AG zur Kenntnis vorgelegt werden.*
 - *Mit dem B+A Ausgliederung ist ein mehrjähriger Geschäftsplan der neuen Heime dem Einwohnerrat vorzulegen, der aufzeigt, welche Gewinne erzielt werden, welche Geldmittel generiert werden und wie die Investitionen der neuen Heim AG nachhaltig finanziert werden, ohne die Gemeinde in die Verpflichtung zu nehmen.*
 - *Der Gemeinderat bringt die Eignerstrategie, deren Umsetzung sowie Änderungen der Strategie dem Einwohnerrat in einem Bericht zur Kenntnis.*
 - *Die Leistungsvereinbarung muss Analog der Spitex dem Einwohnerrat zur Kenntnis vorgelegt werden.*
 - *Man fordert den Anschluss an den GAV der Luzerner Viva AG. Sollte sich dafür keine politische Mehrheit finden, fordert man ein privatrechtliches Personalreglement, deren Stan-*

dard mindestens dem des Personalrechts und dem neu geschaffenen Besoldungssystem der Gemeinde Kriens entspricht oder besser ist.

- *Die Besitzstandswahrung soll mit einem GAV oder einem Personalreglement, das gleich oder besser gestellt ist als das Personalreglement der Gemeinde. Diese Vereinbarung muss mindestens drei Jahren gelten. Sicherung eines fairen Lohnsystems. Wir wollen keine zu hohen Kaderlöhne oder zu tiefen Löhne beim Personal.*
- *Supportleistungen und Dauer muss geregelt sein. Die heutigen Supportleistungen der Gemeinde Kriens müssen durch das zukünftige Unternehmen über eine zu bestimmende Zeit übernommen werden (analog Stadt Luzern).*
- *Für den politischen Prozess und die Meinungsbildung der Bevölkerung ist detailliert und transparent aufzuzeigen, was für Konsequenzen eine Verselbständigung für die Gemeinde strukturell und finanziell hat. Insbesondere die finanziellen Be- oder Entlastungen für die Gemeinde wegen den Verselbständigungskosten, den Umlagerungs- und Ausfinanzierungskosten sind auszuweisen. Auch wenn es wegen dem Wegfall von Umlagerungs-Dienstleistungen zu Personalentlassungen bei der Gemeinde kommt, ist dies darzulegen. Ebenso sind mögliche Konsequenzen aus einer Bürgschaftsgarantie der Gemeinde gegenüber der Heim AG zu bezeichnen.*
- *Der Gemeinderat soll mit der Planung des Zukunftsprojekts Grossfeld sofort beginnen.*
- *Im B+A zum Planungskredit sollen in einer 1. Etappe für das Neubauprojekt Grossfeld verschiedene Varianten eines Beschaffungs- und Neubaumodells aufgezeigt werden, wobei bei mindestens einer Variante die Komponente Zweckmässigkeit, Wirtschaftlichkeit und gutes Kosten-Nutzen Verhältnis als prioritäre Leitlinie gelten soll.*
- *Der Gemeinderat soll im Bericht und Antrag verschiedene Varianten aufzeigen, in welcher Form und Aufteilung die Verzinsung resp. Tilgung der Rest-PK-Schuld von rund 13.3 Mio. Franken und Jahreskosten von 0.65 Mio. Franken mit der geplanten Gesellschaft geregelt werden kann.*
- *Es ist in einem städtebaulichen Projektwettbewerb der Planungssperimeter über beide Grundstücksareale Grossfeld und Zunacher zu fassen, um durch die Planungsteams die betrieblich und städtebaulich beste Lösung erarbeiten zu können. Sollte sich zeigen, dass die Heim AG nicht alle Grundstückflächen für ihre langfristige Bedarfsabdeckung benötigt, sollen die verbleibenden Flächen bei der Gemeinde bleiben, entweder als Reserve für eigene oder öffentliche Zwecke oder für die Abgabe im Baurecht an anderweitige Bauträger.*
- *Im B+A Auslagerung Heime sollen folgende Punkte aufgezeigt werden:*
 - *Finanzielle Auswirkungen für die Gemeinde*
 - *Personelle Auswirkungen für die Gemeinde*
 - *Konsequenzen eines Verzichts einer Auslagerung*

Laut Räto Camenisch fliessen nun sämtliche Bemerkungen ein und es wurde auf eine Abstimmung verzichtet. Es wurde auch darüber diskutiert. Es muss nun jedoch noch folgende Bemerkung hinzugefügt werden: „Bei der Beurteilung der obigen Bemerkungen ist das Protokoll miteinzubeziehen“. Damit man versteht, wieso Bemerkungen überwiesen wurden, die sich zum Teil auch widersprechen.

Abstimmung Bemerkung Camenisch (Protokoll bei Beurteilung beizuziehen)
Mit 32:1 Stimmen wird die Bemerkung überwiesen.

Aakti, Brahim	ja
Berger, Rita	ja
Bienz, Bruno	ja
Bienz, Viktor	ja
Büchi, Cla	ja
Camenisch, Räto	ja
Ercolani, Enrico	ja
Erni, Roger	ja
Fässler, Peter	ja
Fluder, Hans	ja
Graber, Kathrin	ja
Graf, Alfons	ja
Heiz, Martin	ja
Hofstetter, Kevin	ja
Kaufmann-Wolf, Christine	ja
Kobi, Tomas	ja
Koch, Patrick	nein
Lammer, Thomas	ja
Manoharan, Yasikaran	ja
Mathis-Wicki, Judith	ja
Meyer, Pascal	ja
Nyfeler, Nicole	ja
Piras, Davide	ja
Schmid, Rolf	ja
Schwizer, Roland	ja
Spörri, Raphael	ja
Staub, Katja	ja
Takacs, Fabian	ja
Tschümperlin, Erich	ja
Trüb, Paul	ja
Urfer, Mario	ja
Wicki Roth, Verena	ja
Zosso, René	ja

7. Postulat Piras: Easyvote – Mehr Jugendliche an die Urne

Nr. 153/15

Peter Portmann stellt fest, dass der Gemeinderat bereit ist, den Vorstoss zu überweisen. Er fragt den Einwohnerrat, ob jemand opponiert.

Da nicht opponiert wird, gilt das Postulat als überwiesen.

8. Postulat Koch: Attraktive Gestaltung der Krienser Ortseingänge

Nr. 155/15

Das Postulat wurde mit E-Mail vom 19. Mai 2015 zurückgezogen.

9. Postulat B. Bienz: KMU-freundliche Wirtschaftspolitik in der Gemeinde Nr. 156/15

Laut Peter Portmann opponiert der Gemeinderat gegen die Überweisung dieses Postulates.

Bruno Bienz findet es schade, dass der Gemeinderat das Postulat nicht überweisen möchte. Für die Grüne/JG-Fraktion wäre gerade dieser Vorstoss eine Chance für eine Neuausrichtung der Krienser Wirtschaftspolitik. Wie schon im Postulat erwähnt, geht es nicht um „grosse Fische“. Die machen ihr weniger Sorgen. Für diese gibt es Gremien wie K5, die ihre Arbeit sicher gut machen. Die Grüne/JG-Fraktion ist klar der Meinung, dass es das Handlungsfeld Wirtschaftszentrum K5 braucht und wichtig ist. Der Gemeinderat ignoriert aber die Tatsache, dass es bei diesem Vorstoss nicht um diese grossen Fische geht, sondern um das kleine Gewerbe wie Restaurants und Läden. Der Sprechende geht davon aus, dass der Gemeinderat hier mit der Grüne/JG-Fraktion einig ist, dass die Sorgen und Nöte für die Grossen nicht identisch mit jenen der kleinen KMU's sind. Aber anscheinend ignoriert der Gemeinderat diese Probleme, denn er möchte ja laut seinen Aussagen keine Mikrowirtschaftsförderung machen. Hier braucht es ihrer Meinung nach aber auf kommunaler Ebene eine Bestandespflege. Es nützt nichts, wenn man im Zentrum keine Läden mehr hat und alle mit den Autos in die Peripherie oder sogar nach Luzern fahren müssen, um sich mit dem täglichen Bedarf einzudecken. In der Begründung erachtet der Gemeinderat die Stärkung des Kontakts mit dem Gewerbeverband als sehr wichtig. Da ist man sich einig. Leider ist es aber auch eine Tatsache, dass der Gewerbeverband in den letzten Jahren eher eine Schatten-Verkehrskommission ist. Das Problem liegt ihrer Meinung darin, dass der Gewerbeverband branchenbezogen zu stark verzettelt ist. Daher bräuchte es spezifische Lösungen. Diese Aussage ist nicht auf dem Mist des Sprechenden gewachsen, sondern kommt von verschiedenen Mitgliedern des Gewerbeverbandes und Gewerblern. Die Grüne/JG-Fraktion findet es schade, dass die meisten Protagonisten immer auf den überholten politischen Grundsätzen beharren und dabei keinen Schritt in die Zukunft machen. Interessanterweise will der Gemeinderat laut Begründung im zweiten Absatz zwar verschiedenes prüfen, aber anscheinend diese Erkenntnisse nicht kommunizieren. Nur so versteht Bruno Bienz die Ablehnung dieses Postulates. Interessant wäre zum Beispiel zu wissen, wie die mittel- und langfristige Strategie des Gemeinderates aussieht, um das Dorfzentrum als Standort für kleine Geschäfte attraktiver zu gestalten. Die Grüne/JG-Fraktion ist überzeugt, dass die Gemeinde für die Herausforderungen der Zukunft neue Wege der Zusammenarbeit mit den KMU's suchen muss, sodass es für beide Seiten eine Win-win-Situation ergibt. In diesem Sinne würde es die Grüne/JG-Fraktion natürlich freuen, wenn der Einwohnerrat dieses Postulat für das Gewerbe von Kriens überweisen würde.

Roland Schwizer, CVP/JCVP/GLP-Fraktion, führt aus, dass in der Beantwortung seiner Interpellation zur Förderung des Wirtschaftsstandortes Kriens der Gemeinderat klar aufzeigt, dass er im Moment die Wirtschaftsförderung an grössere Institutionen delegieren will wie K5, Gebietsmanager Süd, Wirtschaftsförderung des Kantons, etc. Als Gemeinderat seien ihm die Hände gebunden, da es bei der Ansiedlung von Firmen mehrheitlich um Liegenschaften und Liegenschaftspreise geht. Da der Gemeinderat weder steuerliche Abmachungen treffen kann, noch Einfluss auf die Grundstückspreise hat, seien andere Instanzen in diesem Bereich gefordert. Auch die Betreuung der bestehenden Firmen will er auf punktuelle Besuche und dem einmal jährlich stattfindenden Firmenfrühstück beruhen lassen. Der Leidensdruck des Gewerbevereins scheint auch nicht so hoch zu sein, wie in den Medien aufgezeigt wird. Auf die Interpellation des Sprechenden kam von Gewerbeseite her keine Reaktion. Auch scheint der Wille des Gewerbevereins nicht sehr gross zu sein, das Krienser Gewerbe intensiv zu fördern und zu unterstützen. Denn seines Wissens gibt es keine interne Arbeitsgruppe, die sich der Thematik der Abwanderung, Neuanwerbung oder Bestandespflege von Unternehmen anneh-

men würde. Roland Schwizer war Teil der letzten bestehenden gemeinderätlichen Wirtschaftskommission. Man hat während zwei Jahren Themen gesucht, die man bearbeiten hätte können. Bewirken konnte man nichts. Schlussendlich wurde die Kommission aufgelöst. Es macht keinen Sinn, in diesem Umfeld eine neue Wirtschaftskommission ins Leben zu rufen, wenn nicht ein klarer Auftrag mit Zielen und Kompetenzen definiert ist. Zumal aus Kostengründen eher die Reduktion von Kommissionen im Raum steht. Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion lehnt die Überweisung dieses Postulats ab.

Martin Heiz, SVP-Fraktion, ist das Wort im Hals stecken geblieben, als er diesen Vorstoss las. Die Wirtschaftsförderung wird von der Grüne/JG-Fraktion gefordert, die auch überall einen Knebel in den Weg legt. Sie will nur noch Veloparkplätze im Zentrum und keine Autoparkplätze mehr. Was hat man dann für Perspektiven, wenn man im Zentrum z.B. ein Fernsehgeschäft eröffnen möchte. Denkt die Grüne/JG-Fraktion, dass jeder mit dem Fahrrad kommt. Wenn man im Zentrum etwas mit Parkplätzen machen will, ist es genau die Grüne/JG-Fraktion, die reklamiert und sagt, dass dies nicht geht. Das funktioniert so nicht. Es müssen Rahmenbedingungen gesetzt werden und es muss ein Umfeld geben, wo diese Unternehmen existieren können. Auch wenn ein Restaurant keine Parkplätze hat, geht Martin Heiz nicht in dieses, sondern in das welches Parkplätze hat. Oder sieht man Frauen im langen Abendkleid und hohen Schuhen auf dem Velo? Deshalb ist die SVP-Fraktion ganz klar für die Ablehnung des Postulats.

Laut Thomas Lammer, FDP-Fraktion, ist die beste Form der Wirtschaftsförderung gute Rahmenbedingungen. Dies schreibt der Gemeinderat in seinem Antrag zur Ablehnung des Postulats. Namentlich werden aufgeführt: verlässliche Planungs- und Bewilligungsverfahren, bezahlbare Mieten für Gewerbe und Wohnungen der Mitarbeitenden, attraktiver Steuersatz für juristische Personen und funktionierende Verkehrsverbindungen. Zum letzten Punkt zählt der Sprechende auch eine genügende Anzahl Parkplätze. Den Staat hier anzurufen und eine neue Kommission zu schaffen ist nach Meinung der FDP-Fraktion nicht der richtige Weg. Die Einwohnerratsmitglieder haben es unter anderem hier im Parlament selber in den Händen bei vielen der obenerwähnten Punkte in den Entscheiden für die Arbeitgeber und Unternehmungen zu denken. Der Abbau der unnötigen Bürokratie und eine effiziente Verwaltung bringen die gewünschte Wirkung. Die FDP-Fraktion lehnt das Postulat ab.

Für die SP/JUSO-Fraktion ist gemäss Mario Urfer eine KMU freundliche Wirtschaftspolitik wichtig, wie auch die ansässigen Firmen. Mit dem Projekt Zukunft Kriens – Leben im Zentrum hofft der Gemeinderat, dass neue Firmen den Standort attraktiv finden. Die SP/JUSO-Fraktion nimmt aber auch z. B. die leeren Ladenlokale im Schappcenter oder beim Lindenplatz wahr. Was geschieht wenn das auch im neuen Zentrum Realität würde? Der Postulant bittet den Gemeinderat zu prüfen, ob eine Wirtschaftskommission sinnvoll ist. Dies könnte auch im Zusammenhang mit der Departementsreform geschehen. Das heisst ja nicht, dass morgen gleich eine Kommission eingesetzt werden müsste. Was unternimmt der Gewerbeverband zur Lösungsfindung und was kann er bewegen? Der Gemeinderat erachtet die Stärkung der Kontakte zum Gewerbeverband als wichtig. In einer Kommission könnten sich die Wirtschaftsfachleute mit Behördenmitgliedern austauschen. Deshalb unterstützt die Mehrheit der SP/JUSO-Fraktion das Postulat.

Bruno Bienz meint, dass eine Bedürfnisabklärung der betroffenen KMU's im Zentrum gemacht werden muss. Dann kann man dann über Parkplätze diskutieren. Der Pilatusmarkt hat sehr viele Parkplätze, aber er verliert ständig Kunden. Das liegt sicher nicht an den Parkplätzen.

Diese Denkmuster müssen über Bord geworfen werden und man soll weiter denken als nur bis zum Horizont.

Gemäss Matthias Senn ist der Gemeinderat der gleichen Meinung, was die Bestandespflege betrifft. Bei kleineren Firmen muss geschaut werden, dass diese überleben können. Der Gemeinderat hat durchaus eine Strategie, wie das Überleben gesichert werden soll. Das Zentrum Pilatus darf nun realisiert werden. Möglicherweise gab es keine Einsprache. Der Zentrumsplatz ist wichtig für die Aufenthaltsqualität. Auch ein wichtiger Punkt wird das Strassenprojekt K4 mit seiner Strassenraumgestaltung sein. Im Zentrum braucht es eine gewisse Anzahl von Parkplätzen. Wenn das Zentrum gar keine Parkplätze hat, hat das Gewerbe gewisse Schwierigkeiten zu überleben. Bei diesem Vorstoss geht es grundsätzlich um die Schaffung einer gemeinderätlichen Kommission. Roland Schwizer hat bereits erwähnt, dass bereits ein Versuch unternommen wurde. Diese Kommission wurde dann wieder aufgelöst. Es gab auch kritische Stimmen des Gewerbeverbandes, ob diese Kommission überhaupt einen Nutzen bringt. Im Moment sieht der Gemeinderat keinen klaren Auftrag für eine solche Kommission. Zurzeit ist man im Umbruch mit K5, wo es nicht nur um die grossen Fische geht. Auch im Rahmen der Departementsreform wird es einen Umbruch geben. Die Wirtschaftsförderung wird neu im Präsidialdepartement angesiedelt sein. Im Jahr 2016 kann ja ein neuer Vorstoss eingereicht werden. Vielleicht ist dann der zukünftige Gemeindepräsident bereit eine solche Kommission einzusetzen.

Abstimmung über die Überweisung des Postulats B. Bienz: KMU-freundliche Wirtschaftspolitik in der Gemeinde (Nr. 156/15):

Das Postulat wird mit 22:11 Stimmen nicht überwiesen.

Fässler, Peter	ja
Fluder, Hans	nein
Graber, Kathrin	nein
Graf, Alfons	nein
Heiz, Martin	nein
Hofstetter, Kevin	nein
Kaufmann-Wolf, Christine	nein
Kobi, Tomas	ja
Koch, Patrick	nein
Lammer, Thomas	nein
Manoharan, Yasikaran	ja
Mathis-Wicki, Judith	nein
Meyer, Pascal	nein
Nyfeler, Nicole	ja
Piras, Davide	nein
Schmid, Rolf	nein
Schwizer, Roland	nein
Spörri, Raphael	ja
Staub, Katja	nein
Takacs, Fabian	ja
Tschümperlin, Erich	ja
Trüb, Paul	nein
Urfer, Mario	ja
Wicki Roth, Verena	nein
Zosso, René	nein
Aakti, Brahim	ja
Berger, Rita	nein
Bienz, Bruno	ja
Bienz, Viktor	nein
Büchi, Cla	ja
Camenisch, Räto	nein

Ercolani, Enrico	nein
Erni, Roger	nein

10. Motion Fluder: Gute Manieren beim Plakatieren Nr. 159/15

Laut Peter Portmann opponiert der Gemeinderat gegen die Überweisung dieser Motion.

Gemäss Hans Fluder hat die Gemeinde Kriens ein Reglement geschaffen, welches vorschreibt, wo Plakate aufgestellt werden dürfen. Immer wieder gibt es Parteien, die an verbotenen Standorten ihre Ständer aufstellen. Seiner Ansicht nach gilt das Reglement für alle Parteien. Ausnahmen gibt es nur, wenn auf privaten Grundstücken plakatiert wird. Am Montag, 2. März 2015 und Dienstag, 3. März 2015 stellte die SVP ihre Wahlplakate an den vorgeschriebenen und bewilligten Orten im Dorf auf. In der Nacht vom 3. auf den 4. März 2015 stellten dann einige Chaoten ihre provokativen Plakate neben oder vor die FDP und die SVP Plakate. Totenköpfe und Sprengstoff waren auf diesen Plakaten abgebildet. Sie montierten diese Plakate so nahe, dass die Sicht auf die anderen Plakate eingeschränkt wurde und ihre Provokation in den Vordergrund rücken liess. Was für Menschen sind das bloss, welche solche Aktionen starten und Geld und Zeit investieren, um anderen Schaden zuzufügen? Mit Sprengstoff und Totenköpfen Kandidaten zu verunstalten muss wohl eine Handlung von Menschen mit sehr niedrigem Niveau sein. Aufgestellt wurde das Ganze in der Nacht, damit sie nicht gesehen und erkannt werden. Die Anschuldigung seitens der SP: „*Wie heisst es doch so schön. Wer ohne Schuld ist, der werfe den ersten Stein*“. Von dieser Aussage distanziert sich Hans Fluder und solche Anschuldigungen zu schreiben ist eine Frechheit. Für jeden Plakatverantwortlichen ist das ein Faustschlag mitten ins Gesicht, wenn die Plakate verunstaltet oder abgerissen werden. Viele Stunden müssen aufgewendet werden, bis die Plakate an den vorgesehenen Standorten stehen. Eine solche Aktion ist verwerflich und nicht entschuldbar. Bleibt zu hoffen, dass in Zukunft solche Taten ausbleiben und diejenigen, welche für diese unprofessionellen Plakate Geld investiert haben, zukünftig für die Gemeinde Kriens etwas Nützliches machen.

Raphael Spörri führt aus, dass die USK der Meinung ist, dass das Thema sehr aktuell ist, da in letzter Zeit viele Plakate gestellt, entfernt und umgekleistert werden mussten. Dies ist immer mit grosser Arbeit verbunden und nervig wenn Plakate verunstaltet, abgerissen oder umfunktioniert werden. Trotzdem ist die USK der Meinung, dass es kein neues Plakatreglement braucht. Dies aus folgenden Gründen:

- Ein neues Reglement würde eine Änderung im Bau- und Zonenreglement nach sich ziehen. Diese müsste in zwei Lesungen im Einwohnerrat behandelt werden. Hand aufs Herz, ist das Thema diesen Aufwand wert?
- Die Gemeinde Kriens besitzt bereits eine Weisung. Diese wird den Parteipräsidenten jeweils vor grossen Aktionen zugestellt.
- Eine Verschärfung der bestehenden Weisung braucht es nicht. Im Gegenteil ist die USK über die Grosszügigkeit der Gemeinde froh hie und da ein Auge zuzudrücken und nicht konsequent alle „falsch aufgestellten“ Plakate einzuziehen. Dies im Sinne eines lebendigen und originellen Wahl oder Abstimmungskampfes.

Der USK ist es aber wichtig, dass sie hier und jetzt die Möglichkeit wahr nimmt an alle Parteien in Erinnerung zu rufen, dass es in Kriens eine Weisung gibt, diese zu befolgen ist und man an Anstand und Vernunft appelliert diese Weisung zu leben. Der Sprechende ist sich bewusst, dass er sich in Unkenntnis der ganzen Weisung auch schon ein Fehlverhalten geleistet hat.

Dabei bittet er die Anwesenden und besonders den Motionär um Entschuldigung. Vielleicht ist es anhand der aktuellen Situation notwendig die bestehende Weisung zu überarbeiten und zu aktualisieren. Mit gesundem Menschenverstand und Manieren ist die USK der Meinung, dass es nicht nötig ist ein Plakat Reglement zu schaffen und ist für Ablehnung der Motion.

Roland Schwizer, CVP/JCVP/GLP-Fraktion, verweist auf das Sprichwort: „*Wer im Glashaus sitzt soll nicht mit Steinen werfen*“. Das wäre eine kurze Antwort auf die Motion Fluder. Denn wer kennt sie nicht, die diskussionswürdigen Messerstecher- oder schwarze-Schafe-Plakate der SVP? Ganz unzimperlich gehen sie mit ihren holzschnittartigen Parolen auf Stimmen- und Wählerfang. Und wehe jemand kommt ihnen zu nahe und setzt dieselben Werbeelemente ein, wie die SVP. Dann wird nach dem Staat gerufen, der alles reglementieren soll und so zu-rechtbiegt, dass es der SVP wieder genehm ist. Eigentlich ganz untypisch für die SVP, die möglichst wenig Staat will. Aber die Politik findet nicht im luftleeren Raum statt. Auch die poli-tisch anders Denkenden haben Ideen und Ideale, die sie dem potentiellen Wähler näher bringen wollen. Und Politik lebt von der Kreativität und Vielfalt der Parteien. Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion gibt dem Motionär Recht, wenn Plakate verunstaltet oder zerstört werden, ist das unschön und entspricht nicht den demokratischen Spielregeln. Dies kann von jeder Partei polizeilich verfolgt werden. Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion ist aber nicht der Meinung, dass da-für ein gemeindeeigenes Reglement erstellt werden muss. Soviel Bürokratie sollte auch der SVP zuwider sein, zumal die groben Leitlinien im Bau- und Zonenreglement sowie in der Re-klameverordnung der Gemeinde geregelt sind. Ein Tipp für die nächste Abstimmung oder Wahlen: Noch einen Zacken kreativer sein als die anderen und die Beachtung wird steigen. Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion lehnt die Überweisung der Motion ab.

Die FDP-Fraktion hatte gemäss Roger Erni auch keine Freude an dieser Plakatierung. Der Sprechende macht einen Querverlink zu den Fans des FC Luzern anlässlich des Fussball-spiels gegen Zürich. Wenn die gefragt werden, sagen sie auch, dass sie kreativ waren und probieren sich abzugrenzen. Bei den FCL-Chaoten geht es über in Gewalt und bei Plakatier-Chaoten geht es darum andere Plakate anzugreifen. Wenn die SVP ein Plakat mit schwarzen Schafen macht kann dies jeder lesen. Das grosse Problem ist, dass die Plakatverantwor-tlichen einen riesen Aufwand haben und nachher ein schwarzes oder umgestürztes Plakat vor sich sehen. Die ganze Arbeit war für nichts. Das geht so nicht. Die FDP-Fraktion wird jedoch diese Motion auch nicht annehmen. Es ist keine Lösung wenn nun in der Gemeinde ein Pla-katverantwortlicher eingesetzt wird. Der Sprechende hat schon mehrmals mit dem Fanver-antwortlichen des FCL gesprochen. Der Präsident oder die Spieler treten vor die Fans und versuchen diese zu ändern. Der Fanverantwortliche sagte, dass die Fans das Abbild der Ge-sellschaft sind. Das gilt jedoch nicht ganz für die Chaoten-Plakatierer. Wenn Plakate aufge-stellt werden, sollen die Plakate der anderen Parteien in Ruhe gelassen werden und nicht vor diese gestellt werden. Die FDP-Fraktion ist für einen lebendigen und engagierten Wahlkampf ohne Fouls und ohne rote Karten.

Dieser Vorstoss irritiert die SP/JUSO-Fraktion laut Peter Fässler. Nicht so sehr vom Inhalt, sondern von der einreichenden Partei. Da werden doch plötzlich noch mehr Vorschriften ge-fordert. Wird für noch mehr Staatseingriffe plädiert. Das sind doch eher neue Töne von einer Partei, die dem Staat normalerweise sehr kritisch bis ablehnend entgegensteht. Aber auch der Inhalt der Motion ist doch sehr eigenartig, besonders wenn er von einer Partei kommt, die beim Plakatieren, speziell schweizweit, keine Scham kennt, wenn es um ihre Anliegen geht. Plakate, die nach Meinung des Sprechenden weit über Beleidigungen gehen. Wie sollte denn das geforderte Plakatierungsreglement aussehen? Sollte da Heimatschutz für eine kleine, hilflose, verschupfte Partei festgelegt werden? Sollte der Grundsatz, wer austeilt muss auch einstecken können, ausgehebelt werden? Oder wird gar eine Zensurbehörde gefordert, die

alle Plakate auf ihren Wahrheitsgehalt begutachtet? Ja, das würde dann den Stil der Plakate schon ändern, speziell jene der angesprochenen Partei. Für Peter Fässler, der auch gewissen linken Kreisen angehört, wie der Originalton in der Motion verlauten lässt, gleicht das Ganze einem Sturm im Wasserglas. Schüttet man es aus, lehnt man die Motion ab und geht weiter in der Politik, die ab und zu schon seltsame Blüten hervorbringt, schöne und auch andere. Das gilt natürlich nicht, wenn Plakate bewusst geschändet und abgerissen werden. Das ist für alle Parteien sehr mühsam. Die Mitglieder der SP/JUSO-Fraktion plakatieren auch in der Nacht, weil sie am Tag arbeiten muss und deshalb auch am Tag keine Zeit dafür haben.

Fabian Takacs, Grüne/JG-Fraktion, versteht, dass die Plakat-Aktion der angeblich chaotischen Jung-Partei, der er selber angehört, provokativ gewesen ist und nicht allen Personen gleichermaßen gefallen hat. Die Plakat-Kampagne der Jungen Grünen hat versucht den sonst flauen Schönwetterwahlkampf im Vorfeld der Kantonsratswahlen ein wenig humorvoll und kreativ zu bereichern. Er wehrt sich jedoch gegen die Anschuldigungen der Demolierung oder den Vergleich mit den FCL-Fans. Die Plakat-Aktion war aber nicht illegal. Die insgesamt sechs Plakate sind an offiziellen Standorten und mit einer Ausnahme auch mit genügend Abstand zu anderen Plakaten aufgestellt worden. Die Junge Grüne Partei ist selber oft konfrontiert mit Vandalismus. Da teilt die Grüne/JG-Fraktion die Meinung von Hans Fluder. Plakate dürfen nicht von anderen angetastet werden. Der Sprechende ist erfreut in einer Gemeinde zu politisieren, die bis jetzt eine offene und lebendige Politikkultur kennt. Sich in einer Gemeinde zu engagieren, die Luzern weit wahrscheinlich den liberalsten und politikfreundlichsten Umgang mit Wahl- und Abstimmungswerbung kennt, macht Freude. Bei Wahlen und Abstimmungen geben sich die Parteien von grün bis rechts alle Mühe mit mehr oder weniger kreativer Politwerbung aufzufallen. Von dem lebt die schützenswerte Demokratie. Dass jetzt ausgerechnet die sonst immer gegen Regulierungs- und Reglementwahn schimpfende SVP ein Plakatierungsreglement ins Leben rufen möchte, ist äusserst merkwürdig. Ein Vergleich mit umliegenden Gemeinden zeigt rasch auf, wie es eben auch schlechter gehen könnte. In gewissen Gemeinden braucht es ein von handgeschriebenes schriftlich eingereichtes Formular, in anderen Gemeinden muss man sogar eine Ortspartei gründen, damit man Plakatstellberechtigt ist. Dafür braucht es Arbeitsstunden auf der Verwaltung und in den Parteien. Beides kann man sich sparen. Der Motionär verlangt ein Reglement. Denkt man sich das einmal zu Ende. Die Folge wird sein, dass es ein Gremium braucht, welches entscheidet, welches Plakat erlaubt und welches nicht erlaubt sein sollte, respektive genügend Manieren mitbringt. Fabian Takacs nimmt es jetzt schon wunder, ob die Plakate mit den folgenden Titeln als adäquat und mit genügend Manieren ausgestattet, erachtet werden:

- „Das wollen die Linken“ worauf die Linken als Ratten dargestellt sind
- Das Schäfli-Plakat mit dem schwarzen kriminellen Schaf
- Das Plakat der FDP Kriens „Schauen Sie zweimal links, von dort kommt die Gefahr“

Die Grüne/JG-Fraktion stellt sich hier die Frage, wo da die Manieren beim Plakatieren gewesen sind. Es zeigt sich, dass „anständiges Plakatieren“ ziemlich relativ ist. Würden die Grünen jedes Mal aufjucken und eine Motion einreichen, wenn ein ausländerdiffamierendes, rassistisches oder gegen links gerichtetes Plakat der SVP in Kriens aufgestellt werden würde, würden die Grüne/JG-Fraktion im Nu Vorstossrekordhalterin werden. Bleibt man realistisch und überfordert die Verwaltung nicht noch mehr mit Reglementen. Es liegt keine Not vor ein Reglement zu erstellen. Falls nächstes Mal ein Plakat der Jungen Grünen zu nahe neben einem Plakat der SVP steht, würde ein Telefonat an die Adresse des Sprechenden reichen und das Problem kann bilateral gelöst werden. Den Inhalt der Plakate bestimmen sie jedoch immer noch gerne selber. So kann man den Arbeitsaufwand auf der Gemeinde minimieren und dadurch lösen sich die Steuergelder nicht einfach in Luft auf. Aus diesen Gründen lehnt die Grüne/JG-Fraktion den Vorstoss ebenfalls ab.

Laut Alfons Graf geht es nicht unbedingt darum was auf diesen Plakaten steht. Das ist jeder Partei freigestellt. Seit 25 Jahren ist der Sprechende geschäftlich in der ganzen Deutschschweiz und im Tessin unterwegs und er kann eines sagen. Eine solche chaotische Plakatierung sieht man nirgends wie in Kriens. Hier herrscht diesbezüglich keine Ordnung. Das ist zigeunerhaft und kommt bei grossen Teilen der Bevölkerung schlecht an. Da sind Plakate auf billigen Holzstecken montiert, welche beim erst besten Pilatus-Föhn am anderen Tag auf dem Boden liegen. Ein gutes Vorbild richtiger Plakatierung sind diese im Kupferhammer. Das sind fixe Plakatständer welche eine geordnete Sache darstellen. Kann die Gemeinde nicht überall solche fixen Ständer aufstellen? Es wäre für das Ortsbild positiv, wenn diese Plakatierung reglementarisch auf den neusten Stand gebracht würde.

Hans Fluder wurde falsch verstanden. Die Plakatiervorschriften gibt es bereits. Sie muss nicht neu gemacht werden. Man muss sich nur daran halten.

Räto Camenisch macht es traurig, dass Gewisse darüber sprechen was auf den Plakaten ist anstelle der Misshandlung der Plakate. Wenn derjenige der den Plakatkrieg eröffnet hat darum bittet ihm ein Telefonat zu geben, damit dies beendet werden kann, versteht er das einfach nicht. Plakate beeinträchtigen oder zerstören ist illegal. Die SVP hat zum Teil schon Kameras aufgestellt, Leute überführt und verurteilt. Dies passierte jedoch nicht in Kriens aber im Kanton Luzern. Was die SVP auf ihre Plakate druckt ist ihr Problem. Was die anderen auf ihre Plakate drucken ist nicht das Problem der anderen. Das ist der Grundsatz in der Politik. Ob diese Plakate anständig sind oder nicht beurteilen die Bürger oder die Presse. Man soll mit dem Plakatkrieg aufhören, denn das bringt nur Unruhe. Wenn die Junge Grüne Partei Krieg möchte, muss die SVP halt auch Krieg machen. Wenn der Rat so spricht, ermuntert es die Leute das nächste Mal an den Plakaten Missbrauch zu betreiben, weil ein völlig falsches Signal ausgesendet wird.

Erich Tschümperlin war von dieser Aktion nicht informiert. Man spricht nun von sechs Plakaten. Es wurde kein Plakat der SVP geschändet. Räto Camenisch hat es richtig gesagt, dass das was auf den Plakaten steht die Sache derjenigen Partei ist, die es aufgestellt hat. Die Junge Grüne Partei hat sechs Plakate neben die Plakate der SVP gestellt. Von Plakatkrieg zu sprechen ist etwas überreagiert. Es war eine kreative Aktion, welche kein Plakat der SVP angeht oder zerstört hat. Dies würde er auch nicht goutieren. Bei einem Plakat war anscheinend die Sicht etwas eingeschränkt, wofür sich Fabian Takacs entschuldigt hat. Man soll auf dem Boden bleiben. Es war eine Aktion einer jungen Partei. Mit Chaotentum, welches Sachschaden in hunderttausenden von Franken verursacht, hat dies nichts zu tun. Das ist ein sehr schlechter Vergleich. Man muss hier wieder die Relationen sehen. Es war eine einmalige Aktion und die Aufmerksamkeit war gesichert.

Peter Fässler findet, dass Alfons Graf eine gute Idee gebracht hat, dass die Gemeinde die Plakate aufstellen soll. In Italien finden offenbar bald Wahlen statt. Auf allen Plätzen sind Stellwände aufgestellt, wo die Parteien ihre Plakate aufkleben können. Der Sprechende findet dies super. Deshalb erwartet er nun von Alfons Graf, dass er bei der Budgetdebatte ein solcher Vorschlag von ihm kommt. So können die Parteien Geld sparen und das Problem besteht nicht mehr.

Räto Camenisch stellt fest, dass sich die Täter zu Schiedsrichter gemacht haben. Die Sache wurde nun beurteilt.

Gemäss Cyрил Wiget ist der Gemeinderat damit einig, dass gewaltverherrlichende und persönlichkeitsverletzende oder das Zerstören von Plakaten nicht geduldet werden. Dazu gibt es auch die entsprechenden Rechtsgrundlagen. Der Gemeinderat möchte nicht einen neuen Job fassen und die Plakate selber aufstellen. Kriens kann stolz sein, dass man in den letzten Jahren eine intensive und gute Kultur hatte, indem man sich gegenseitig im Grundsatz leben liess. Der Gemeinderat sieht es eher, dass der eine oder andere Standort mehr zur Verfügung gestellt wird, damit die Plakatierung weniger dicht ist. Von einer Eskalation im klassischen Sinne kann nicht gesprochen werden. Die grossen Stühle, welche die JCVP vor einigen Jahren aufgestellt haben, fielen viel mehr auf. Heutzutage sind die Plakate sehr einheitlich. Auch der Anstand ist nicht eskaliert. Die Plakatierung wurde nicht böser oder schlimmer. Insofern hat der Gemeinderat die Auffassung, dass man mit der heutigen Situation eigentlich leben kann. Man soll auch stolz sein, dass Kriens eine liberale Gemeinde ist, die nicht gleich jegliche Freiheiten im Keim erstickt. Ein Reglement braucht es nicht, weil die Grundlagen bereits vorliegen. Bei der Anwendung kann man sich selbstkritisch bemühen. Es ist für die Gemeinde ein Aufwand den Plakatstellen nachzugehen. Wenn man sich jedoch auf der Gemeinde meldet, dass ein Plakat am falschen Ort steht oder die Sicht behindert, können diese eingezogen werden. Der Gemeinderat möchte keine Ethikkommission, die darüber wachen soll was anständig ist und was nicht. Der Status Quo soll beibehalten werden. Jedoch kann eine Verbesserung erfolgen. Es muss überprüft werden, ob die Standards eingehalten und noch weitere Standorte angeboten werden können.

Abstimmung über die Überweisung des Motion Fluder: Gute Manieren beim Plakatieren (Nr. 159/15):

Das Postulat wird mit 26:6 Stimmen bei einer Enthaltung nicht überwiesen.

Aakti, Brahim	nein
Berger, Rita	nein
Bienz, Bruno	nein
Bienz, Viktor	nein
Büchi, Cla	nein
Camenisch, Räto	ja
Ercolani, Enrico	nein
Erni, Roger	nein
Fässler, Peter	nein
Fluder, Hans	ja
Graber, Kathrin	nein
Graf, Alfons	ja
Heiz, Martin	ja
Hofstetter, Kevin	nein
Kaufmann-Wolf, Christine	nein
Kobi, Tomas	nein
Koch, Patrick	ja
Lammer, Thomas	nein
Manoharan, Yasikaran	nein
Mathis-Wicki, Judith	nein
Meyer, Pascal	nein
Nyfeler, Nicole	nein
Piras, Davide	nein
Schmid, Rolf	nein
Schwizer, Roland	nein
Spörri, Raphael	nein
Staub, Katja	Enthaltung
Takacs, Fabian	nein
Tschümperlin, Erich	nein
Trüb, Paul	ja
Urfer, Mario	nein
Wicki Roth, Verena	nein
Zosso, René	nein

11. Postulat Graf: Transparenz bei Einbürgerungsgesuchen

Nr. 162/15

Laut Peter Portmann opponiert der Gemeinderat gegen die Überweisung dieses Postulates.

Alfons Graf dankt dem Gemeinderat für die Beantwortung des Postulats. Das Postulat wurde jedoch nicht so richtig verstanden. Es wurde nicht eingereicht wegen den massiv zunehmenden Einbürgerungen, sondern um Transparenz bei den Einbürgerungskandidaten zu schaffen. Krienser Stimmbürgerinnen und Stimmbürger haben bei Einbürgerungen bekanntlich nichts zu entscheiden. Dies ist Sache von der BRK. Das wissen alle hier im Saal und deswegen ist die ausführliche Beantwortung dieses Postulat über Einbürgerungskriterien überflüssig. Wie viele und ob die Zahl der Einbürgerungen zugenommen hat spielt in diesem Postulat eine untergeordnete Rolle. Krienser Stimmbürgerinnen und Stimmbürger können aber bei Verdachtsfällen und Unregelmässigkeiten von Einbürgerungswilligen unter Umständen entscheidende Hinweise und Feststellungen der BRK melden. Das können Informationen sein, die matchentscheidend über eine allfällige Einbürgerung eines Kandidaten sein können. Das kann aber nur geschehen, wenn die Gesuche von Einbürgerungswilligen transparent gestaltet werden. Das heisst, dass im KriensInfo nicht nur Name und Vorname veröffentlicht werden, sondern auch die genau Wohnadresse und die Aufenthaltsdauer in Kriens. Krienser Bürger sind auf den Sprechenden zugekommen und fragten ihn warum dies im KriensInfo nicht der Fall ist. Sobald sie dann eingebürgert sind, geht es dann plötzlich nebst Name und Vorname auch die Wohnadresse zu veröffentlichen. Das zeigt doch, dass Datenschutz eine fadenscheinige Ausrede ist. Vor der Einbürgerung einer Person wird keine Wohnadresse transparent gemacht, denn es könnte ja sein, dass etwas Negatives von Quartierbewohnern die den Einbürgerungskandidaten kennen ans Tageslicht kommen kann. Alfons Graf fordert, dass beim Einbürgerungsgesuch der Name und Vorname wie bis anhin und die Wohnadresse und Nationalität plus Aufenthaltsdauer in der Gemeinde im KriensInfo veröffentlicht werden. Nicht mehr und nicht weniger. Er bittet dieses Postulat zu überweisen.

Roland Schwizer, Präsident BRK, stellt fest, dass der Postulant mit seiner Eingabe eine grössere Transparenz bei den Einbürgerungen fordert. Im KriensInfo sollen Name, Vorname, Jahrgang, Wohnadresse, Nationalität sowie die Aufenthaltsdauer in Kriens publiziert werden. Die BRK hat dieses Postulat eingehend diskutiert. Die Publikation der Einbürgerungskandidaten erfolgt zwei Mal. Bei der Einreichung des Dossiers werden Vorname, Name und Staatsangehörigkeit aufgeführt. Beim 2. Mal erfolgt die Publikation nach der Einbürgerung mit Vorname, Name und Adresse. Mit einer umfassenderen Adress-Angabe bei der ersten Publikation will der Postulant eine bessere Identifikationsmöglichkeit des Antragsstellenden schaffen und damit auch die Möglichkeit von Einsprachen verbessern. Gemäss Angaben der Verwaltung sind in der Vergangenheit noch keine Einsprachen oder Hinweise aus der Bevölkerung eingegangen bezüglich kritischer Dossiers. Diese Hinweise werden ja nur von Personen eingereicht, welche die Antragsstellenden kennen. Die heutige Publikations-Praxis ist ein Kompromiss aus früherer Zeit, als die Veröffentlichung der Antragsteller im KriensInfo gestartet wurde. In der Zwischenzeit haben sich der Datenschutz und die technischen Möglichkeiten weiterentwickelt. Die BRK lehnt die Überweisung des Postulates mehrheitlich ab. Sie ist jedoch bereit, die Publikations-Praxis der Daten von Antragstellern in Zusammenarbeit mit der Verwaltung und des kantonalen Datenschutzbeauftragten zu überprüfen.

Laut Roland Schwizer, CVP/JCVP/GLP-Fraktion ist dieses Postulat in die Reihe der übrigen Eingaben zum Thema Bürgerrechtspflege einzuordnen und zeigt auf, dass die SVP dieses Thema für ihre Wählerschaft schön verwaltet und nicht Lösungen für anstehende Probleme

bringt. Es stimmt nicht, dass der einzelne Bürger zu den Einbürgerungen nichts zu sagen hat. Jeder und jede Krienser Bürger und Bürgerin hat das Recht, sich zu den publizierten Antragstellern zu äussern. Die BRK ist sogar froh, wenn unbekannte Vorkommnisse rund um ein Einbürgerungsdossier gemeldet werden. Der Postulant weiss auch, dass nur Antragssteller publiziert werden, welche die Anforderungen erfüllen wie zum Beispiel genügend langem Wohnsitz in Kriens, keine Steuerschulden etc. Wenn der Postulant das KriensInfo genau lesen würde, könnte er feststellen, dass Name, Vorname und Nationalität des Kandidaten bereits veröffentlicht werden. Aufenthaltsdauer in der Gemeinde Kriens und Jahrgang sind von keinem Interesse, da sie keinen Einfluss auf die Einbürgerung haben. Die geforderte Transparenz bei Einbürgerungen ist immer gegeben. Auch der Hinweis auf die massiv gewachsene Anzahl von Einbürgerungen widerlegt die Statistik. Im 2012 waren es noch 139 Personen, die eingebürgert wurden, im 2013 noch 108 und 2014 gerade noch 62. Womit man wieder beim Anfang dies Berichts ist, dass von der SVP in regelmässigen Abständen etwas über die Einbürgerungspraxis vermeldet werden muss, damit ihre Wähler befriedigt sind. Also Parteipolitik auf dem Rücken von Ausländern. Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion lehnt die Überweisung des Postulats ab.

Aus Sicht der FDP-Fraktion spricht gemäss Rita Berger-Hug nichts dagegen nebst dem Namen auch die weiteren Daten Adresse, Nationalität, Jahrgang und Aufenthaltsdauer in der Gemeinde zu publizieren. Oft können Referenzpersonen nicht erreicht werden. Mit der Veröffentlichung der weiteren Daten ist klar ersichtlich, um wen es sich handelt. Alle Krienserinnen und Krienser hätten so die Möglichkeit Stellung zu nehmen. Der Gemeinderat schreibt in seiner Begründung ein Kriterium für die Einbürgerung sei, einen guten Ruf in der Gemeinde zu geniessen. Das ist nur schwer zu überprüfen, da die Einbürgerungswilligen bestimmt keine Referenzen angeben, welche negativ berichten würden. Der FDP-Fraktion ist es wichtig, alle möglichen Ressourcen auszuschöpfen, um die Gesuche fair und unter verschiedenen Gesichtspunkten prüfen zu können. Aus diesem Grund wird die FDP-Fraktion das Postulat überweisen.

Die SP/JUSO-Fraktion schliesst sich laut Brahim Aakti vollumfänglich der Meinung des Gemeinderates an und ist klar für Ablehnung des Postulats. Die bisherige Informations-Praxis sieht vor, dass vor der Einbürgerung Name, Vorname und Staatsangehörigkeit publiziert werden. Nach der Einbürgerung wird zusätzlich noch die Adresse veröffentlicht. Die Wohnadresse wird veröffentlicht, weil die Leute vielfach gratulieren möchten. Der Postulant wünscht zusätzlich noch den Jahrgang und die Aufenthaltsdauer in der Gemeinde. Den Jahrgang hat Alfons Graf in seinem Votum jedoch nicht mehr erwähnt. Der SP/JUSO-Fraktion ist schleierhaft wofür diese Informationen dienen sollen. Schliesslich sind doch die bisher publizierten Informationen ausreichend für die Identifikation dieser Personen. Als Nebenbemerkung möchte der Sprechende mitteilen, dass mehr Brahim Aakti's als Hans Müller eingebürgert werden. Der Name ist in der Regel eindeutig genug, um jemanden zu identifizieren. Der Postulant weiss selber sehr gut, wie häufig sich die Bevölkerung an die BRK gewandt hat, um etwas los zu werden, wenn es um Verdachtsfälle geht. Als Begründung für das Postulat führt Alfons Graf aus, dass die Anzahl der Einbürgerungen in Kriens massiv zugenommen hat. Da stellt sich die Frage, ob dies so ist. Roland Schwizer hat dies vorhin deutlich verneint. Und wenn dem so wäre, ist das negativ? Und überhaupt, was hat das mit dem Begehren des Postulanten zu tun?

Die Grüne/JG-Fraktion findet es gemäss Tomas Kobi wichtig, dass Ausländer und Ausländerinnen eingebürgert werden sollen, wenn sie die Kriterien erfüllen, welche im Bürgerrechtsgesetz festgeschrieben sind. Der Gemeinderat hat diese in seiner Begründung explizit aufgeführt. Zudem hatten alle Mitgliedern des Einwohnerrates die Richtlinien zur Einbürgerung aus-

ländischer Staatsangehöriger erhalten. Der Sprechende nimmt an, dass der Postulant ebenfalls Kenntnis dieser Richtlinien hat. Der Postulant will Transparenz und verweist auf den Kanton Zürich in dem er den § 17 heranzieht und ihn als eine bürgerfreundliche Regelung sieht. Nur dort steht nicht viel anderes als es der Kanton Luzern auch kennt, nämlich folgendes: „Jede Einbürgerung wird im amtlichen Publikationsorgan der Gemeinde veröffentlicht.“ Im Bürgerrechtsgesetz des Kantons Luzern steht im § 17 folgendes: „Die Gemeinde macht die Namen der Personen bekannt, denen das Gemeindebürgerrecht erteilt oder zugesichert worden ist.“ Und dies tut die Gemeinde Kriens in fast jeder Ausgabe vom KriensInfo, wenn neue Krienser Bürgerinnen und Bürger willkommen geheissen werden. Die Gemeinde Kriens macht mehr als im § 17 steht. Nach der formellen Beurteilung veröffentlicht sie sogar die Einbürgerungsgesuche. Was will der Postulant eigentlich noch? Zu welchem Zweck muss man das Alter oder die Adresse kennen? Jede Bürgerin bzw. jeder Bürger kann sich via local.ch oder über das aktuelle Telefonbuch informieren, wo die betroffene Person wohnt. Im Weiteren fordert der Postulant, dass die Nationalität bekannt gegeben wird. Also wenn der Postulant das KriensInfo richtig lesen würde, dann müsste ihm die Nationalität aufgefallen sein. Die wird klar publiziert. In der neusten Ausgabe vom Juni 2015 ist dies auf der Seite 17 ersichtlich. Und dann will der Postulant die Aufenthaltsdauer in der Gemeinde Kriens wissen. Als Mitglied der BRK sollte der Postulant eigentlich wissen, wie lange ein Gesuchsteller oder eine Gesuchstellerin in der Gemeinde wohnhaft sein muss bis er oder sie ein Einbürgerungsgesuch stellen darf. Es ist nicht nachvollziehbar, weshalb der Postulant, der wohlgerne Mitglied der BRK ist, ein so völlig unnötiges Postulat einreicht. Für die Grüne/JG-Fraktion ist das Postulat absurd und sie stellt sich da durchaus die Frage was das Ganze soll. Sie sieht deshalb überhaupt keinen Handlungsbedarf in dieser Angelegenheit und lehnt die Überweisung des Postulats klar ab.

Roland Schwizer erwähnt, dass Rita Berger-Hug ja Einsitz in der BRK hat. Dann sollte sie wissen, dass die Dossiers gar nicht bearbeitet werden, wenn nicht mindestens drei Referenzen vorhanden sind. Wenn sie nun sagt, dass es schwierig ist Referenzen einzuholen und man dann auf die Öffentlichkeit warten muss, stimmt dies schlicht und einfach nicht.

Alfons Graf meint, dass Tomas Kobi gesprochen hat wie jemand von der Heilsarmee. Es haben noch lange nicht alle Internet. Was spricht dagegen, dass man nebst dem Namen und Vornamen auch noch die Adresse ergänzt. Will man etwas verheimlichen? Er sieht dies nicht ein.

Tomas Kobi hat aber auch gesagt, dass jeder ein Telefonbuch hat. Er nimmt an, dass man auch eine Adresse aus dem Telefonbuch ausfindig machen kann.

Für Enrico Erolani gibt es einen Grund dem Postulat zuzustimmen. Es betrifft den heutigen Datenschutz, welcher leider in vielen Fällen ein Verbrecherschutz ist. Heutzutage kommt man nicht mehr an alle Daten heran. Er denkt, dass viele Personen dank Datenschutz allenfalls eingebürgert werden oder zu sonstigen Sachen kommen, wozu sie gar nicht kommen dürfen. Der Datenschutz ist unheimlich.

Rita Berger-Hug ist sich bewusst, dass immer drei Referenzen vorliegen müssen. Sie hat erwähnt, dass niemand der Einbürgerungswilligen Referenzen angibt, die schlecht berichten würden.

Laut Räto Camenisch sind die Referenzen nur die Hälfte wert, weil nur Leute genannt werden, die wohlwollend Auskunft geben. Im KriensInfo steht nur der Name und die Nationalität wie z.B. Gerhard Müller aus Deutschland. Vielleicht gibt es dann in der Gemeinde drei Gerhard Müller. Woher weiss man dann, welcher gemeint ist? So transparent ist dies nicht. Nachdem sie eingebürgert wurden, erscheint auch die Adresse im KriensInfo. Dann hat man genau 30 Tage Zeit Einsprache zu erheben. Jedoch weiss niemand etwas von dieser Frist. Es ist Tatsache, dass dieses Recht praktisch nie benutzt wird. Wahrscheinlich ist dies auch eine akademische Diskussion, die nun geführt wird. Es ist gut, dass die BRK mit den kantonalen Instanzen prüft, was möglich ist. Der Datenschutz ist halt nun einfach da. Daran lässt sich nichts ändern. Es hat aber nicht geschadet, dass man darüber gesprochen hat.

Brahim Aakti ist von Enrico Ercolani enttäuscht. Es geht hier um einbürgerungswillige Mitbürgerinnen und Mitbürger. Hier einfach von Verbrecherschutz zu sprechen ist unnötig. Wenn es drei Gerhard Müller gibt, kann man auf die Gemeindeverwaltung anrufen und nachfragen. Für dies reicht der Name.

Gemäss Erich Tschümperlin wird es etwas absurd, wenn man bei der Gemeinde melden möchte, was Gerhard Müller für ein schlechter Typ ist und diese Person aber selber nicht weiss wo dieser wohnt und wer Gerhard Müller überhaupt ist. Es kann nicht sein, dass man Gerhard Müller überprüfen möchte, indem man ihn beobachtet. Es geht um Leute die man kennt und etwas unrechtmässig ist. Wenn man eine Person kennt, weiss man auch wo diese Person wohnt.

Laut Paul Winiker empfehlen die BRK und der Gemeinderat die Ablehnung des Postulats, weil die Forderung nicht nachvollzogen werden kann. Roland Schwizer hat das Angebot gemacht, dass die Publikation zusammen mit der Verwaltung und dem Datenschützer überprüft wird.

Abstimmung über die Überweisung des Postulats Graf: Transparenz bei Einbürgerungsgesuchen (Nr. 162/15):

Das Postulat wird mit 20:11 Stimmen bei einer Enthaltung nicht überwiesen.

Aakti, Brahim	nein
Berger, Rita	ja
Bienz, Bruno	nein
Büchi, Cla	nein
Camenisch, Räto	ja
Ercolani, Enrico	ja
Erni, Roger	ja
Fässler, Peter	nein
Fluder, Hans	ja
Graber, Kathrin	nein
Graf, Alfons	ja
Heiz, Martin	ja
Hofstetter, Kevin	ja
Kaufmann-Wolf, Christine	nein
Kobi, Tomas	nein
Koch, Patrick	ja
Lammer, Thomas	Enthaltung
Manoharan, Yasikaran	nein
Mathis-Wicki, Judith	nein
Meyer, Pascal	nein
Nyfeler, Nicole	nein

Piras, Davide	nein
Schmid, Rolf	nein
Schwizer, Roland	nein
Spörri, Raphael	nein
Staub, Katja	ja
Takacs, Fabian	nein
Tschümperlin, Erich	nein
Trüb, Paul	ja
Urfer, Mario	nein
Wicki Roth, Verena	nein
Zosso, René	nein

12. Beantwortung Interpellation Graf: Transparenz über die Entschädigung der Gemeinderäte Nr. 158/15

Die schriftliche Antwort wurde via Extranet zugestellt.

Peter Portmann fragt den Interpellanten, ob er mit der Antwort zufrieden ist oder die Diskussion wünscht.

Alfons Graf wünscht eine Diskussion.

Peter Portmann stellt fest, dass dem nicht opponiert wird.

Alfons Graf dankt dem Gemeinderat für die Beantwortung und die gezeigte Transparenz über die Gehälter. Vor nicht langer Zeit waren die Löhne ein absolutes Tabu. In der heutigen Zeit werden diese offen gelegt und so ist es völlig legitim, dass auch über die Löhne der Gemeinderäte diskutiert wird. Erst recht jetzt nach dem der Stadtrat seine Löhne nach der Abstimmung vom 8. März 2015 auf Fr. 200'000.00 senken muss. Der Gemeinderat von Kriens hat einen stolzen Lohn. Dieser ist im Vergleich nach der Anpassung der Stadtratslöhne auf einem oberen Level. Im Vergleich hat die Stadt Luzern dreimal mehr Einwohner als Kriens. Die Interpellation soll und muss bewirken, dass der Gemeinderat nun über die Bücher sollte und seine Löhne dementsprechend anpasst. Ein Zitat lautet: „*Ein Gemeinderat muss in erster Linie dem Volke dienen und nicht zu viel vom Volk verdienen.*“ Wird der Gemeinderat seine Löhne nicht derjenigen der Stadtratslöhne anpassen, kann es durchaus sein, dass er vom Volk den Auftrag erhält. Weiter möchte der Sprechende jetzt dazu nicht ausholen. Magistratenlöhne kommen in der Schweiz zunehmend unter Druck. Beispiele dazu sieht man in Biel, Zürich, Winterthur, Basel, Chur etc. Für eine Gemeinde von der Grösse von Kriens sind Bruttolöhne von Fr. 200'000.00 an der obersten Grenze und darum ist die Honorierung der Gemeinderäte zu überdenken. Das Argument, dass man sonst keine geeigneten Leute für dieses Amt des Gemeinderates findet, lässt Alfons Graf nicht gelten. In einigen Städten des Kantons Zürich finden sich trotz Kürzungen gute und fähige Leute für dieses Amt.

Christine Kaufmann-Wolf, CVP/JCVP/GLP-Fraktion, fragt, was man dazu sagen würde, wenn der Vorgesetzte mit der Mitteilung kommt, dass der Lohn gekürzt wird. Dies nur weil die Konkurrenz die Löhne kürzt. Man würde sicherlich nachfragen wieso. Man hat sich nichts zu Schulden kommen lassen, die beruflichen Aufgaben sind immer noch die gleichen oder werden in Zukunft sogar noch zunehmen. Das Anforderungsprofil erfüllt man und es gibt weder eine konjunkturelle Schwankung noch ein Währungsproblem mit dem starken Franken. Die

Sprechende denkt, man würde dies nicht einfach so akzeptieren. Mit der Interpellation wollte der Interpellant die genauen Lohnangaben der Gemeinderäte in Kriens. In der Jahres-Rechnung sind diese jeweils aufgeführt. Ja, das Salär für die Gemeinderäte ist ein gutes Salär. Die meisten Einwohnerratsmitglieder haben kein solches Salär. Die Vergleiche mit anderen Nachbars-Gemeinden wie Emmen und Horw zeigen aber auch, dass das Salär weder zu hoch noch zu tief ist, sondern entsprechen den Anforderungen des Amtes. Die Interpellation weckt den Anschein, dass die SVP ebenfalls wie in der Stadt Luzern, die Saläre der Gemeinderäte kürzen möchte. Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion fragt sich wieso. Lohnanpassungen nach oben wie auch nach unten werden vorgenommen, wenn sich grundlegende Veränderungen der Arbeitsstelle oder der Arbeitssituation ergeben. In Kriens hat man weder eine grosse einschneidende Veränderung bei den Aufgaben, noch hat man mit einem konjunkturbedingten erschwerten wirtschaftlichen Umfeld zu tun wie z.B. in der Gastro- oder der Exportbranche. Generell muss berücksichtigt werden, dass kein Gemeinderat über ein 100 % Pensum verfügt. Alle Krienser Gemeinderäte erhalten gemäss dem Pensum den Lohn. In Wirklichkeit arbeiten sie jedoch ein grösseres Pensum. Salopp kann man hier sagen, die Gemeinde spart auf Kosten der Gemeinderäte. Bei einer Salärkürzung müsste fairerweise die Möglichkeit gegeben werden, dass die Gemeinderäte ihre geleisteten Stunden mittels einer Arbeitszeiterfassung erfassen. Ob dann das Salär mit den Zulagen der geleisteten Abend- und Wochenendarbeit sowie den Überstunden wirklich günstiger wird, glaubt die CVP/JCVP/GLP-Fraktion nicht. In der Stadt Luzern stehen den Stadträten persönliche Mitarbeiter zur Verfügung. Die Gemeinderäte in Kriens können sich nicht auf eine solche Assistenz stützen. Kriens steht vor grossen Aufgaben. Die Anforderungen an den Gemeinderat werden nicht einfacher. Die Arbeitsbelastung wie auch die Präsenz ist fordernd. Grosse, komplexe und für die Zukunft von Kriens wichtige Projekte stehen an. Daher ist die CVP/JCVP/GLP-Fraktion der Meinung, dass es zurzeit keine überzeugenden Argumente gibt, welche sie für eine Salärkürzung überzeugt. Die Arbeit als Gemeinderat ist eine Arbeit für das Wohlergehen der Gemeinde und für die Bürgerinnen und Bürger. Das darf es uns wert sein. Die Volksabstimmung in der Stadt Luzern soll und darf für Kriens keine Konsequenzen haben. Kriens ist eine eigenständige und selbstständige Gemeinde. Eine Fusion mit der Stadt Luzern wurde genau aus solchen Gründen hochkant abgelehnt. Eine Bemerkung an den Interpellanten hat die CVP/JCVP/GLP-Fraktion doch noch. Als die Stadt Luzern das Salär der Stadträte erhöht hat, ist in Kriens niemand auf die Idee gekommen auch in Kriens diese anzuheben. Das ist nicht konsequent.

Laut Räto Camenisch ist die SVP-Fraktion Alfons Graf dankbar für diesen Vorstoss. Jetzt hat man Transparenz und man weiss, wie es in Kriens ist. Tatsächlich hatten die Stadträte in Luzern relativ hohe Löhne. Dies war weitaus bekannt, dass der Luzerner Stadtpräsident mehr verdient, als der Regierungspräsident. Das war komisch und wurde nun korrigiert. Der Sprechende mag den Kriensern diesen Lohn gönnen, weil sie nicht volle Pensen haben. Es gibt 400 Stellenprozente für fünf Personen. Dies muss auch berücksichtigt werden. Die Löhne sollen behalten, aber dafür auch gut gearbeitet werden.

Roger Erni, FDP-Fraktion, nennt ein paar Zahlen aus dem Bericht. Matthias Senn hat bei einem Pensum von 92 % einen Lohn von Fr. 196'755.00. Für ein 100 % Pensum liegt der Verdienst bei Fr. 213'864.00. Matthias Senn hatte Fr. 0.00 für variable Spesen, Fr. 5'210.00 Pauschalspesen und Fr. 11'202.00 als Entschädigungen aus Nebeneinkünften. Davon hat er freiwillig Fr. 4'480.00 an die Gemeinde zurückerstattet. Einmal in fünf Jahren gab es einen Teuerungsausgleich von 0.5 % bei einer Teuerung von 0. Das ist der Lohn des FDP-Mitgliedes Matthias Senn. Viel transparenter geht es nicht mehr. Die FDP-Fraktion bedankt sich für die Fragen von Alfons Graf und die Antworten des Gemeinderates. Die strategische und operative Führung eines Viertelmilliarden-Bilanzsummenbetriebes verlangt von den Führungspersonen auf allen Stufen eine hohe physische und psychische Präsenz. Das zeigt sich an der zeitlichen Beanspruchung der Mitglieder, das weit über dem vereinbarten und bezahlten Pensum

liegt. Man darf nicht mit einem 100 %-Pensum argumentieren. Die Gemeinderäte geben sehr viel für die Gemeinde.

Die SP/JUSO-Fraktion fragt sich gemäss Mario Urfer, was der Interpellant mit diesem Vorstoss erreichen will: Lohntransparenz? Im Internet ist für jedermann das Besoldungsreglement der Gemeinderäte und die Verordnung zum Personalreglement der Gemeinde vom 11. Dezember 2013, welches am 1. Januar 2014 in Kraft getreten ist, einsehbar. Dieses enthält die Lohnbänder 1 -17 und die Lohnbandbeträge Beruf und Funktion. Klar ersichtlich ist, dass der Gemeinderat in dem Einreichungsplan zur Managementreihe Lohnband 17 gehört. Der Gemeinderat hat in der Beantwortung die Zahlen in Franken präzisiert. Er zeigt aber auch auf, dass er auch seinen Anteil zu den Sparmassnahmen beigetragen hat. Für einen Durchschnittsverdiener sind das sicher, so oder so, schöne Löhne. Höhere Löhne werden aber subjektiv vom Bürger beurteilt. Tendenziell besteht Gefahr eine Neidgesellschaft mit solchen Vorstössen entwickeln zu lassen. Das Lohnsystem wurde mit einer Kommission, deren Arbeit nicht gratis war, erarbeitet. In der FGK wurde das Besoldungssystem vorgestellt und befunden. Es entspricht den Anforderungen des Arbeitsmarktes. Wieso wurde nicht hier die Lohnbreite bemängelt und opponiert? Offensichtlich ist das neue Lohnsystem fairer und besser als das alte und entspricht dem heutigen Markt. Äusserst bedenklich findet die SP/JUSO-Fraktion die Frage nach der Höhe des Teuerungsausgleichs. Seit der 4-Säulen-Strategie werden 0.5 % der Lohnsumme für die Anpassung eingesetzt. Jahr für Jahr seit 2010 wird bei der Debatte Finanzplan und Budget erklärt wieso es die 0.5 % für individuelle Anpassungen der unteren Lohnbänder braucht, um das Lohnsystem aufrechterhalten zu können. Im Voranschlag 2015 sind für die Verwaltung Fr. 75'000.00 und im Bereich Heime Fr. 71'000.00 vorgesehen. Ab dem Lohnband 7 wird nur noch das Leben teurer, da der Ausgleich bei 0 % liegt. Die SP/JUSO-Fraktion hat das Gefühl der Interpellant ist sich auch nach den alljährlichen Budgetdebatten nicht bewusst, dass die Gemeinde Kriens schon über mehrere Jahren keine realen Teuerungsausgleich zahlt, ganz zu schweigen von einer realen Lohnerhöhung. Die SP/JUSO-Fraktion steht hinter dem vor 1 ½ Jahren eingeführten Lohnsystem.

Erich Tschümperlin, Grüne/JG-Fraktion, führt aus, dass Alfons Graf Transparenz wollte. Das hat man nun. Vieles wird Jahr für Jahr mit dem Budget bewilligt. In der Beantwortung sind nun auch noch die Spesenzulagen ersichtlich. Der Interpellant ist dann gleich zum nächsten Schritt gegangen, indem die Höhe der Löhne diskutiert wurde. In der Wirtschaft sagt man, dass man die guten Leute nur mit sehr hohen Löhnen bekommt. An das glaubt der Sprechende nicht. Wenn jemand nur wegen dem Geld kommt, treibt er eine Bank in den Ruin. Das hat man bei den Schweizer Banken gesehen. Wenn man weniger verdient als im jetzigen Job, wird man die Stelle jedoch auch nicht antreten. So gesehen sind die Löhne nicht extrem hoch. Wenn man eine KMU anschaut mit gleich vielen Beschäftigten, wird vermutlich der Chef nicht weniger verdienen, sondern mehr. Wenn es wirklich nur ums Geld geht, können auch Ausschreibungen gemacht werden, wer es zum günstigsten Tarif macht. Die Präsenzzeit muss auch berücksichtigt werden. Derjenige der für die Feuerwehr zuständig ist, wird auch um Mitternacht oder am Morgen um 3:00 Uhr angerufen. Als Gemeinderat ist man auch eine öffentliche Person. Man muss sich einiges anhören und unliebsame Sachen kommunizieren. Im Lohn ist die „Schafseckel-Zulage“ auch dabei. Die Grüne/JG-Fraktion dankt für den Vorstoss. Nun schaut man wie es politisch weiter läuft.

Alfons Graf würdigt die Arbeit des Gemeinderates. Sie geben bestimmt ihr Bestes. Es ist auch ein Ehrenamt. Es wurde genannt, dass der Interpellant eine Neidgesellschaft scheuert. Diese Aussage kommt gerade von der Seite, die die 1:12 Initiative gestartet hat. Er ist sich bewusst, dass der Gemeinderat sehr viel Arbeit hat und es über das Pensum hinausgeht. Alfons Graf

denkt jedoch, dass der Gemeinderat nicht an seine Grenzen kommt, weil doch vier Gemeinderäte für den Kantonsrat kandidiert haben. Dies entspricht auch etwa einem 15 % Amt.

Der Gemeinderat möchte laut Paul Winiker die Löhne des Verwaltungs- und des Betriebspersonals kritisch anschauen. Dies ist eine Führungsaufgabe. Darin gehört auch Benchmark. Selbstverständlich müssen die Löhne markt- und leistungsgerecht sein. Es ist deshalb völlig legitim, dass diese Diskussion im Einwohnerrat geführt wird. Der Gemeinderat ist immer für Transparenz. Das Lohnsystem wurde auch der FGK offen dargelegt. Der Gemeinderat ist als oberstes Führungsorgan im Lohnband 17. Das Besoldungssystem wurde professionell erarbeitet und unterstützt. Im Rahmen der Departementsreform wurde auch diskutiert inwiefern die unterschiedlichen Pensen gerechtfertigt sind. Der Einwohnerrat wird im Juni darüber informiert.

Schluss

Peter Portmann bedankt sich für das aktive Mitmachen und Diskutieren.

Die nächste Einwohnerratssitzung findet am 25. Juni 2015 von 13:00 Uhr bis 18:00 Uhr statt.

Im Anschluss an die Sitzung trifft man sich im Restaurant Neuhof.

Die Sitzung schliesst um 19:15 Uhr.

Genehmigung im Namen des Einwohnerrates

Die Einwohnerratspräsident:



Peter Portmann

Der Gemeindeschreiber:



Guido Solari

Die Protokollführerin:



Janine Lipp